

Mauerfall S. 2, 9, 10, 11



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 45 – 8. November 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Islamische Unterwanderung
Katarische Stiftung will Europa islamisieren **2**

Deutschland

Osten will mehr Einfluss
Ende November wählt die AfD ihren neuen Bundesvorstand **3**

Hintergrund

Pulverfass Algerien
Entscheidend wird sein, wer die Herzen der Masse der Soldaten erobert **4**

Preußen / Berlin

Gewalttäter beim Fußball
Der hohe Anteil von Immigranten wird kaum diskutiert **5**

Ausland

Sieg der Peronisten
Präsidentenwahl in Argentinien **6**

Kultur

Bulgariens Schatzgrube
Neues Museum in Plowdiw zeigt alte Mosaiken **9**

Lebensstil

Eine glatte 1 in »Glück«
Wer kann schon Deutsch oder liebt Mathe? **21**



MAUERFALL

Aktuell

Mauerfall und neue Gesichter
Grenzöffnung am 9. November 1989 **2**

Kultur

Rosarote Zukunft
Hoffen auf den großen Wurf – Der Mauerfall in Film und Literatur **9**

Geschichte

Als die Menschen auf der Mauer tanzten
Der deutsche Frühling im November 1989 **10**



Es geschah wie im Märchen: Begeisterte Menschen in Berlin am Abend des 9. November 1989 Bild: imago images/Sven Simon

In Gefahr: Das Erbe von 1989

Die Verlierer von damals haben ihren Kampf nie beendet

30 Jahre nach dem Mauerfall sind viele Errungenschaften der friedlichen Revolution in Gefahr. Es geht um Einigkeit und Recht und Freiheit, nichts weniger.

„So viel Anfang war nie!“, jubelten die Zeitgenossen angesichts der epochalen Umwälzung, die sich da vor ihren eigenen Augen am Abend des 9. November 1989 in Windeseile abspielte.

Selbst Optimisten und leidenschaftliche Anhänger der deutschen Einheit hatten sich den Vollzug ihres Traums, das Ende der Blockspaltung ihres Vaterlandes, Europas, ja der Welt, selbst im besten Falle nur als Abschluss eines langwierigen, schrittweisen Prozesses vorstellen können. Mauerfall über Nacht? Verbrüderungs-

30 Jahre später erleben wir die Transformation Deutschlands in eine andere Republik und erkennen, dass die Wurzeln dieser Transformation schon damals gelegt wurden, im Schatten der großartigen Ereignisse von 1989/90.

Die SED wurde weder verboten, noch löste sie sich auf. Schon, um das vermutlich milliardenschwere Parteivermögen zu retten, klebte sie sich bloß andere Etiketten ans Revers. Die Antideutschen, ihre Parole lautete schon 1989 „Nie wieder Deutschland!“, rappelten sich schnell auf, auch und gerade in Westdeutschland. Es wurde ihnen leicht gemacht: Das eigene Land zu verachten, gehörte in großen Teilen der tonangebenden Eliten der alten Bundesrepublik schon vor 1989 zum Repertoire.

So machten sich die Verlierer jener großen Nacht umgehend daran, den Deutschen die Revolution zu stehlen. Heute darf alles, was patriotisch oder „national“ daherkommt, als „Nazi“ verunglimpft werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz rief die Bürger dieser Tage sogar dazu auf, ihre Nachbarn, Freunde, Verwandte oder Kollegen auf „Hinweise für Rechtsextremismus“ hin zu beobachten und gegebenenfalls beim Geheimdienst zu melden.

Die Deutschen geben zu rund zwei Dritteln an, dass sie (wieder) Bedenken haben, ihre Meinung frei und offen zu äußern. Zu groß ist (wieder) die Furcht, Probleme zu bekommen wegen einer „falschen“ Äußerung. Demonstrationen von Regierungskritikern werden nicht mehr von der Stasi auseinandergedrückt. Dafür rücken heute die Rollkommandos der Antifa an, denen es schon reicht, wenn jemand öffentlich einen anderen Kanzler will, um ihn niederzuschlagen.

Im Deutschlandfunk wird offen zum „Hass“ (wörtlich!) aufgerufen gegen das, was man ganz links als

zu weit rechts betrachtet. Dabei wissen wir, wie weit die ganz Linken einen Begriff wie „rechtsextrem“ fassen können, wenn es ihnen in den Kram passt. Eben jener „Antifaschistische Schutzwall“, der vor 30 Jahren fiel, legte Zeugnis darüber ab: Faschismus, das waren die Demokratie im Westen und alle Deutschen, die nichts als ihr Recht auf Freiheit durch Flucht in die alte Bundesrepublik durchsetzen wollten.

„Antifa“, das ist das alte Bündnis-Konzept der Bolschewisten. Es funktioniert nach der Salamitaktik: Nach und nach wird alles unter Faschismusverdacht gestellt, was den Vorstellungen der extremen Linken zuwiderläuft. Dabei werden Sozialdemokraten und Bürgerliche zunächst eingespannt, bis sie (zu spät) merken, dass sie ebenfalls Ziel dieser Strategie sind.

Sie sind weit gekommen. Der sozialdemokratische Bundespräsident Steinmeier gratuliert einer gewaltverherrlichenden, linksextremen Musikgruppe, die SPD koalitiert, wo es geht, mit den SED-Fortsetzern, und in Thüringen liebäugelt ein CDU-Chef mit einer Zusammenarbeit mit alten SED-Kadern, die sich immer noch zuhauf in der Linkspartei des Bundeslandes tummeln. Derweil werden die Reste der bürgerlichen Konservativen im etablierten Spektrum, wie die „Werte-Union“, fast schon genauso giftig in den Faschismus-Senkel gestellt wie die junge AfD-Opposition.

Dass die Parteieugründung vor allem in den Ländern der früheren DDR Erfolge feiert, verwundert nicht. Freie, selbstbestimmte Deutsche in einem freien, selbstbestimmten Land wollten sie sein. Und nicht in etwas aufgehen, was der erste Präsident des wieder unabhängigen Estland, Lennart Meri, den „grauen Völkerbrei“ nannte, den man auf den Bahnhöfen der Sowjetunion habe besichtigen

können. Heute aber sehen sie sich von einer Kanzlerin regiert, die bloß noch zwischen „denen, die schon länger hier leben“, und „denen, die erst kürzlich zu uns gekommen sind“, unterscheiden will. Die damit alle Bezüge zu Volk, Heimat und Verwurzelung verbal niedertrampelt.

Dabei geriet schon die nutzlose, ja wirtschaftlich schädliche Aufgabe der nationalen Währung zum Desaster. Nun, so scheint es, sollen Land und Volk ebenso in einem kulturell amorphen Sammelurium aufgehen. Und sie, die doch für ihr Land in der friedlichen Revolution von 1989 so viel riskiert haben, sollen das nicht einmal kritisieren dürfen, ohne in die „Nazi“-Ecke geschoben zu werden?

Freiheit und Selbstbestimmung unter Druck

Die Errungenschaften von 1989 sind in Gefahr. Wo der Staatssender zum Hass gegen Abweichler aufruft, der Geheimdienst zum Spitzeln animiert, das Staatsoberhaupt nach ganz links offen ist und wo die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vielerorts nur noch auf dem Papier stehen, da müssen die Alarmglocken schrillen.

Noch sind wir weit von einer neuen Herrschaft der Unfreiheit entfernt. Aber der Horizont hat sich bereits bedenklich verdüstert. Das Erbe von 1989 darf nicht verschwendet werden. Wie damals bedarf es wachen Bürgersinns und manchmal auch einigen Mutes, um es zu verteidigen. An uns Bürgern ist es, das Erbe von 1989 zu bewahren und uns damit seiner würdig zu zeigen. Es geht um Einigkeit und Recht und Freiheit, nichts weniger. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Nichts gelernt

Nun will die SPD gegen den Willen der Koalitionspartner Grüne und Linke in Berlin wieder Lehrer verbeamten (siehe Seite 5). Offenkundig haben die Sozialdemokraten in der Hauptstadt aus der Geschichte nichts gelernt.

In der Kanzlerschaft Brandts wurde der Staatsapparat aufgebläht. Nach dem sogenannten Wirtschaftswunder und Jahrzehnten CDU-geführter Bundesregierungen schienen die staatlichen Kassen gut gefüllt. Es war die Zeit des linken Machbarkeitswahns. Alles schien plan- und erreichbar, wenn man nur genügend Fachleute einstellte. Die von den Universitäten kommenden 68er bekamen gut dotierte Beamtenposten. Das ließ die Schulen nicht aus. Ein schlechtes Examen war kein Grund, nicht ein beamteter Lehrer werden zu können.

Die Folgen sind bekannt. Es wurden große Pensionslasten für die Zukunft angehäuft, und Schulen hatten keine Chance, sich von Lehrern zu trennen, die ihre Stelle nur dem Aufblähen des Staatsapparates zu verdanken hatten. Letzteres schlug nicht nur auf die Qualität des Unterrichts, sondern führte – auch in Kombination mit abnehmendem Wirtschaftswachstum und der zunehmenden Notwendigkeit des Staates zu sparen – dazu, dass in der Nachfolgezeit selbst Lehramtskandidaten mit guten Leistungen leer ausgingen. Sie konnten froh sein, wenn sie eine Angestelltenstelle bekamen, wie sie in der freien Wirtschaft übrigens gang und gäbe ist.

Gegenwärtig scheint sich der Kreis zu schließen. Statt von einer Lehrerschwemme ist nun wieder von Lehrermangel die Rede. Pensionierungswellen gehen da mit einer Fülle schulpflichtiger Asylsucherkinder einher, die Merkels Grenzöffnung dem Land beschert hat. Hinzu kommen personalintensive ideologische Prestigeprojekte wie Inklusion, Integration und eingliedriges Schulsystem. Es wird wieder fleißig eingestellt. Und selbst Lehramtskandidaten mit schlechten Noten bekommen wieder ihre Chance.

Nun könnte man meinen, dass die Politik aus der Geschichte gelernt hätte und auf Massenverbeamtungen verzichtete. Dem ist aber offenkundig nicht so. Und das, obwohl die Praxis gezeigt haben dürfte, dass angestellte Lehrer nicht schlechter sind als verbeamtete, und die freie Wirtschaft auch ohne die Gewährung von Beamtenprivilegien zu ihren Leistungsträgern kommt. Mit der Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrern scheinen eine Verschärfung des Pensionsproblems sowie Zeiten, in denen die Schulen selbst für gute Lehramtskandidaten wieder dicht sind, programmiert.

MELDUNGEN

EuGH-Anwältin sieht Verstoß

Luxemburg – Die Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Eleanor Sharpston, wirft Ungarn, Polen und Tschechien vor, EU-Recht gebrochen zu haben. Nach Ansicht der Generalanwältin hätten sich die drei Länder nicht weigern dürfen, einen EU-Beschluss zur Umsiedlung von Asylbewerbern aus Griechenland und Italien umzusetzen. Im Jahr 2015 war von einer Mehrheit der EU-Staaten beschlossen worden, bis zu 160 000 Asylbewerber aus Syrien und anderen Ländern in anderen EU-Mitgliedsländern unterzubringen. Ungarn, Polen und Tschechien hatten eine Umsetzung des Beschlusses verweigert. Nach Ansicht der EU-Generalanwältin Sharpston hätten die drei Länder nicht das Recht, die Umsetzung rechtsgültiger Maßnahmen der EU unter Berufung auf ihre Zuständigkeit für die Innere Sicherheit abzulehnen. Ein Urteil des EuGH in der Angelegenheit wird in einigen Wochen erwartet. *N.H.*

Merkel sagt Milliarde zu

Neu-Delhi – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat während ihres Indien-Besuchs dem Land eine Milliarde Euro für den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel zugesagt. Allein für 200 Millionen Euro sollen im Bundesstaat Tamil Nadu als Ersatz für Dieselbusse Elektrofahrzeuge gekauft werden. Im Zuge der deutsch-indischen Regierungskonsultationen sprach sich Kanzlerin Merkel auch dafür aus, die Anwerbung von indischen Fachkräften nach Deutschland zu vereinfachen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens sollen ab 2020 auch die deutschen Außenhandelskammern eingebunden werden. Einsetzen will sich die Bundeskanzlerin zudem auch für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen für ein EU-Freihandelsabkommen mit Indien. Die Gespräche zu einem Abkommen waren 2012 abgebrochen worden. *N.H.*

Rückbauwelle bei Windkraft

Dessau – Das Umweltbundesamt (UBA) warnt vor Engpässen beim Recycling von Rotorenblättern von Windkraftträdern und vor Risiken beim Rückbau von Windkraftanlagen. Zum Ende des Jahres 2020 werden erstmals Windkraftanlagen aus der 20-jährigen Förderung fallen. Das Umweltbundesamt rechnet daher damit, dass ab 2021 verstärkt Anlagen zurückgebaut werden. Zum Problem können dabei die faserverstärkten Rotorblätter werden, für die bundesweit nur eine Recycling-Anlage existiert. Ein Problem sieht das UBA auch bei den finanziellen Rückstellungen für den Rückbau: Die Betreiber von Anlagen sind verpflichtet, Geld für deren spätere Beseitigung zurückzulegen. Nach Einschätzung des UBA besteht allerdings das Risiko, dass diese Rücklagen nicht ausreichen werden. Für das Jahr 2038 prognostiziert das Umweltbundesamt sogar eine Finanzierungslücke von 300 Millionen Euro. Als Konsequenz seiner Einschätzung empfiehlt das Amt, die Berechnungen zu den Rücklageanforderungen regelmäßig durch Sachverständige prüfen zu lassen. 27 000 Windkraftanlagen sind derzeit an Land zirkä 250 000 Windkraftanlagen installiert. *N.H.*

Mauerfall und neue Gesichter

Grenzöffnung am 9. November 1989 – Bundestag sang Nationalhymne – Mielke: »Ich liebe doch alle«

Auf der Leipziger Montagsdemonstration am 13. November 1989, an der sich etwa 200 000 Menschen beteiligten, war auf einem Transparent zu lesen: »Die Mauer hat ein Loch, aber weg muss sie doch!«

Reisefreiheit und das damit verbundene Ende des DDR-Grenzregimes waren zwar von Anfang an Anliegen der Proteste, aber die Behauptung, die Mauer habe ein „Loch“, wäre noch eine Woche zu-

nach um eine Minderheit, der von anderen bedeutet wurde, dass dies zunächst kein vorrangiges Ziel sei.

Reisen in die CSSR waren bereits seit dem 1. November wieder möglich. Ziel der weitaus meisten, die sich in Richtung Prag aufmachten, war es, über die Botschaft in die Bundesrepublik auszureisen. Schließlich wurde die Grenze der CSSR zur Bundesrepublik geöffnet. Allein am ersten Novemberwochenende verließen auf

territorts, der ideologisch aufgeladen war und bereits Jugendliche in einem Wehrlager vormilitärisch ausgebildete. Wenig später trat auch das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED, das eigentliche Machtzentrum der DDR, geschlossen zurück. Eine Reihe von Mitgliedern wurde dauerhaft entfernt, allen voran Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Andere stellten sich im ZK einer Wiederwahl und verblieben im

die in der Regel nur Personalausweise besaßen, hätten danach Pässe beantragen müssen, die Modalitäten sollten einen Tag später bekannt gegeben werden. Die entsprechende Pressemitteilung verlas das sichtlich irritierte Politbüromitglied Günter Schabowski jedoch schon auf einer Pressekonferenz am selben Abend. Seine auf Nachfrage erteilte Auskunft, dass die Regelung sofort in Kraft trete, führte dazu, dass sich eine große

zufrieden und „unzuverlässig“ eingestuft wurden, dauerhaft zu entledigen, indem man auf dem Foto in deren Personalausweisen einen Stempel platzierte. Damit wäre das Dokument nach Lesart der DDR-Behörden ungültig gewesen. Die Menschen wären ohne ihr Wissen ausgebürgert worden und hätten nicht zurückkehren dürfen. Durchhalten ließ sich dieses Vorgehen nicht. Dass sich in den nächsten Tagen Unmengen von DDR-Bewohnern aufmachten, um den ihnen bislang weitgehend verschlossenen Westteil ihres Landes zu erkunden, war dann wenig überraschend. Von großen, sichtbaren Emotionen begleitet, war der Fall der Mauer ohne jegliche Gewalt erfolgt.

Im Bundestag war auf die Nachricht von der Grenzöffnung hin die Nationalhymne angestimmt worden. Bundeskanzler Helmut Kohl unterbrach – zum Unmut der Gastgeber – seinen Staatsbesuch in Polen, um am 10. November in West-Berlin zu sprechen. In einer der unwürdigsten Szenen der Geschichte dieser Tage wurde er von einer großen Zahl von Demonstranten ausgepfiffen.

In der DDR traten umfassende personelle Veränderungen ein. Der Rechtsanwalt Lothar de Maizière wurde Vorsitzender der dortigen CDU, die als Blockpartei die SED-Politik unterstützte und mitgetragen hatte. Die Volkskammer wählte mit dem Vorsitzenden der Bauernpartei, Günther Maleuda, einen Präsidenten, der nicht der SED angehörte. Aus dieser stammte allerdings wieder der neue Vorsitzende des Ministerrats, Hans Modrow. Er galt, nach den Maßstäben seiner Partei, schon länger als für Reformen aufgeschlossener Kritiker.

In einer Volkskammersitzung mussten sich verschiedene, inzwischen ihrer Posten enthobene Verantwortungsträger einer für sie ungewohnten Aussprache stellen. Bekannteste Szene sollten die armseligen Worte Mielkes werden, der auf den Hinweis, er solle doch nicht alle mit „Genossen“ ansprechen, hervorbrachte: „Aber ich liebe doch alle, alle Menschen.“

Erik Lommatzsch



Grenzöffnung an der Bornholmer Straße: DDR-Bewohner überwinden die Absperrung

Bild: imago images/Camera4

vor falsch gewesen. Der Fall der Mauer, um den es sich dabei faktisch handelte, war für jeden Einzelnen die sicht- und spürbarste Veränderung dieser Tage, zugleich ein sicheres Zeichen dafür, dass das SED-Regime am Ende war. Der Ruf „Deutschland einig Vaterland!“ ließ sich in der Folge dieses Ereignisses von einigen Demonstranten auch schon vernehmen. Allerdings handelte es sich hier

diesem Weg über 23 000 Menschen die DDR. Die Massenausreise hielt an, im Wirtschaftsleben machten sich die personellen Lücken bereits deutlich bemerkbar.

Am 7. November trat der DDR-Ministerrat unter seinem Vorsitzenden Willi Stoph zurück. Das Kabinett blieb kommissarisch im Amt. Sein letzter offizieller Akt war die Abschaffung des in den Schulen erteilten Wehrkundeun-

Amt, so auch Egon Krenz. Dieses Gebaren rief inzwischen auch Tausende von unzufriedenen SED-Mitgliedern auf den Plan, die für umfassende Veränderungen in ihrer Partei eintraten.

Das in Teilen neue Politbüro verständigte sich in einer Mittagspause während der ZK-Plenartagung am 9. November über die nach wie vor dringend erforderliche Reise-regelung. Die Einwohner der DDR,

Zahl von Menschen in Berlin zu den Grenzübergängen begab. Die Grenzposten – und mit ihnen das Regime – kapitulierten. Sie sahen keine andere Möglichkeit, als die Grenzen zu öffnen. Die Frage nach den eigentlich erforderlichen Pässen stellte sich nicht mehr. Erwogen wurde, sich derjenigen, welche die Grenze an diesem Abend überschritten und die von der Staatssicherheit als besonders un-

Islamische Unterwanderung

Nach außen hin friedfertig, in Wirklichkeit radikal – Wie eine katarische Stiftung Europa islamisieren will

Zwei Journalisten des Fernsehenders Arte haben die Machenschaften der größten regierungsnahen Stiftung des Emirats Katar in Westeuropa unter die Lupe genommen. Dabei kam heraus, dass die Stiftung Qatar Charity dem radikalen Islam der Muslimbruderschaft in Europa durch die Hintertür von Wohlfahrtsaktivitäten zum Durchbruch verhelfen will.

Der Dokumentarfilm „Katar: Millionen für Europas Islam“ des französischen Regisseurs Jérôme Sesquin, der Ende September auf Arte ausgestrahlt wurde, bringt erhellende Einblicke in die dunkle Welt des radikalen Islam. Ein Whistleblower hatte zwei französischen Journalisten Tausende von vertraulichen Dokumenten der NGO Qatar Charity zugespielt. Auf dem mysteriösen USB-Stick, den die beiden französischen Journalisten Georges Malbrunot und Christian Chesnot ausgewertet haben, befanden sich Tausende vertraulicher Dokumente der größten NGO der Golfstaaten. Deren Präsident ist Mohammed al-Thani, ein Neffe des Emirs und ehemaliger Innenminister von Katar.

Die Unterlagen enthüllen Einzelheiten über ein Missionierungs- und Finanzierungsprogramm zur Stärkung des politischen Islams in ganz Europa, mit 140 Moscheebauten, Kulturzentren, Schulen und Gewerbebetrieben, die alle auf die eine oder andere Art mit der Muslimbruderschaft zusammenhängen.

Das Motto der Muslimbruderschaft lautet: „Der Islam ist die Lösung für alles“. Die Dreharbeiten begannen in Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar, wo die Behörden jegliche religiöse Aktivitäten des Wohlfahrtsverbandes im Westen bestritten.

Die Qatar Charity sammelt in den riesigen Einkaufsmeilen des Emirats unter den Muslimen die vom Koran geforderte islamische Zakat-Steuer in Form von Spenden ein. Was mit diesen Spenden geschieht, wollte das Filmteam genauer wissen und recherchierte anhand des Materials des Whistleblowers über die Aktivitäten des islamischen Wohlfahrtsverbandes in Westeuropa.

Das größte Prestigeprojekt dieses Wohlfahrtsverbandes ist die im Bau befindliche neue An-Nour Moschee von Mülhausen im El-

sass, ein Projekt von 29 Millionen Euro mit islamkonformem Kultur-, Einkaufs- und Freizeitzentrum, mit Ausstrahlung nach Deutschland und in die Schweiz. Über die Hälfte des Geldes für diese Moschee sollen laut Belegen des Whistleblowers von Qatar Charity stammen. Laut den Informationen dieses Hinweisgebers sind weitere exklusive Moscheebauten in Großbritannien, Frank-

Die Qatar Charity bietet eine »Lösung für alles« an

reich, Deutschland und Luxemburg in Planung.

Durch den Geheimnisträger wird im Film auch offengelegt, dass ein Flüchtlingszentrum in Catania auf Sizilien, das auf dem Höhepunkt der Syrienkrise Immigranten aufnahm, von der Stiftung finanziert wurde. Von Aufnahmeprojekten für syrische Flüchtlinge in Katar selbst, das wesentlich näher an Syrien liegt als Sizilien, ist bislang nichts bekannt. Dabei war am Bürgerkrieg in Syrien auch

ein Aufstand der Muslimbrüder im Lande schuld.

In Italien ist vor allem Sizilien der Schwerpunkt der Aktivitäten von Qatar Charity mit über zehn Projekten, weil, wie eine Broschüre der Organisation hervorhebt, Sizilien über 400 Jahre von Muslimen beherrscht war und an diese Zeit angeknüpft werden soll.

Der Film belegt auch, dass nach Erhalt der finanziellen Mittel von den Einrichtungen die dahinterstehende Ideologie gelehrt werden muss, was ein weiteres Vordringen des politischen Islam unter den Muslimen bedeutet. Offen lässt der Film, ob die aufgedeckten Vorhaben Teile eines zentral gesteuerten, weitreichenderen Islamisierungprojekts sind.

Das steinreiche kleine Emirat Katar, das im Jahre 2022 trotz wiederholter Proteste von Menschenrechtsorganisationen die Fußballweltmeisterschaft austragen wird, versucht seit dem Arabischen Frühling durch die Stärkung der Muslimbruderschaft seine Führungsposition in der arabischen Welt weiter auszubauen. Es befindet sich deshalb in einem Konflikt mit Saudi-Arabien und Ägypten, wo die Muslimbruder-

schaft wegen Terrorvorwürfen verboten ist. Neben Analysen der Reden des religiösen Oberhauptes der Muslimbruderschaft, Scheich Yussef al-Qaradawi, der seit 1961 in Katar lebt, wird in dem Film auch die führende Rolle des Fernsehenders Al Jazeera offengelegt, der dem Scheich Qaradawi ein wöchentliches Podium für seine Hasspredigten bietet.

In einem Film im Film über ein Programm zur Stärkung der Einflussnahme des politischen Islam in Europa ist auch Benjamin Idriz zu sehen. Er gilt als Bayerns bekanntester Imam. In seiner Gemeinde Penzberg bei München gibt er nach außen den liberalen Imam, wie die Zeitungen schreiben. Zusammen mit seiner Gemeinde stehe er für eine gelungene Integration, heißt es.

Der Film beweist jedoch, mit welcher gespaltenen Zunge die Muslimbrüder oft sprechen. Gegenüber den nichtmuslimischen Mitbürgern betonen sie den Dialog und die Friedfertigkeit des Islam, gegenüber den eigenen Muslimen ist davon jedoch in keiner Weise mehr die Rede, da geht es nur noch um die Herrschaft des politischen Islam. *B.B.*

Verhöhnung des deutschen Rechtsstaats

Kriminelle Clans nutzen lasche Asylregelungen aus – Der Fall Ibrahim Miri sorgt für Empörung

Nach nur 15 Wochen in seiner Heimat Libanon ist der schwerstkriminelle Clan-Chef Ibrahim Miri nach seiner Abschiebung wieder illegal nach Deutschland eingereist und darf erneut Asyl beantragen. Seine Rückkehr offenbart die immensen Lücken im Grenz-sicherungssystem der EU.

Die Abschiebung des schwerkriminellen Clan-Chefs Ibrahim Miri im Sommer, nach 13 Jahren gültiger Ausreisepflicht, wurde als Großtat des deutschen Rechtsstaats und als Beispiel harten Durchgreifens bei Rechtsverstößen durch Clan-Mitglieder in den Medien in höchsten Tönen gelobt. Nun ist derselbe bereits wieder illegal nach Deutschland zurückgekehrt und hat in Begleitung eines Anwalts einen neuen Asylantrag in Bremen gestellt. Der jetzt Zurückgekehrte ist Chef von mindestens 2500 Miri-Familienmitgliedern, die vor allem in Berlin und Bremen ihr Unwesen treiben. Gegen mindestens 1200 Miri-Familienmitglieder wurde bereits ermittelt, vor allem wegen bandenmäßigen Drogenhandels, Körperverletzungen, Prostitution und Menschenhandel.

Nach seiner Rückkehr in den Libanon war er dort polizeilich vernommen, aber nach wenigen Stunden wieder freigelassen worden. Jetzt sagte sein Anwalt, dass der einstige Rockerboss, der zuletzt wegen gewerbsmäßigen Drogenhandels zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, von schiitischen Hisbollah-Milizen im Libanon mit dem Tode bedroht werde.

Warum gerade ein deutscher Rockerboss von islamischen Milizen der Partei Allahs mit dem Tode bedroht werde, sagte der Anwalt nicht. Die Hisbollah ist im Libanon an der Regierung beteiligt, die Hisbollah-Miliz übt faktisch eine polizeihähnliche Funktion in diesem Land aus. Interessant ist auch der Zeitpunkt der Rückkehr, so kurz nach drei entscheidenden Wahlen in drei Bundesländern und nicht davor. Auch im Libanon

protestieren seit zwei Wochen täglich Hunderttausende gegen die Regierung und gegen die Hisbollah. Geschäfte, öffentliche Einrichtungen und das gesamte öffentliche Leben liegen seit dieser Zeit lahm im Libanon.

Wie der Drogenboss, der sich auf das Asyl beruft, wieder nach Deutschland gekommen ist, sagte er natürlich nicht. Sein Anwalt ließ lediglich wissen, dass es eine lange Flucht gewesen sei, die die Finanzen des Clans viel Geld ge-

wurde. Mit einer Ausnahme, die Linkspartei, die vorgab, dass Miri nicht hätte abgeschoben werden dürfen, weil er seinen Lebensmittelpunkt seit Langem in Deutschland gehabt habe. Der Beweis sei gerade die lange Liste von Straftaten in Deutschland.

Von einem sicherheitspolitischen Skandal erster Klasse sprach FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae. „Wenn Schwerkriminelle wie Ibrahim Miri vom Libanon aus unkontrolliert und ungehin-

nelle Asylsucher und IS-Heimkehrer wüssten schon lange, dass man auch über andere Bundesländer nach Deutschland einreisen kann, auch wenn man über die Balkanroute kommt. AfD-Innenpolitiker Gottfried Curio sprach von einer „Verhöhnung des deutschen Rechtsstaats“. Der Fall offenbare eklatantes „Staatsversagen“, so Curio.

In keinem anderen Rechtsbereich wird geltendes Recht so eklatant mit Füßen getreten wie im

seit 2015 plötzlich die kriminellen Clan-Strukturen so diversifiziert und die Mitglieder sich so stark vermehrt haben, der hat spätestens jetzt die Antwort darauf gefunden. Während die normalen Asylsucher monate- und sogar jahrelang in Griechenland oder den Balkanstaaten herumhängen, gelingt es den Schwerstkriminellen unter den Asylsuchern in wenigen Tagen, wieder nach Deutschland einzureisen. Auch das ist eine Lehre aus der Causa Miri. Fast alle politi-



Vor einem Prozess wegen Drogenhandels gegen vier Männer der Rocker-Gruppe „Mongols MC“ in Bremen: Dem in den Libanon abgeschobenen und nun nach Deutschland zurückgekehrten Clan-Chef Ibrahim Miri (r.) werden zahlreiche Verbrechen zur Last gelegt

Bild: pa

kostet habe, das jetzt alles wieder durch Sozialleistungsbetrug im großen Stil vom Steuerzahler heringebracht werden muss. Ganz zu schweigen von den Hunderttausenden Euro, die die Abschiebung mit Hunderten von Sicherheitskräften und einem Spezialflugzeug gekostet hat.

Entsprechend groß war der Aufschrei durch alle rechtsstaatlichen Parteien hindurch, als die Wiedereinreise des Clan-Bosses bekannt

dert in die EU und bis nach Deutschland reisen können, schaffen das auch andere“, sagte er der „Welt“. Die Verbringung in erneute Abschiebehaft direkt nach seiner Einreise sei nur konsequent, sagte Lars Castellucci (SPD), Sprecher seiner Fraktion für Migration und Integration. CDU-Innenpolitiker Armin Schuster forderte schärfere Grenzkontrollen, nicht nur in Bayern, sondern an allen Außengrenzen Deutschlands. Schwerkrimi-

Asylbereich. Offenbar hat der Staat seit dem Kontrollverlust von 2015 im Asylbereich nie wieder die Kontrolle zurückgewonnen.

Verheerend war vor allem die Außenwirkung der Wiedereinreise des Clan-Chefs. Nun wissen alle Clan-Kriminellen, dass ihnen nichts mehr passieren kann, wenn schon die härteste Waffe des Rechtsstaats, die Abschiebung, stumpf geworden ist. Wer sich jetzt noch wundert, warum sich

schen Vertreter fordern mit Ausnahme der Linkspartei jetzt eine schnelle zweite Abschiebung von Clan-Chef Miri. In Wirklichkeit glaubt das jedoch keiner. Während eines laufenden Asylverfahrens durch drei Instanzen darf nicht abgeschoben werden. Und man sollte bedenken, dass Miri seine letzte Abschiebung immerhin 13 Jahre lang, wahrscheinlich bei vollen Sozialhilfebezügen, hinauszögern konnte. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Rentner als Steuerzahler

Berlin – Rentner zahlen an den Fiskus immer mehr Einkommensteuer. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervorgeht, haben Steuerpflichtige mit Renteneinkünften im Jahr 2015 rund 34,65 Milliarden Euro an Einkommensteuer gezahlt. Damit hat sich der Betrag innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahr 2005 mussten Rentner lediglich 15,55 Milliarden Euro als Einkommenssteuer an die Finanzämter bezahlen. Das gesamte Steueraufkommen ist zwischen 2005 und 2015 um etwa 50 Prozent gestiegen. Renten unterliegen seit dem Jahr 2005 einer sogenannten nachgelagerten Besteuerung. Unter anderem durch Rentenerhöhungen steigt die Zahl steuerpflichtiger Senioren. *N.H.*

Mehr Geld für Bahnvorstand

Berlin – Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) lehnt Überlegungen zu einer Gehaltserhöhung für einen Teil des sechsköpfigen Vorstandes der Deutschen Bahn ab. Der Vorschlag zu einer Gehaltserhöhung von bislang 400 000 Euro auf künftig 485 000 Euro jährlich geht auf ein internes Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum zurück. In dem Papier waren die Einstiegsgehälter für die Bahn-Vorstände im Vergleich zu anderen Großunternehmen als zu niedrig eingeschätzt worden. Verkehrsminister Scheuer kritisierte die geplante Erhöhung als „falsches Signal“ und kündigte an, die Überlegungen im Aufsichtsrat der Bahn zu stoppen. Scheuer bezeichnete es als Grundprinzip, dass vor einer besseren Vergütung zunächst bessere Ergebnisse stehen müssten. Als Eigentümer der Deutschen Bahn ist der Bund im Aufsichtsrat mit drei Mitgliedern vertreten. *N.H.*

Gesponserte Gewalt

Ausgesorgt dank Sabotage – Die Geldgeber von Extinction Rebellion

Eine kleine Gruppe von linksgrünen Fanatikern kämpft seit Monaten gegen Klimawandel und Weltuntergang. Sie wird von einem britischen Hedgefonds-Milliardär mitfinanziert und kann so ungeniert weitere „Aktivisten“ mit einer monatlichen Beihilfe ködern.

Auf gerade einmal etwas mehr als 5000 Mitglieder wird die Größe von Extinction Rebellion (XR) derzeit in Deutschland geschätzt. Die mediale Berichterstattung über die Gruppe und ihre Aktionen steht jedoch in keinem Verhältnis zu dieser Größe. Weltweit sollen es angeblich 100 000 „Aktivisten“ sein. Die wenigen Tausend Unterstützer überraschen, da es sehr einfach ist, sich der Bewegung anzuschließen. Es werden keine Mitgliedsbeiträge verlangt, es gibt keine Aufnahmeverfahren noch sonstige Hürden.

Die Gruppierung ist nach eigener Darstellung in mehr als 70 Ländern aktiv. Hinter den Städteblockierern steht die britische Firma „Compassionate Revolution Ltd.“, was so viel bedeutet wie „mitfühlende Revolution“. Von Mitgefühl kann jedoch bei den XR-Aktionen, die Millionen Unbeteiligte in Beugehaft nehmen, um ihre Ideologie durchzusetzen, keine Rede sein. Dass die

Bewegung sogar bereit ist, Tote in Kauf zu nehmen, hat Roger Hallam, einer der Mitbegründer der XR, unlängst klargestellt.

In ihrem radikalen Kampf haben XR-Blockierer alle Normalbürger zu einer Bedrohung des Planeten erklärt. Noch begnügen sich die Störer mit zivilem Ungehorsam und beschränken ihre Gewaltbereitschaft auf Sachbeschädigung, Nötigung und Freiheitsberaubung. Dies könnte sich bald ändern. Nicht ohne Grund warnt

450 Euro pro Woche für jeden Unterstützer

selbst die Ökolinke Jutta Ditfurth vor der Gruppierung. Die britische Polizei nahm bei den jüngsten Protesten in London mehr als 1200 Personen fest.

Der frühere Leiter der Terrorismusabwehr von Scotland Yard, Richard Walton, fordert ein kompromissloses Vorgehen gegen die Organisation, die den Klimaschutz als Tarnung missbraucht. Und auch unter den Blockadeteilnehmern wächst der Unmut im Mutterland der Bewegung. Einige von ihnen scheinen nicht gewusst

zu haben, welche juristischen Konsequenzen drohen, als sie sich den militärisch organisierten Störern anschlossen.

Manche Blockierer ließen sich von der Aussicht auf eine satte Alimentierung locken. Immerhin loben die Hintermänner des linksanarchistischen Netzwerks umgerechnet bis zu 450 Euro pro Woche für jeden Unterstützer aus, der nachweist, dass er seine Lebenshaltungskosten nicht selbst tragen kann. Hinter dem Netzwerk sollen potente, allerdings bislang unbekannt Financiers stehen, deren Motive noch undurchsichtig scheinen.

Die Organisation versucht auch, die traditionell konservativen religiösen Utopisten und Weltuntergangspanthasten aller Religionen unter ihren Fittichen zu scharen. Gerade da wirkt es sehr rufschädigend, dass der Bewegung jetzt eine Rassismusdebatte ins Haus steht. Manche XR-Aktivisten hatten die Justiz aufgefordert, sich lieber um die täglichen Messerattaken in der britischen Hauptstadt zu kümmern, als friedliche Demonstranten zu verfolgen.

Da Messerattaken überwiegend im Milieu schwarzer Jugendlicher vorkommen, werteten andere Aktivisten diese Äußerung als rassistisch. *B.B.*

Das große Tabu des 20. Jahrhunderts

Der große Leidensweg des deutschen Volkes



Erhältlich ab 11. Nov.

Einzelheft 9,90 Euro
inkl. MwSt. plus Versand

Bestellung unter shop@compact-mail.de • Tel: 03327-569 86 11 • compact-shop.de

Zeitzeugen



Abd al-Aziz Bouteflika – Der algerische Politiker war von April 1999 bis April 2019 Staatspräsident seines Landes. Weil der zunehmend unbeliebte 82-Jährige nach vier Amtszeiten trotz erheblicher gesundheitlicher Probleme erneut zur Wahl antreten wollte, kam es zu Protesten der Bevölkerung. Daraufhin trat Bouteflika zurück. Die deswegen notwendigen Neuwahlen wurden mehrmals verschoben und sollen nun endlich am 12. Dezember stattfinden.

Abdelmalek Droukdel alias Abu Musab Abdel Wadoud – Nach Kampfeinsätzen in Afghanistan auf Seiten der Taliban avancierte der studierte Mathematiker 2004 zum Anführer der algerischen Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die sich 2006 auf seine Initiative hin al-Kaida anschloss und im darauffolgenden Jahr in Organisation al-Kaida des Islamischen Maghreb (AQMI) umbenannte.



Agnieszka Brugger – Nachdem die Lieferung einer kompletten Panzerfabrik von Rheinmetall MAN Military Vehicles an Algerien bekanntgeworden war, sagte die damalige Sprecherin der Grünen für Sicherheitspolitik und Abrüstung: „Mit diesem Geschäft ermöglicht die Bundesregierung erstmals einem autoritären, vom Militär dominierten Regime mit höchstproblematischer Menschenrechtsslage, Panzer selbst zu produzieren.“

Ahmed Gaïd Salah – Offiziellen Äußerungen des Stabschefs des Heeres und stellvertretenden Verteidigungsministers Algeriens zufolge, sollten in dem nordafrikanischen Staat schnellstmöglich Neuwahlen stattfinden, damit es nicht wieder im Chaos versinke. In Wirklichkeit scheint der Generalleutnant, der als Graue Eminenz Algeriens gilt, es aber gar nicht so eilig zu haben, hofft er doch, eine Marionette des Militärs im Präsidentenamtsplatzieren zu können.



Kamel Daoud – Anfang April 2019 äußerte der prominente algerische Autor anlässlich des Rücktritts von Präsident Bouteflika im Interview mit der „Welt“, er befürchte eine Machtergreifung durch die radikalen Moslems in seinem Lande, denn das Beispiel anderer Staaten zeige, dass diese „leider die Angewohnheit“ hätten, „Revolutionen zu stehlen“.

Obsiegen die Dschihadisten?

Entscheidend wird sein, wer die Herzen der Masse der Soldaten erobert

In der Rangliste der Länder, die Rüstungsgüter aus Deutschland beziehen, rangierte die Demokratische Volksrepublik Algerien 2018 nach 2013 und 2016 erneut an erster Stelle – gefolgt von den USA. Dabei ist Algerien ein politisches Pulverfass, wodurch die Gefahr besteht, dass die gelieferten Waffen in die Hände von radikalen Moslems geraten.

Algerien verwendet mehr als 16 Prozent seiner Staatsausgaben für das Militär und kauft ständig Rüstungsgüter im Ausland ein. Der Wert der Waffenimporte aus der Bundesrepublik lag alleine von 2016 bis 2018 bei knapp drei Milliarden Euro. Bisher gingen vor allem dreiachsige Transportpanzer vom Typ Fuchs 2 und andere Fahrzeuge, Fregatten der Unterklasse MEKO A-200AN sowie Lenkflugkörper, Feuerleitrichtungen, Kleinwaffen und Munition nach Algerien. Vergangenen September genehmigte der Bundessicherheitsrat schließlich noch die Lieferung von 160 elek-

trischen Antrieben für Waffenstationen zur Erhöhung der Schlagkraft der Fuchs-Panzer. Außerdem lief 2018 die Produktion von weiteren 1000 solcher Kampfpanzern in einem algerischen Zweigwerk der Kasseler Firma Rheinmetall MAN Military Vehicles an.

Das alles stößt auf harsche Kritik seitens der Opposition in Berlin angesichts der innenpolitischen Situation in dem nordafrikanischen Land. Algerien nimmt im internationalen Demokratieindex einen der hinteren Plätze ein und sein Regime kann daher mit Fug und Recht als autoritär bezeichnet werden. Des Weiteren herrscht derzeit ein gefährliches politisches Vakuum in Algier – ausgelöst durch den Rücktritt des unbeliebten Langzeitpräsidenten Abd al-Aziz Bouteflika am 2. April aufgrund anhaltender Proteste der Bevölkerung. Denn Neuwahlen fanden bisher nicht

statt, weil es angeblich keine geeigneten Kandidaten gibt. Das nährt bei vielen Algeriern den Verdacht, dass die Armeeführung um den einflussreichen Heeresstabschef Ahmed Gaïd Salah die Wahlen hinauszögert, um selbst nach der Macht zu greifen. Hieraus resultieren erneute Unruhen, die nun schon seit Monaten anhalten und radikal-islamischen Kräften in die Hände spielen könnten.

Nachdem deren Einfluss ab dem Ende des Bürgerkrieges in Algerien durch das Militär und die Regierung Bouteflika zurückgedrängt worden war, mehren sich nun die Anzeichen für eine Reislamisierung des Maghrebstaates. Nicht umsonst finden die Massenproteste regelmäßig nach den traditionellen Freitagsgebeten statt und tauchen im Straßenbild zunehmend mehr Männer mit langen Salafistenbärten und voll

verschleierte Frauen auf. Dazu kommen nicht weniger als vier zugelassene und zwei verbotene radikal-islamische Parteien sowie zwei ziemlich aktive dschihadistische Untergrundorganisationen.

Trotzdem halten die meisten westlichen Beobachter eine Machtübernahme der radikalen Moslems für unmöglich. Diese werde schon allein wegen der Stärke der hochgerüsteten algerischen Armee scheitern. Dabei unterschätzen sie aber die Entschlossenheit der radikalen Moslems, die von verbündeten Milizen aus dem benachbarten Libyen unterstützt werden.

Letztlich wird wohl alles davon abhängen, auf welche Seite sich die Masse der algerischen Militärangehörigen schlägt, wenn eine Entscheidung für oder gegen den radikalen Islam ansteht. Sollte Letzterer innerhalb der Streitkräfte obsiegen, dann hätte Berlin allen Grund, die Waffenexporte nach Algerien aufs Tiefste zu bereuen. *Wolfgang Kaufmann*

Algeriens Militär ist mit deutscher Hilfe hoch gerüstet



Von ihm und seinen rund 147 000 Kameraden hängt die Zukunft seines Landes maßgeblich ab: Ein algerischer Soldat

Bild: pa

Buntes Waffenarsenal

Wo Algeriens Streitkräfte ihr Großkampfgerät herhaben

In den algerischen Streitkräften dienen rund 147 000 Mann. Dazu kommen 150 000 Reservisten, knapp 100 000 Angehörige von Gendarmerie und Grenzschutz sowie 150 000 Mitglieder lokaler Milizen und Selbstverteidigungstruppen. Die Ausrüstung der bewaffneten Kräfte stammt vielfach aus der Russischen Föderation oder der Sowjetunion, sofern sie nicht in westlichen Staaten wie der Bundesrepublik zusammengekauft wurde.

Das algerische Heer verfügt über eine große Zahl an Kampf-, Schützen- und Spähpanzern. Die entsprechenden Zahlenangaben schwanken zwischen 2800 und 5500. Darunter befinden sich Hunderte moderner russischer Kampfpanzer vom Typ T-90S. Ansonsten kann das Heer noch um die 500 Ge-

schütze und 150 Mehrfachraketenwerfer sowie 480 Panzerabwehr- und 780 Flugabwehrkanonen aufbieten.

Die Luftwaffe Algeriens verfügt über rund 750 Flugzeuge und 250 Hubschrauber. Das Rückgrat der Luftstreitkräfte bilden etwa

Deutschland ist nur einer von diversen Lieferanten

130 Abfangjäger und Jagdbomber der sowjetischen beziehungsweise russischen Typen Mikojan-Gurewitsch MiG-23MS, MiG-25PDS, MiG-29SMT, Suchoi Su-24MK und Su-30MK. Außerdem soll Algerien demnächst noch zwölf neue Su-34 erhalten. An Hubschraubern wären

besonders die zirka 60 Kampfhubschrauber Mil Mi-24 und Mi-28 zu erwähnen. Weitere sollen bald aus Russland eintreffen.

Im Bestand der algerischen Marine befinden sich über 200 Schiffe. Die wichtigsten Einheiten sind die sechs dieselelektrischen Jagd-U-Boote vom russischen Typ Warschawjanka, drei Landungsschiffe britischer und italienischer Herkunft, acht Fregatten der sowjetischen Koni- und der deutschen MEKO- sowie der chinesischen Adhafer-Klasse, sieben Korvetten, von denen vier in Algerien gebaut wurden, und 24 Schnellboote vorwiegend sowjetischen Typs. Bei der Marinerüstung geht der Trend neuerdings hin zu chinesischen oder deutschen Produkten. Insbesondere zeigt Algier ein wachsendes Interesse an U-Booten aus der Bundesrepublik. *W.K.*

Doppelte dschihadistische Gefahr

Derzeit agieren in Algerien vor allem zwei dschihadistische Gruppierungen: die Organisation al-Kaida des Islamischen Maghreb (AQMI) und die Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime (JNIM). Die AQMI entstand 1998 während des algerischen Bürgerkrieges in Abspaltung von der Groupe Islamique Armée (GIA) und trug zunächst den Namen Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC). Nach ihrem Anschluss an Osama Bin Ladens al-Kaida im Jahre 2006 nahm die GSPC jedoch ihren heutigen Namen an. Seitdem erwarb sich die AQMI den Ruf, die bestorganisierte Terrororganisation Nordafrikas zu sein. Sie verfügt über relativ viel Geld, zu dem sie nicht zuletzt durch die Entführung von westlichen Touristen im Maghreb und der Sahara und deren anschließende Freilassung gegen hohe Lösegeldsummen kommt. Ihre Waffen hat die AQMI nach Erkenntnissen des algerischen Geheimdienstes Département du Ren-

Die AQMI ist recht finanzkräftig

seignement et de la Sécurité (DRS) vor allem aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Nachbarland Libyen bezogen.

Auf das Konto der al-Kaida des Islamischen Maghreb gehen diverse Terroranschläge in Algerien und anderen afrikanischen Staaten, bei denen bisher 119 Menschen starben. Mehrmals wandte sich die AQMI in Videobotschaften an junge Oppositionelle in Algerien und Tunesien mit der Aufforderung, statt gegen die „korrupten, kriminellen und tyrannischen Regierungen“ ihrer Länder zu demonstrieren, lieber Trainingslager der Dschihadisten zu besuchen, in denen sie auf den bewaffneten Freiheitskampf vorbereitet würden.

Neben der AQMI kämpft auch die JNIM, die im März 2017 durch den Zusammenschluss von vier radikal-islamischen Terrorgruppen entstand, gegen den algerischen Staat. Ihr Operationsschwerpunkt liegt vorwiegend im Süden des Landes sowie in Mali. *W.K.*

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P:

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinsler-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:

www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

Keine »spielende« Integration

Gewalttäter beim Fußball: Der hohe Anteil von Immigranten wird kaum diskutiert



Immer häufiger eskaliert die Situation: Schiedsrichter zeigt aufgebrachten Spielern die Rote Karte bei einem Regionalligaspiel in Berlin

Bild: imago images/Matthias Koch

Verbandsfunktionäre loben regelmäßig die „integrative Kraft des Sports“ sowie die neue „Buntheit“ und „Vielfalt“ unter den Sportlern. Gerade beim Fußball zeigen sich nun aber auch die Schattenseiten der angeblichen Erfolgsgeschichte.

Auf Deutschlands Fußballplätzen sehen sich Schiedsrichter nicht nur verstärkt groben Pöbeleien ausgesetzt, Unparteiische werden durch Spieler oder Fans auch immer öfter bedroht und körperlich angegriffen. Bundesweit für Aufsehen sorgte vor Kurzem eine Attacke auf einen Amateurschiedsrichter während eines Kreisligaspiels in Hessen.

Am 27. Oktober hatte in der Partie FSV Münster gegen TV Semd ein Spieler eine Gelb-Rote Karte kassiert. Daraufhin verpasst der Fußballspieler dem Schiedsrichter einen Faustschlag am Kopf. Der Attackierte verlor das Bewusstsein, sackte zu Boden und musste schließlich mit einem Rettungshubschrauber in eine Uniklinik gebracht werden. Laut Medienberichten lief der Schläger vom Platz, ohne sich um das Opfer zu kümmern. Wie Lokalzeitungen berichteten, soll der betreffende Spieler Hayri G. bereits zuvor eine sechswöchige Sperre abgesessen haben.

Am Wochenende vor dieser Attacke waren in Berlin bereits Amateurschiedsrichter für ein Wochenende in den Streik getreten. Der Berliner Fuß-

ballverband (BFV) sah sich in der Folge gezwungen, mehr als 1000 Spiele abzusagen. Gegenüber dem Deutschlandfunk (DLF) sagte Schiedsrichtersprecher Ralf Kisting zum Streik: „Wir wollen auf die Gewalt auf Fußballplätzen aufmerksam machen.“ Laut den Angaben des Schiedsrichter-Ausschusses des Berliner Fußballverbandes eigneten sich in der laufenden Saison auf den Fußballplätzen der Hauptstadt bereits 109 Vorfälle von Gewalt und Diskriminierung. In 53 Fällen waren dabei Schiedsrichter betroffen.

Schiedsrichtersprecher Kisting wies gegenüber dem DLF kurz auf den Berlin-Legisten BSV Al-Dersimspor hin. Nach insgesamt vier Platzverweisen gegen die Kreuzberger Mannschaft hatte ein Spieler von Al-Dersimspor den Schiedsrichter der Partie im Kabinentrakt geschlagen. Folge war ein zeitweiliger Boykott des Immigrantenfussballvereins durch Berliner Schiedsrichter.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt warnte Kisting eindringlich: „Es darf nicht den ersten toten Schiedsrichter in Deutschland geben.“

In den Niederlanden ist es im Dezember 2012 bereits zu einem Todesfall gekommen. Der ehrenamtliche Linienrichter Richard Nieuwenhuizen

war nach einem Spiel der beiden Jugendmannschaften von „Buitenboys“ und „Nieuw Sloten“ zu Boden geschlagen und mehrfach gegen den Kopf getreten worden. Der Familienvater wurde dabei so schwer verletzt, dass er an einer Gehirnblutung starb. Ein niederländisches Strafgericht in Lelystad verurteilte sechs Spieler der Jugendmannschaft des Amsterdamer Vereins Nieuw Sloten sowie auch den Vater eines der Fußballer zu Haftstrafen. Alle sieben Verurteilten hatten einen marokkanischen Immigrationshintergrund.

In Holland kam ein Schiedsrichter bereits zu Tode

Auch ein Blick auf die Berichterstattung zu konkreten Einzelfällen in Deutschland legt die Vermutung nahe, dass bei der Entwicklung hierzu-landes Fans und Spieler mit Immigrationshintergrund einen überproportionalen Anteil an der zunehmenden Gewalt haben. Aussagekräftige Statistiken fehlen bislang. Beobachtern bleibt nur übrig, aus der Berichterstattung der Medien über Vereins- und Spielernamen Rückschlüsse zu ziehen.

Die Sozialwissenschaftlerin Thaya Vester, die eine Studie zur Situation von Schiedsrichtern in Baden-Württemberg erstellt hat, sprach davon, dass die Stadtstaaten deutlich stärker von Gewalt betroffen seien als die Flächenländer, und äußerte zurückhaltend die Vermutung: „Das hat viel-

leicht auch mit der Zusammensetzung der Bevölkerung zu tun.“

Özgür Özvatani vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin sprach einen bislang wenig beachteten weiteren Aspekt an. Auch Schiedsrichter, Vereinsaktive und Sportfunktionäre, die selber einen Immigrationshintergrund haben, stehen unter erheblichem Druck. Gegenüber dem Deutschlandfunk wies der Wissenschaftler darauf hin, dass „in einigen Fällen Personen mit Migrationshintergrund ins Schiedsgericht berufen wurden“. Diese haben laut Özvatani von Immigrantenfussballvereinen „einen Riesendruck erhalten“, damit sie „dann in diesen Entscheidungen immer für ‚ihre‘ Vereine entscheiden sollen“.

Die Entwicklung auf den Fußballplätzen stellt die bislang von Verbandsfunktionären verbreitete Sichtweise vom Fußball als Erfolgsgeschichte der Ausländer-Integration erheblich in Frage. Der frühere DFB-Präsident Reinhard Grindel griff beispielsweise zur Formulierung, beim Fußball würde „Integration spielend“ gelingen.

Nach der schweren Gewalttat in der hessischen Kreisliga verurteilte der DFB die zunehmende Gewalt gegen Amateurschiedsrichter in einer Erklärung. Verbunden war dies mit einem Appell an Polizei, Justiz und auch die Politik, gegen die zunehmende Gewalt mit aller Schärfe vorzugehen.

Norman Hanert

Linke Kandidatin durchgefallen

Von THEO MAASS

Drei Positionen im Berliner Verfassungsgericht waren neu zu besetzen. 92 Abgeordnete zählen die drei linken Fraktionen im Abgeordnetenhaus zusammen. Der CDU-Kandidat Christian Burholt bekam von allen Kandidaten die meisten Stimmen – 148 Mal Ja und viermal Nein. Er dürfte von Teilen der AfD Stimmen bekommen haben. Auf Ludgera Selting (SPD) entfielen 134 Ja- und zwölf Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen.

Die Linkspartei-Kandidatin Lena Kreck erhielt indes nur 86 Ja-Stimmen und erreichte damit nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Neben den drei bürgerlichen Oppositionsparteien müssen wohl auch einige Vertreter der Regierungsparteien an der Qualifikation von Frau Kreck Zweifel gehabt haben. Die Vorsitzenden der CDU- und der FDP-Fraktion wiesen den Vorwurf der „Unzuverlässigkeit“ von sich.

CDU-Fraktionschef Burkhard Dregger sagte: „Das gestern war eine geheime Wahl und ich habe meinen Kollegen nicht in der Wahlkabine über die Schultern geschaut.“ Und FDP-Fraktionsführer Sebastian Czaja meinte: „Unsere Demokratie nimmt Schaden, wenn wir aus dem heutigen Eklat nicht die entscheidenden Lehren ziehen.“ AfD und FDP waren gar nicht erst in die Kandidatensuche eingebunden worden.

AFD-Fraktionschef Georg Pazderski erklärte, endlich sei es einmal nicht um Parteibücher, sondern um die Qualifikation gegangen. Linkspartei-Chef Udo Wolf erblickt dagegen in der Abstimmung fast schon eine Majestätsbeleidigung und sprach von einem „ziemlich gravierenden Vorgang“. Er wirft der CDU vor, die mutmaßlich neben FDP- und AfD-Abgeordneten gegen Kreck stimmte, Absprachen gebrochen zu haben. „Die Institution des Verfassungsgerichtshofes ist durch diesen Vorgang beschädigt“, behauptet Wolf.

SPD-Kollege Raed Saleh sieht ebenfalls einen offenen Bruch von Absprachen: „Die CDU hat sich damit disqualifiziert.“ Eine Nummer größer hatte es Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek ausgedrückt. Sie warf der CDU „hinterlistiges Verhalten“ zum „Schaden für die Demokratie“ vor.

Linksaußen argwöhnt man über einen angeblichen Rechtsruck in der Berliner CDU. Parteichef Kai Wegner tauchte unlängst auf einem Treffen der Werte-Union auf, die sich die Aufgabe gestellt hat, dem konservativen Flügel der Partei eine Stimme zu geben. Im „Spiegel“ rechtfertigte sich Wegner: „Das sind Mitglieder der Berliner CDU.“ Die durchgefallene Kandidatin ist übrigens an der Evangelischen Hochschule beschäftigt.

Frank Bückler

Potsdam streitet um Namen

Rot-Rot-Grün will alte Straßen neu benennen – nach Frauen

Mit der Wiederaufstellung des historischen Stadtgrundrisses in unmittelbarer Nähe von Altem Markt und Landtag entstehen mehrere Straßen des alten Potsdam wieder. Um die Benennung der Straßen ist in der Stadtverordnetenversammlung jedoch ein Streit entbrannt. Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob auf die historischen Straßennamen wie Schloss-, Schwertfeger- und Kaiserstraße zurückgegriffen wird oder aber Frauennamen verwendet werden.

Zur Diskussion stehen die Namen der langjährigen Vorsitzenden der israelitischen Frauengemeinde, Anna Zielenziger, der SPD-Kommunalpolitikerin Anna Flüge und der Ehrenvorsitzenden der brandenburgischen CDU, Erika Wolf. Gegen eine Verwendung der historischen Namen hat sich mit großer Mehrheit unlängst der Kulturausschuss im Stadtparlament ausgesprochen.

Gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ („PNN“) sagte der Linkspartei-Stadtverordnete Sascha Krämer, Frauen seien bei der Benennung von Straßen übergegangen worden.

Die Bürgerinitiative „Mittelschön“ hat laut „PNN“ als Kom-

Linker Widerstand gegen historische Rekonstruktion wächst

promiss vorgeschlagen, die Frauen an anderer Stelle in Potsdam zu ehren: „Straßennamen sollten kein Ort für politische Grabenkämpfe und Verewigungspanthasien von Parteien sein, sondern dienen nach der Straßenverkehrsordnung zuerst der Orientierung, das ist offenbar in Vergessenheit geraten“, so die Initiative.

Die Diskussion kann als ein weiteres Zeichen dafür gewertet

werden, dass die Rekonstruktion der historischen Mitte Potsdams auf mehr Widerstand stößt, als dies unter dem langjährigen Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jacobs (SPD) der Fall war. Sein Nachfolger Mike Schubert (ebenfalls SPD) hatte zur Amtseinführung im November 2018 angekündigt, er wolle die Potsdamer bei der Stadtentwicklung stärker beteiligen.

Schubert sagte, die Wiedergewinnung der historischen Mitte könne auch als „Verlust von jüngerer Baugeschichte und damit auch Verlust von Identität in der Stadt“ gewertet werden. Nach der Kommunalwahl im Mai haben sich SPD, Grüne und Linkspartei zu einer rot-rot-grünen Rathauskoalition zusammengesetzt. Insbesondere aus den Reihen der Linkspartei kam in den vergangenen Jahren regelmäßig Kritik, wenn es um den Abriss von Bauten aus der DDR-Zeit ging. N.H.

Koalitionskrach

Berlin: SPD-Beschlüsse verärgern Partner

Der jüngste Berliner Landestag der SPD brachte nach heftigen Diskussionen zwei Ergebnisse zustande, die eine Koalitionskrise verursachen könnten. Es geht um die Verbeamtung von Lehrern und die Enteignung von Wohnungskonzernen. Einerseits will die SPD künftig in der Stadt wieder Lehrer verbeamten. Damit sollen angehende Lehrer in der Stadt gehalten werden.

Allerdings hatte sich die SPD im Koalitionsvertrag dazu bereitgefunden, bis zu den Wahlen im Herbst 2021 keine Lehrer mehr zu verbeamten, wie es Linkspartei und Grüne forderten.

Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek: „Meine Partei hat in beiden Fragen eine andere Position.“ Linkspartei-Landeschefin Katina Schubert: „Die Parteitagsbeschlüsse der SPD stimmen mit unserer Haltung in beiden Fragen

nicht überein.“ Während die FDP in der Verbeamtungsfrage eher Linkspartei und Grünen zuneigt, findet die Wende der SPD bei CDU und AfD Zustimmung. CDU-Landeschef Kai Wegner lobte den Beschluss, mit dem die Sozialdemokraten endlich zur Vernunft kämen. Die AfD hat den Umschwung bei der SPD ebenfalls begrüßt.

Die Forderung von Linkspartei und Grünen nach einem Enteignungsgesetz gegen Wohnungsunternehmen lehnten die Sozialdemokraten ab. Schubert ist enttäuscht: „Es wäre besser, wenn die Koalitionsparteien jetzt gemeinsam ein solches Gesetz auf den Weg bringen könnten ... Dann muss es eben die Berliner Bevölkerung in einem Volksbegehren richten.“ In dieser Frage weiß die SPD jedoch die gesamte bürgerliche Opposition auf ihrer Seite. Frank Bückler

AfD bekam keinen Raum

Am 2. November gab der Pressesprecher der Berliner AfD bekannt, dass der eigentlich für Anfang des Monats geplante Landestag seiner Partei nun am 25. und 26. Januar 2020 stattfinden werde. Zunächst schien die Abhaltung des Treffens überhaupt gefährdet. Selbst im benachbarten Brandenburg ließ sich kurzfristig kein Raum finden. AfD-Parteisprecher Ronald Gläser: „Ausdrücklich erwähnen möchten wir hier das Engagement unserer Parteifreunde in Brandenburg.“ Mehr als 100 Veranstaltungsorte erteilten der Partei eine Absage. Grund dafür waren meistens Drohungen von gewaltbereiten Linksextremisten. Zuletzt hatte der Inhaber des Hotel-Restaurants „Schloss Diederichsdorf“ Klage darüber geführt, dass er und sein Personal eingeschüchtert würden. Der Senat hatte sich geweigert, der AfD landeseigene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Amtszeit des amtierenden Vorstandes endet im November, er bleibt nun kommissarisch im Amt. F.B.

MELDUNGEN

Gemeinsame
Grenzkontrollen

Triest – Die Regierungen Sloweniens und Italiens wollen zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung wieder Grenzkontrollen aufnehmen. Beide Länder hatten bereits von Juli bis Ende September Kontrollen an ihrer Grenze durchgeführt. Die Regierungen wollen nun das Personal aufstocken und planen gemeinsame Polizeipatrouillen. Diese sollen in wenigen Wochen aufgenommen werden, wenn die Details eines Kooperationsabkommens geklärt sind. Auch Österreichs amtierender Innenminister Wolfgang Peschorn hat angekündigt, die Kontrollen an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien bis Mitte Mai 2020 weiterzuführen. Slowenien hat auch gegenüber Österreich vorgeschlagen, die Grenze gemeinsam zu kontrollieren. *N.H.*

Anschläge in
Schweden

Stockholm – In Schweden häufen sich die Fälle von Sprengstoffanschlägen auf öffentliche und private Gebäude. Der Nationale Rat für Gewaltprävention registrierte allein im Zeitraum von Januar bis September 173 Anschläge mit Sprengstoffen. Im gesamten Jahr 2018 wurden in Schweden 162 Sprengstoffanschläge und 306 Schießereien gezählt. Betroffen sind dabei nicht nur die Großstädte Stockholm, Göteborg und Malmö sondern auch mittelgroße Städte und kleinere Ortschaften. Schwedische Ermittler vermuten hinter der Serie von Sprengstoffanschlägen Machtkämpfe zwischen kriminellen Jugendbanden, die zunehmend auch im öffentlichen Raum ausgetragen werden. Nach Erkenntnissen der schwedischen Polizei existieren in Gegenden mit hohem Anteil von Immigranten mittlerweile etwa 200 kriminelle Netzwerke mit mehreren tausend Mitgliedern. *N.H.*

Rolle rückwärts in Argentinien

Die Peronisten unter Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner erobern die Macht zurück

Bei der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten Argentiniens am 27. Oktober schafften die politischen Erben von Juan Domingo Perón, dem Vater und Namensgeber des bis heute populären Peronismus, nach vier Jahren den Sprung zurück an die Regierung.

Alberto Fernández, von 2003 bis 2008 Kabinettsleiter der Präsidenten Néstor Kirchner und Cristina

Platz. Laut der argentinischen Wahlordnung reichen beim ersten Durchgang bereits 45 Prozent zum Sieg.

Noch im August 2017 hatte Macris Partei die Parlamentswahlen deutlich gewonnen. Damit schien sich eine nichtperonistische Option etabliert zu haben. Doch konnte er keine seiner 2015 zu Beginn seiner Präsidentschaft leichtfertig gegebenen wirtschaftlichen Ver-

Simbabwe hatte Argentinien im vergangenen Jahr mit 47 Prozent die weltweit dritthöchste Inflationsrate.

Macri, Sohn eines italienischen Einwanderers, Bauingenieur, Unternehmer, Manager eines großen Fußballvereins und ehemaliger Bürgermeister von Buenos Aires, ist auch an mangelnder politischer Erfahrung gescheitert. Seine persönlichen Erfolge boten nicht die

für Gas, Strom, Benzin, Trink- und Abwasser sowie im Nahverkehr im Mai 2016 um teilweise bis zu 2000 Prozent riefen erwartungsgemäß heftige Proteste hervor. Die Subventionsstreichungen zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit im Ausland trafen auch die Inhaber der kleinen und mittelständischen Firmen, die ihn neben seinen 30 Prozent Stammwählern zu Anfang unterstützt hatten. Die Ex-

gen und Terrorismus war unpopulär, da er keine unmittelbaren Interessen tangierte. Außerdem ist Macri fälschlicherweise von der Möglichkeit eines schnellen Wandels der politischen Kultur ausgegangen, in der Autoritarismus, linker Populismus und Staatsgläubigkeit fest verankert sind. Wichtige Teile der öffentlichen Meinung und der Elite lehnen Veränderungen schlichtweg ab und betrachten sie als Rückschritt oder als Verlust an Souveränität. Die argentinischen Arbeiter gehören zu den am besten bezahlten des Kontinents und profitieren am meisten von der Isoliertheit.

Die graue Eminenz hinter Macris Herausforderer Alberto Fernández, Fernández' Vizepräsidentenskandidatin und Macris direkte Vorgängerin im Präsidentenamt, Cristina Elisabet Fernández de Kirchner, agierte zudem sehr geschickt. Zwar laufen derzeit gegen sie 13 Verfahren wegen Korruption, fünf davon vor Gericht, doch sie entging der Untersuchungshaft bislang nur durch ihre seit 2017 geltende Immunität als Senatorin. Sie hielt sich dezent im Hintergrund, trat während der Kampagne kaum auf und trug so entscheidend zur Einheit im peronistischen Lager bei, das die mit ihr sympathisierenden 30 Prozent der Argentinier mobilisieren konnte. Als Teil dieser brillanten Strategie wurde mit Alberto Fernández zudem ein moderater, erfahrener, die Menschen verbindender Politiker aufgestellt. Der von Cristina Elisabet Fernández de Kirchner von ihrem Ehemann und Vorgänger im Präsidentenamt, Néstor Kirchner, bei ihrem Amtsantritt als Präsidentin 2007 übernommene Kabinettschef entwickelte sich zu einem ihrer schärfsten Kritiker und bewahrte ein eigenes Profil. Jetzt muss Fernández in einem Klima der Euphorie und Hoffnung einen Weg aus der tiefen Krise Argentiniens finden, ohne den Riss zwischen Vertretern zweier völlig unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle weiter zu vertiefen. *Markus Matthes*



Nach ihrer Wahl zur Vizepräsidentin und zum Präsidenten Argentiniens: Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner sowie ihr ehemaliger Kabinettschef Alberto Fernández

Bild: pa

Fernández de Kirchner, sowie Cristina Fernández de Kirchner, von 2007 bis 2015 Staatspräsidentin Argentiniens, von der Wahlallianz Frente de Todos (Gemeinsame Front) siegten mit 48,1 Prozent. Das amtierende Paar aus Präsident Mauricio Macri und Vizepräsident Miguel Ángel Pichetto vom Wahlbündnis Juntos por el Cambio (Gemeinsam für die Wende) kam mit 40,3 Prozent nur auf den zweiten

sprechen halten, und das Land befindet sich in einer Rezession. Allein in den letzten zwei Jahren verdoppelten sich Argentiniens Auslandsschulden auf über 283 Milliarden US-Dollar. Durch Eingriffe in den traditionell sehr regulierten, ja abgeschotteten Devisenmarkt verlor der Peso 2018 die Hälfte an Wert und ein weiteres Zehntel der Bevölkerung rutschte unter die Armutsgrenze. Nach Venezuela und

Lösung für die chronischen Probleme, die Argentinien immer tiefer in den Abgrund reißen. Man ging einfach davon aus, dass nach dem Abschneiden alter Zöpfe der Aufschwung und die herbeigeredeten ausländischen Investitionen von alleine kämen. Zudem gab es wenig Rücksicht auf den wichtigsten Koalitionspartner und die gesprächsbereite Opposition. Eine drastische Anhebung der Preise

porte stiegen zwar zunächst an, doch wird die einheimische Wirtschaft dieses Jahr um 1,8 Prozent schrumpfen.

Eine Phase der Instabilität und des zunehmenden Protektionismus war schlichtweg die falsche Zeit für einen radikalen Wandel und eine Öffnung zur Welt. Diesen Kontext hat man weder vorausgesehen noch sich ihm angepasst. Der Feldzug gegen Dro-

Kantersieg für Salvini

Rechtskoalition erobert die einst linke Hochburg Umbrien

Matteo Salvini und seine Lega sind wieder da. Die von der Partei des ehemaligen italienischen Innenministers und Vizeregierungschefs angeführte Rechtskoalition erzielte bei den Regionalwahlen in Umbrien vom Wochenende mit 58 Prozent der Stimmen für die gemeinsame Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Region, Donatella Tesei, einen Erdrutschsieg. Die 61-jährige Juristin konnte den parteilosen Unternehmer Vincenzo Bianconi, den Kandidaten der beiden linken Regierungsparteien Movimento 5 Stelle (M5S, Fünf-Sterne-Bewegung) und Partito Democratico (PD, Demokratische Partei), mit fast 30 Prozentpunkten Abstand geradezu deklassieren. Das Ergebnis ist umso erstaunlicher, als Umbrien eine traditionelle Hochburg der Linken ist. Über ein halbes Jahrhundert lang wurde Umbrien ununterbrochen von Linkskoalitionen regiert.

Von den Parteien erzielte die Lega mit 37 Prozent das mit Abstand beste Ergebnis, die zweitplatzierte PD folgte mit großem Abstand mit nur 22 Prozent. Sogar die rechtsextreme Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) konnte mit zehn Prozent noch die Fünf-Sterne-Bewegung, die auf magere sieben Prozent kam, hin-

ter sich lassen. Dabei war die Fünf-Sterne-Bewegung bei den Parlamentswahlen vom März 2018 noch mit 32 Prozent stärkste Partei des Landes geworden.

Der Zustimmungserfall der Fünf-Sterne-Bewegung seit der Verweigerung der von Salvini erstrebten Neuwahl des italienischen Parlaments ist geradezu



Donatella Tesei

dramatisch. Salvini sprach von einem historischen Sieg in Umbrien. Er interpretierte das Wahlergebnis als Beweis, dass die Regierung in Rom aus M5S und PD „missbräuchlich“ an der Macht sei.

Salvini hatte nach dem Bruch des Regierungsbündnisses mit der Fünf-Sterne-Bewegung seine ge-

samte politische Energie in den Wahlkampf in Umbrien gesteckt und Dutzende von Wahlkampfauftritten absolviert. Die linken Regierungsparteien blockieren sich in Rom seit ihrem Amtsantritt gegenseitig. Erst kurz vor Wahlkampfbende konnten sie sich zu einem gemeinsamen Auftritt in der umbrischen Regionalhauptstadt Perugia zusammenschließen. Salvini konnte mit dem Resultat der Regionalwahl von Umbrien demonstrieren, wie wenig Rückhalt die neue Regierungskoalition in Rom in der Bevölkerung hat.

Salvini möchte in den nächsten Monaten bei weiteren Regionalwahlen die Regierung in Rom sturmreif schießen. Im Januar könnten in Kalabrien und in der Emilia-Romagna weitere ehemalige rote Hochburgen fallen. Die schwere Schlappe der Regierungsparteien wird die Spannungen innerhalb der Regierung von Premier Giuseppe Conte weiter verstärken. Für Außenminister Luigi Di Maio, den Chef der Fünf-Sterne-Bewegung, ist die Niederlage in Umbrien bereits der Beweis, dass das Experiment einer gemeinsamen Wahlliste mit dem PD, das in Umbrien zum ersten Mal ausprobiert wurde, keine Wiederholung verdiene. *Bodo Bost*

»Herkules« soll's richten

Kreditverbriefungen sollen Hellas kreditwürdiger machen

Griechenlands Regierung will über Verbriefungen das Problem notleidender Kredite in den Bankbilanzen entschärfen. Wie der Ministerpräsident der Hellenischen Republik, Kyriakos Mitsotakis von der Nea Dimokratia (Neue Demokratie) angekündigt hat, soll der Anteil fauler Kredite bereits bis zum Ende des Jahres 2021 auf einen einstelligen Prozentwert fallen.

Wie ehrgeizig dieses Ziel ist, machen Daten des griechischen Bankensystems aus dem Sommer deutlich. Ende Juni wurde das Gesamtvolumen ausgereicherter Kredite mit 160 Milliarden Euro angegeben. Davon gelten rund 40 Prozent entweder als akut ausfallgefährdet oder bereits als nicht mehr von den Schuldnern bedient. Eine Lösung für das Problem der faulen Kredite gilt für Griechenland als ein entscheidender Faktor für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Mit den Altlasten in ihren Bilanzen sind die griechischen Banken kaum in der Lage, neue Kredite zu gewähren.

Ein griechisches Sanierungskonzept mit dem Namen „Herkules“ sieht nun vor, notleidende Kredite im Volumen von 30 Milliarden Euro zu verbrieften und zur Vermarktung an eine Zweckgesellschaft zu übertragen. Für

rund ein Drittel der Papiere soll der griechische Staat mit neun Milliarden Euro haften. Nach einem ähnlichen Muster hat bereits Italien innerhalb von drei Jahren notleidende Kredite im Volumen von über 60 Milliarden Euro aus seinem Bankensystem ausgegliedert. Laut Mitso-



Kyriakos Mitsotakis

takis' Vizefinanzminister und Parteifreund Giorgos Zavvos soll der Markt auf das Herkules-Projekt sehr positiv reagiert haben. Ein Erfolg der griechischen Pläne könnte sich nicht nur in der Bonitätsbewertung der Ratingagenturen für Griechenland zeigen.

Die faulen Kredite in den Bilanzen griechischer Banken gelten neben dem Schuldenberg im italienischen Bankensystem als das größte Argument gegen die Pläne zu einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in der Eurozone. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte im vergangenen Jahr einer schnellen Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung eine Absage erteilt. Der Deutsche signalisierte dabei, dass er die Einlagensicherung als ein mittelfristiges Projekt ansehe. In Gesprächen soll er auf die Notwendigkeit verwiesen haben, zunächst Risiken bei den Banken zu reduzieren. Der sozialdemokratische Finanzminister befand sich damit auf der Linie, die auch sein christdemokratischer Vorgänger Wolfgang Schäuble in der Öffentlichkeit vertreten hatte.

Eine neue Tonlage ist dagegen von der neuen EU-Kommissionspräsidentin angeschlagen worden. Ursula von der Leyen sagte noch vor ihrer Wahl den liberalen und sozialdemokratischen Fraktionen im EU-Parlament zu, sie wolle die Bankenunion vervollständigen. Trotz der skeptischen Haltung der Bundesregierung wird das Thema EU-Einlagensicherung damit bald wieder auf der Tagesagenda von EU-Gipfeltreffen stehen. *Norman Hanert*

Zufrieden, aber pessimistisch

Die Gegenwart empfinden viele Deutsche als finanziell weniger problematisch als die Zukunft

Die finanzielle Zufriedenheit der Deutschen hat laut einer Studie einen neuen Höchststand erreicht und zieht sich durch alle Altersgruppen. Aufgrund der eher düsteren wirtschaftlichen Prognosen neigen die Bundesbürger aber zum Sparen.

„Die Deutschen legen seit Jahren eine robuste Sparkultur an den Tag. Damit trotzten sie beharrlich fast allen welt- und geldpolitischen Krisen“, sagte Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), bereits im Vorjahr. Das Institut präsentiert jährlich das sogenannte Vermögensbarometer. Angesichts der schlechten konjunkturellen Aussichten hatten viele mit einer negativen Stimmung gerechnet. Das scheint aber nicht der Fall zu sein.

Demnach beurteilen 43 Prozent ihre gegenwärtige finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“, nur 18 Prozent als „eher schlecht“ oder „schlecht“. Das ist das beste Ergebnis seit der erstmaligen Erstellung des jährlichen Vermögensbarometers der Sparkassen im Jahr 2005. Damals bewerteten nur 20 Prozent ihre finanzielle Lage als gut oder sehr gut und 33 Prozent als schlecht oder eher schlecht. „Die stabile gesamtwirtschaftliche Lage der vergangenen Jahre zeigt hier sicherlich ihre Auswirkungen“, so der DSGV-Präsident.

Die diesjährige Umfrage wurde von Mai bis Juni 2019 durchgeführt. Befragt wurden 5806 Menschen ab dem Alter von 14 Jahren in ganz Deutschland, wobei auf jedes Bundesland mindestens 300 Befragungen entfielen. Von den 5806 Einzelbefragungen wurden 1000 telefonisch und 4806 online geführt. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist in dieser Frage nicht sehr ausgeprägt. Männer bezeichnen ihre finanzielle Situation zu 43 Prozent als (sehr) gut, Frauen zu 41 Prozent. Sehr wohl gibt es in dieser Frage jedoch Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen: Jüngere

sind häufiger mit ihren Finanzen zufrieden oder sehr zufrieden. So liegt dieser Anteil bei den 14- bis 29-Jährigen bei überdurchschnittlichen 48 Prozent, bei den 30- bis 39-Jährigen sogar bei 51 Prozent. Die 40- bis 49-Jährigen liegen etwa im Durchschnitt. In der zweiten Lebenshälfte äußern sich weniger Menschen (sehr) zufrieden: Bei den 50- bis 59-Jährigen sind es nur noch 37 Prozent, bei den Menschen ab 60 sind es 38 Prozent.

lich oft für Menschen mit höherem Einkommen oder Vermögen.

Erstmals nehmen Aktien den ersten Rang ein bei der Frage, welche Geldanlagen in der Niedrigzinsphase geeignet sind. Auf Platz zwei stehen wie im Vorjahr Investment- und Immobilienfonds. Immobilien, bislang auf Rang eins, sind 2019 auf den dritten Platz abgerutscht.

Interessante Erkenntnisse liefert eine Neuerung: Die Forscher ha-

gene Lage als „gut“ oder „sehr gut“. Knapp jeder vierte dort sieht seine Finanzen dagegen als „eher schlecht“ oder „schlecht“ an.

Schleweis sieht hier nicht nur die Gesellschaft, sondern vor allem die Politik in der Verantwortung: „Sie muss mit dezentralen Strukturen und gelebtem Föderalismus helfen, die Unterschiede zu minimieren oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Und sie muss selbsttragende Strukturen ermög-

lichen Gegenden. Von den sechs Zehnteln der Befragten, die an der Wirksamkeit ihrer Altersvorsorgemaßnahmen zweifeln, ist das etwa jeder Dritte.

Bei der Frage nach der finanziellen Lage lässt sich zudem ein kleines West-Ost-Gefälle beobachten: Den geringsten Anteil an „gut“- oder „sehr gut“-Antworten haben die neuen Bundesländer Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit je-

Kommentierte das von seinem Haus auch dieses Jahr wieder präsentierte sogenannte Vermögensbarometer: Helmut Schleweis, seit vergangenem Jahr Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)

Bild: Deutscher Sparkassen- und Giroverband



Der anhaltende Niedrigzins beeinflusst die Menschen allerdings in stärkerem Maße als in den Vorjahren. Für 44 Prozent spielt er eine (sehr) wichtige Rolle bei Geldanlageentscheidungen. Exakt 40 Prozent haben ihr Sparverhalten an die Niedrigzinsen angepasst, wobei mit 46 Prozent knapp die Hälfte aus dieser Gruppe mit der Wahl anderer Anlageprodukte reagiert hat oder reagieren will. Das gilt überdurchschnitt-

ben die Antworten dieses Jahr erstmals auch nach Wohnlage aufgeschlüsselt in die vier Kategorien „Innenstadt“, „Vorstadt“, „ländlich, aber in Stadtnähe“ sowie „ländlich, weit ab von der Stadt“. Während in den städtischen oder stadtnahen Wohnlagen sich alle Befragten ähnlich zufrieden mit der persönlichen finanziellen Situation zeigten, sieht es auf dem Land offenbar deutlich anders aus: Dort beurteilten nur 31 Prozent die ei-

lichen und unterstützen.“ Er fordert solide Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges und gerecht verteiltes Wachstum: „Damit wären auch die Weichen für eine Normalisierung der Geldpolitik gestellt. Und Sparer könnten endlich wieder mit Ertrag sparen.“

Größte Sorge unter den Befragten ist nach wie vor die Altersarmut. Mit Altersarmut rechnen vor allem die Menschen in den Innenstädten und in stadtfernen länd-

weils 38 Prozent – also fünf Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings: Die Unterschiede zwischen Ost- und Westbundesländern sind nicht so ausgeprägt wie die Differenzierung nach Wohnlage. „Altersarmut ist nach wie vor eine zentrale Sorge und auf dem Land schätzen die Menschen ihre Situation schlechter ein als in der Stadt. Das sind die beiden zentralen Aussagen“, so Schleweis. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Kahlschlag bei den Autobauern

Pforzheim – Der Wirtschaftswissenschaftler Rudi Kurz geht von einem massiven Wegfall von Arbeitsplätzen in der deutschen Automobilindustrie aus. Laut einer Modellrechnung, die der Pforzheimer Wissenschaftler im Auftrag des BUND vorgenommen hat, könnte allein die Umstellung vom Verbrennungsantrieb auf die Elektromobilität 160 000 Arbeitsplätze kosten. Weitere 150 000 Stellen sind durch eine weitere Steigerung der Produktivität in Gefahr. Mit neuen Mobilitätsdienstleistungen und einer verstärkten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist laut der Modellrechnung bis zum Jahr 2030 sogar mit einem Verlust von insgesamt etwa 360 000 Arbeitsplätzen in der deutschen Automobilindustrie zu rechnen. *N.H.*

Solarstraße ist gescheitert

Paris – Das Projekt der weltweit ersten Autostraße mit Solarpanelen zur Stromerzeugung muss nach zwei Jahren als Misserfolg gewertet werden. Laut einem Bericht der französischen Zeitung „Le Monde“ wurde bei dem Modellprojekt in der Normandie das angepeilte Ziel zur Energiegewinnung um 50 Prozent deutlich verfehlt. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.918.313.272.186 €

Vorwoche: 1.918.353.979.204 €

Verschuldung pro Kopf:

23.106 €

Vorwoche: 23.107 €

(Dienstag, 5. November 2019, Zahlen: www.steuerschahler.de)



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Mehr als peinlich

Von Hans Heckel

Das endlose Gezerre um das Berliner Einheitsdenkmal ist eigentlich zum Lachen. FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg ist verständlicherweise entnervt: „Das endlose Planungschaos um diese Einheitswippe zeigt: Irgendwas ist immer – mit Berlins Senats-Bürokraten ist kein Staat zu machen.“

Seit mehr als 20 Jahren, Helmut Kohl war damals noch Kanzler, kreist die Debatte um ein würdiges Denkmal zur Deutschen Einheit in Berlin. Schließlich einigten sich die Verantwortlichen auf eine gigantische, begehbbare Schale vor der Westfassade des als Humboldtforum wiedererstehenden Schlosses.

Schon der Entwurf machte einen merkwürdigen Eindruck. Ihm geht alles Erhabene ab. Dabei handelt es sich um den historischen Triumph von Einheit und Freiheit zum Ende eines von entsetzlichen Verwerfungen zerfurchten Jahrhunderts, der hier ein sichtbares Zeichen erhalten soll. Die Einheitswippe, wie der Volksmund den Entwurf schnell taufte, strahlt dagegen Lauheit und fast schon Gleichgültigkeit aus. Wie eine Pflichtübung, entworfen und beschlossen von Menschen, die mit dem historischen Anlass, der hier gewürdigt werden sollte, wenig anfangen können.

Nun hat sich die Realisierung des Entwurfs immer wieder verschoben. Jetzt sollen Fledermäuse, die ihre Heimstatt an der Stelle gefunden haben, den nächsten Hinderungsgrund abgeben. Lächerlich.

Dass die an anderer Stelle

vielfach belegte Unfähigkeit der Berliner Stadtbürokratie an der peinlichen Geschichte ihren erheblichen Anteil hat, mag niemand bezweifeln, der sich nur die unglaubliche Geschichte des immer noch nicht fertiggestellten Großflughafens BER vor Augen führt.

Doch hier kommt womöglich noch etwas anderes ins Spiel. Nämlich jener Aspekt, der sich in dem mutlosen Entwurf bereits manifestiert. Der Triumph, dessen gedacht werden soll, wurde von jenen, die heute in Berlin das Sagen haben, nicht als Sieg, sondern als historische

Niederlage, als Schmach empfunden. Entsprechend gering bis nicht vorhanden ist ihre Motivation, das Projekt an-

gemessen voranzubringen. An der Spree dominiert eine „Elite“, die im Kern ihres Bewusstseins diesem Land, seiner Geschichte und daher erst recht seinen Erfolgen misstrauisch bis zutiefst ablehnend gegenübersteht. Insbesondere Daten wie der 17. Juni 1953 und das Ende der DDR haben sie zu Gegnern ihres eigenen Volkes gemacht, weil diese Nation sich im Zweifel immer wieder gegen linksradikale Machtansprüche zur Wehr gesetzt hat, mal ohne, mal mit Erfolg.

Die Distanz, die in weiten Teilen der politischen Linken Deutschlands zum eigenen Volk gewachsen ist, zeigt sich auf vielerlei Weise. Die traurige, peinliche und skandalöse Geschichte des „Einheitsdenkmals“ ist nur ein Gesicht dieser tiefen Entfremdung. Aber eines, das besonders plastisch demonstriert, welche Kräfte hier am Wirken

Faschistisch vs. »Faschisten«?

Von Rolf Stolz

Man muss den thüringischen AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke, den „Flügel“ oder die Identitären nicht lieben. Aber auch wer diese angeblichen Verfassungsfeinde ablehnt, sollte den kritischen Dialog dem Antifaknüttel vorziehen.

Nur betätigen gerade diejenigen, die täglich die Spaltung der Gesellschaft beklagen, sich nur zu gern als Heckenschützen im verbalen Bürgerkrieg, so auch die SPD. Thomas Kutschaty, ihr Fraktionsvorsitzender in NRW, verlangt von allen im Landtag vertretenen Parteien eine „freiwillige Erklärung“, dass „keine Mitarbeiter mit Nähe zur Identitären-Bewegung oder anderen vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft Organisationen in ihren Reihen

beschäftigt werden“. Eine Partei, die im Kaiserreich, unter den Nationalsozialisten und in der SBZ/DDR verfolgt wurde, lässt den nach der Ausbootung Hans-Georg Maaßens arg gezausten Verfassungsschutz entscheiden, wer im Umfeld des Parlaments politisch arbeiten darf.

Bekanntlich sind die Identitären nicht verboten, sie werden von den Schlapphüten lediglich beobachtet – und schon das ist mehr als fragwürdig gegenüber einer strikt friedlichen Jugendbewegung. Kutschaty aber findet es „schwer erträglich“, dass im Landtag Menschen arbeiten, die „auch nur eine Nähe zu Organisationen wie diesen aufweisen“.

Was heißt hier die Gummiformulierung „Nähe“? Reicht ein gemeinsamer Restaurantbesuch? Muss auch unter der Bettdecke geforscht werden? Viele ehemalige SPDler finden ihre einstige Partei „schwer erträglich“. Deren

Führer jedenfalls scheinen zu hoffen, dass gleich und gleich sich gern gesellt und ihr nun Denunzianten und Menschenjäger

zuströmen, damit der große Austausch bei der Mitgliedschaft funktioniert. Aber schlimmer geht immer: Compact, eher eine US-basierte Lobbyistenfirma zur Adressenverwertung und politischen Meinungsmache als eine Bürgerinitiative, startet eine Unterschriften-

sammlung mit der Forderung an den hessischen CDU-Kulturminister Alexander Lorz, den beurlaubten Lehrer Björn Höcke aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Begründung: Er sei „gerichtlich als Faschist bestätigt“, und „Faschismus und Verfassungstreue passen nicht zusammen“. Wenn die Verleumdung nicht gerichtlich verboten wird, weil ein Gericht diese als Meinungsäußerung hinnimmt, nehmen die Verleumder das als juristisches Testat. Wer gibt es ihnen schriftlich, dass sie die wahren Neonazis sind? Speziell einer Deppin, die als Begründung für ihre Unterschrift gegen Höcke schreibt: „Dreck muss weg“, kann man nur zu einem Grundkurs Psychologie raten: Ehe man seine Defekte auf andere projiziert, sollte man in den Spiegel blicken.

Was das Gezerre um die Einheitswippe auch aufdeckt



Verlangt von anderen Parteien, keine Mitarbeiter einzustellen, denen man eine Nähe zu „Verfassungsfeinden“ nachsagt: Der SPD-Oppositionsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Thomas Kutschaty

Bild: imago/Sven Simon

Ehemalige Volksparteien: Gewinnen war gestern

Von ERIK LOMMATZSCH

Gegen alle gern vorgebrachten Beteuerungen, wie wichtig Ziele und Programmatik einer Partei seien, spielt das Führungspersonal eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Wähler will Köpfe sehen. Dies hat zum einen eine irrationale Komponente, sonst wäre so manche Wiederwahl unverständlich, zum anderen müssen die angebotenen Inhalte durchgesetzt werden, was nur mittels Personen geschehen kann. Es hat seinen Grund, dass Wahlplakate wesentlich mehr mit Gesichtern als mit Texten werben.

Personell völlig am Ende ist die SPD. Wer kennt die Bewerber um den Vorsitz? Einigen fällt vielleicht noch Olaf Scholz ein, zurzeit Bundesfinanzminister. Der Name seiner „Tandem“-Kollegin – irgendjemand war auf die Idee gekommen, dass die Partei in Zukunft von einem geteilten Mann-Frau-Vorsitz geführt werden muss – ist kaum geläufig. Es handelt sich um Klara Geywitz, die soeben ihr Brandenburger Landtagsmandat verloren hat. Das Geheimnis, was sie für die Führung der Partei Willy Brandts qualifizieren soll, hütet diese wie ihren Augapfel.

Ein zweites „Tandem“ wurde neulich auch noch einmal verstärkt genannt, das des ehemaligen nordrhein-westfälischen Finanzministers Norbert Walter-Borjans und der – nicht ehemaligen, das ist in diesem Kreis schon herauszuheben – Bundestagsabgeordneten Saskia Eskens. Der Bekanntheitsgrad von Herrn Walter-Borjans dürfte begrenzt sein, für Frau Eskens gilt Ähnliches wie für Frau Geywitz. Beide „Tandems“ – Scholz/Geywitz und Walter-Borjans/Eskens – hatten sich gegen andere durchgesetzt und gehen demnächst in die Stichwahl um den SPD-Vorsitz (siehe auch Seite 24).

Wer auch immer gewinnt, es interessiert eigentlich niemanden mehr so richtig, weder außerhalb noch innerhalb der SPD. Sage und schreibe 53 Prozent der Sozialdemokraten gaben ihre Stimme ab.

Das heißt, fast der Hälfte der Parteimitglieder ist es ziemlich egal, wer in Zukunft den Vorsitz führt, oder sie haben angesichts der Kandidatenliste resigniert. Von „Kanzlerkandidatur“ wird bei der SPD nicht mehr ernsthaft gesprochen.

Hat die CDU mehr zu bieten? Immerhin sind deren Wahlergebnisse „noch nicht einstellig“, wie die Politikprofessorin Ursula Münch in einem Interview mit dem Deutschlandfunk betont. Unklar bleibt, was Frau Münch, die als Kuratoriumsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung den Christdemokraten sicher nicht unfreundlich gesonnen ist, zu diesem „noch“ verleitet hat. In puncto Personal, dessen Bekanntheitsgrad insgesamt etwas höher zu veranschlagen sein dürfte als das der SPD, ist der Typus „erfolgreicher Hoffnungsträger“ ebenfalls nicht gerade im Überfluss vorhanden.

Dafür eine ganze Reihe von Verlierern. In Baden-Württemberg stellte die CDU von 1953 bis 2011 ununterbrochen den Ministerpräsidenten, über nicht wenige Legislaturperioden mit absoluter Mehrheit. Hatte Stefan Mappus schon 2011 das Amt des Ministerpräsidenten verloren, so legte Spitzenkandidat Guido Wolf 2016

kräftig nach, die Partei kam gerade noch auf 27 Prozent. Der Vorsitzende Thomas Strobl führte die CDU als Juniorpartner in eine Koalition mit den Grünen, was ihm selbst das Innenministerium und Wolf trotz des angerichteten Desasters das Justizministerium einbrachte. Nach einem baldigen Regierungswechsel sieht es nicht aus. Ingo Senftleben, der vor der

Sachsen. Sein Bundestagsmandat hatte er bereits 2017 verloren, seine Partei belohnte ihn dafür mit dem gerade vakanten Posten des sächsischen Ministerpräsidenten. Seit der Landtagswahl, bei der die CDU über sieben Prozentpunkte verloren hat, versucht Kretschmer eine der sich momentan großer Beliebtheit erfreuenden „Alles-nur-nicht-mit-der-AfD-Koalition“ zu schmieden.

Was CDU-Wahlverlierer Mike Mohring in Thüringen machen wird, ist bislang unklar. Überlegungen, mit der Linkspartei zusammenzugehen, hat auch er zumindest schon laut geäußert. Mit Spitzenkandidat Mohring hat die Partei weniger als 22 Prozent erreicht, was einen Verlust von mehr als einem Drittel der Stimmen bedeutet. Dass man angesichts eines solchen Wahlergebnisses von sich aus und vor allem im Sinne der eigenen Partei seinen Posten zur Verfügung könnte, scheint nicht nur Herrn Mohring unbekannt zu sein.

Infolge der Thüringen-Wahl oder besser gesagt, dadurch angestoßen, kam Bewegung in die Frage, wie es um die nächste CDU-Kanzlerkandidatur bestellt ist. Ein gewisser Friedrick Merz, von dem niemand so richtig weiß, was er als Poli-

tiker geleistet hat und der zuletzt dadurch wahrgenommen wurde, dass er beleidigt den Raum verließ, als man ihn nicht zum Parteivorsitzenden wählte, hat sich zu Wort gemeldet und das Erscheinungsbild der Bundesregierung als „grotteschlecht“ bezeichnet. Da mag man ihm nicht widersprechen.

Allerdings steht er tatsächlich im Verdacht, Ambitionen auf das Kanzleramt zu haben. Die zeigt auch Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich wenigstens bei der Abstimmung um den CDU-Vorsitz gegen Merz durchgesetzt hatte, wenn auch knapp. Jedoch ist ihr die Presse seitdem erstaunlich wenig gut gesonnen. Als Verteidigungsministerin macht sie eine noch schlechtere Figur als ihre Vorgängerin.

CDU-Mann Elmar Brok, fast 40 Jahre Mitglied des Europa-Parlaments, dessen Hauptqualifikation darin bestand, immer da zu sein, schlug unlängst CSU-Chef Markus Söder als Kanzlerkandidaten vor. CDU und CSU agieren im Bund bekanntlich gemeinsam. Offenbar ist Brok entgangen, dass die CSU gesamtdeutsch wohl immer als bayerische Partei wahrgenommen wird und ein entsprechender Kandidat, selbst bei guter Ausgangslage für die Union, von vornherein wenig Chancen auf einen Sieg hat, wie die Anläufe von Franz Josef Strauß 1980 und Edmund Stoiber 2002 gezeigt haben. Im Falle von Söder kommt hinzu, dass er 2018 mit reichlich 37 Prozent und damit einem Verlust von über zehn Punkten das schlechteste Landtagswahlergebnis für die CSU seit 1950 eingefahren hat.

Der Einzige auf weiter Flur, der als Unions-Kanzlerkandidat genannt wird und einen Wahlsieg im Sinne von Stimmenzuwachs vorzuweisen hat, ist Armin Laschet in Nordrhein-Westfalen. Bei ihm bräuchte sich die derzeitige Kanzlerin – für den Fall, dass die CDU abermals den Regierungschef stellt – am wenigsten Sorgen darüber zu machen, dass ihre Politik nahtlos fortgesetzt wird.



Lauter Verlierer: Das Spitzenpersonal der CDU fischt im Trüben

Bulgariens Schatzgrube

Europas Kulturhauptstadt Plowdiw überrascht mit antikem Erbe – Ein neues Museum zeigt alte Mosaiken

Ein Gang durch Plowdiw ist eine Reise durch Bulgariens Geschichte. Alle Kulturen, die auf bulgarischem Boden im Laufe der Jahrhunderte lebten, hinterließen hier ihre Spuren. An einem Ort – das ist einzigartig. Erst in diesen Tagen wurden ein neues Museum und ein Kulturzentrum eröffnet.

Plowdiw im Herzen Bulgariens zu Füßen der waldreichen Rhodopen darf sich dieses Jahr mit dem Titel Kulturhauptstadt Europas schmücken. Mit knapp 347 000 Einwohnern ist es hinter Sofia (1,2 Millionen) Bulgariens zweitgrößte Stadt. Plowdiws kulturelles Erbe konzentriert sich auf die Altstadt, die eine wahre Offenbarung ist.

Niemand erwartet hier ein kleines Rom. Niemand eine Art Rothenburg aus der Zeit der Wiedergeburt, in der die Bulgaren im 18./19. Jahrhundert das 500-jährige „osmanische Joch“ abschüttelten, um in einer eigenen Auslegung des europäischen Barocks zu schwebeln. Dabei entwickelte sich im wohlhabenden Plowdiw das Wohnhaus zum prächtigen Bürgerhaus und wurde zum Inbegriff des Wiedergeburtshauses in Bulgarien schlechthin.

Und wer hätte ausgerechnet hier dieses Feuerwerk an eleganten Fassaden in einer Mischung aus Jugendstil, Wiener Secession und Historismus erwartet? Sie sind das Resultat eines Neubauplans für die Stadt nach der Befreiung unter Leitung des böhmischen Nový Bydžov geborenen tschechisch-bulgarischen Architekten Josef Schnitter (1852–1914), der von 1878 bis 1914 Chefarchitekt und Stadtgenieur von Plowdiw war. Der Lauf der Geschichte beendete die Transformation vorzeitig. In Plowdiws schicker Einkaufsstraße zu beiden Seiten des Rathauses hinterließ Schnitter jedoch ein eindrucksvolles Denkmal.

In den Blickpunkt der Geschichte rückte die Stadt 342 v.

Chr., als der Vater Alexanders des Großen, Philipp II. von Makedonien, sie erobert und nach ihm Philippopolis nennt. 400 Jahre später gehört sie den Römern und wird Hauptstadt der Provinz Thrakien. Für den antiken Schriftsteller Lukian von Samosata ist sie „die größte und schönste aller Städte“ in Thrakien. Bis heute steht Plowdiw auf der Liste der schönsten antiken Städte.

Mosaiken, Plastiken, Reliefs, Inschriften ... immer neue Funde

schen Geheimdienst gefunden und zurückgebracht werden.

Wahre Hingucker sind die vogelgesichtigen Figurinen aus der Jungsteinzeit im Stil der geheimnisvollen südosteuropäischen Vinca-Kultur. In der Region Plowdiw sind mehr als 150 prähistorische Siedlungen bekannt. Drei davon befinden sich auf dem Territorium der heutigen Stadt.

In den vergangenen 60 Jahren haben Archäologen 25 der prähistorischen Siedlungen untersucht

rierte Odeon mit seinen hoch aufragenden Säulen.

Höhepunkte auf dem Römerweg durch die Stadt aber sind das römische Stadion und das römische Theater. 1980 machte das Olympische Feuer auf seinem Weg von Athen nach Moskau in dem antiken Stadion Zwischenstation. Dessen Nordteil ist zugänglich. Der Großteil der 240 Meter langen und 50 Meter breiten Anlage versteckt sich aber unter der Fußgängerzone der Ein-

schofsbasilika. Ein Münzfund aus der Zeit des von 308 bis 324 herrschenden römischen Kaisers Licinius lässt darauf schließen, dass die Basilika mit zu den ersten gehört, die nach der konstantinischen Wende 313 erbaut wurden. Mit rund 100 Metern Länge und 40 Metern Breite gehört sie zu den besonders großen Kirchenbauten aus römischer Zeit.

Die eigentliche Sensation aber sind die 2000 Quadratmeter gut erhaltener römischer Mosaiken. Ihre Erforschung, Restaurierung und Präsentation musste jedoch warten, bis die America for Bulgaria Foundation 2014 die Finanzierung übernahm. Mit der Eröffnung am 7. November dieses Jahres wird das darüber erbaute Museum inklusive modernem Kulturzentrum der Öffentlichkeit übergeben. Plowdiw erhofft sich durch das ansprechende Großprojekt einen Platz auf der UNESCO-Welterbeliste.

Vermutlich durch ein Erdbeben war der erste Mosaikboden zerstört worden. Anstatt ihn auszubessern, schüttete man ihn zu und zog einen neuen zweiten darüber. Beide Böden werden gezeigt: der ältere in situ im Erdgeschoss des neuen Museums, der neue eine Etage darüber. Die Mosaiken umfassen über 100 Medaillons verschiedener Vogelarten: vom tanzenden Perlhuhn bis zum Rad schlagenden Pfau. Einen kurzen Fußmarsch entfernt werden weitere kostbare römische Mosaiken einer frühchristlichen kleinen Basilika von einem schon 2014 dank der Stiftung America for Bulgaria errichtetem Museumsbau geschützt.

Plowdiw erstarrt jedoch nicht in Geschichte. Die Universitäts- und Messedate ist erfreulich lebendig. Neues Szeneviertel wurde zum Kulturhauptstadt-Jahr das zu neuem Leben erweckte Altstadtviertel Kapana, dem man nur wünschen kann, dass seine Cafés und Kneipen auch über 2019 hinaus Anziehungspunkt bleiben. Helga Schnehagen



Ein Riesenpuzzle aus römischer Zeit: Freigelegte Mosaiken in Plowdiw

Bild: Anthony Georgieff

kommen ans Licht. Erst im Oktober 2010 wurde das Archäologische Regionalmuseum mit einer der bedeutendsten Sammlungen thrakischer und antiker Kunst, darunter berühmte Gold- und Silberschätze, samt zweisprachiger Beschriftung (Bulgarisch, Englisch) neu eröffnet.

Einem Krimi gleich war die Geschichte um die thrakische Helm-Maske aus dem ersten Jahrhundert. 1995 von zwei Bewaffneten aus dem Museum gestohlen, konnte sie erst 2015 vom bulgari-

und deren Fortbestehen zwischen 6000 und 1200 v. Chr. nachgewiesen. Plowdiws Anspruch, Europas älteste durchgehend bewohnte Stadt zu sein, steht damit auf wissenschaftlich begründeten Füßen.

Lange schlummerte Plowdiws antikes Erbe sieben Meter unter dem Stadtniveau, bis man 1955 mit systematischen Ausgrabungen begann. Wo heute das Hauptpostamt steht, befindet sich die Ausgrabung des römischen Forums. In dem Steingewirr am besten zu erkennen ist das bereits restau-

kaufsstraße. Regelrecht wiedergeboren wurde das antike Theater. Erst 1968 entdeckt und bis 1984 ausgegraben und konserviert, erfüllt es heute wieder seine angestammte Funktion. Etwa beim jährlichen Freiluft-Festival der Staatsoper Plowdiw, bei dem das Opernorchester dank der hervorragenden Akustik glänzen kann.

Im 4. Jahrhundert übernahm Byzanz die Herrschaft über die Provinz und Philippopolis wurde Bischofsstadt. Eine Sensation war 1982 die Entdeckung der Bi-

Rosarote Zukunft

Hoffen auf den großen Wurf – Der Mauerfall in Film und Literatur

Große Ereignisse erzeugten früher mal große Kunst. Der Trojanische Krieg spiegelt sich in Homers „Ilias“, ohne den Dreißigjährigen Krieg wäre nicht Grimmselshausens „Simplicissimus“ entstanden, Napoleons Niederlage in Russland inspirierte Tolstoi zu „Krieg und Frieden“, und der Zweite Weltkrieg brachte eine Unzahl bedeutender Werke in Literatur („Die Blechtrommel“), bildender Kunst („Guernica“) oder Film („Schindlers Liste“) hervor.

War die friedliche Revolution von 1989 so unbedeutend, dass seither keine große Kunst dazu entstanden ist? Oder war sie schlicht zu unbegreiflich? Künstlerisch nicht zu überbieten war nur die Graffiti-Kunst an der Berliner Mauer. Doch so wie sie heutzutage in einigen wenigen Mauerblöcken aufgelöst in Museen steht, so picken sich Literaten und Filmemacher eher Teilspektakel des Mauerfalls heraus. Auf den großen Wenderoman oder Mauerfallfilm, so klagen manche Kritiker, warte man bis heute.

Nur im weiteren Umfeld dazu sind starke Werke entstanden. Uwe Tellkamps „Der Turm“ gehört zu den wichtigsten Romanen der Nach-Wendezeit. Hier mündet das epische Geschehen ebenso im Mauerfall wie in Florian Henckel

von Donnersmarcks oscarprämiiertem Film „Das Leben der Anderen“. Der Mauerfall dient hier als Schlusspunkt einer Epoche. Der Neuanfang, wie ihn viele DDR-Bewohner nach 1989 erlebten, blieb aber ausgeklammert.

Manche Autoren wie Thomas Brussig, der 1995 mit dem Roman

1995 zu, der die Montagsproteste in Leipzig thematisiert.

Im Film bleibt Christian Schwachows TV-Streifen „Bornholmer Straße“ von 2014 in Erinnerung, der auf ebenso witzige wie rührende Weise die Nacht der Maueröffnung rekonstruiert. Rechtzeitig zum 30. Jahrestag des Mauer-



Grenzstopp: Szene aus dem Kinofilm „Zwischen uns die Mauer“

„Helden wie wir“ die Mauer auf obszöne Weise zu Fall brachte, flüchteten sich in Satire. Auf ebenfalls humorvolle Weise tat dies vier Jahre später Leander Haußmann in seinem Film „Sonnallee“. Ernsthafter ging es da in Erichs Loests später auch verfilmtem Roman „Nikolaikirche“ von

falls sind im Kino derzeit zwei weitere Filme zu sehen: „Zwischen uns die Mauer“ und „Im Niemandsland“, die jeweils eine Ost-West-Liebesgeschichte zum Thema haben. Wenigstens im Film steht Deutschland nach der Vereinigung noch eine rosarote Zukunft bevor. Harald Tews

»Heimat« auf Chinesisch

Mit Lorbeeren aus Berlin – Neu im Kino: »Bis dann, mein Sohn«

Die Heimat entwickelt sich im Medium Film zum Dauerbrenner. Der Filmmacher Edgar Reitz hatte mit seiner monumentalen „Heimat“-Saga das Genre einst völlig neu definiert. Auf seinen Spuren wandelt nun der Chinese Wang Xiaoshuai. Der aus Shanghai stam-

stündiges Epos zu erleben, von dem man keine Minute verpassen will. Erzählt wird die einen Zeitraum von über 30 Jahren überbrückende Geschichte eines Paares, ihre leidvolle Erfahrung mit der „Ein-Kind-Politik“ im Norden des kommunistischen China, ihre Trauer um ihren in einem Stausee

blenden vom Jahr 2011 aus erzählt, wobei auf Einblendungen von Ort und Jahr verzichtet wird. Man muss sich selbst einen Reim auf das chronologische Wirrwarr machen. Als Navigationshilfe dient das sich durch Bauboom und Digitalisierung verjüngende China. Gegenläufig dazu altert das Ehepaar in Würde weiter.

Die leise Transformation der beiden Hauptdarsteller Wang Jingchun als Herr Yaojun und Yong Mei als Frau Liyun von jugendlichen Arbeitern zu älteren Silberlocken, ist tatsächlich meisterlich und preiswürdig. Die jüngere Geschichte Chinas passt dazu als idealer Rahmen für dieses Porträt, bei dem es auch um Vergangenheitsbewältigung geht.

So ist es eine ehrgeizige Verwandte, die als Funktionärin in ihrer Fabrik die „Ein-Kind“-Quote einhalten will und Frau Liyun zur Abtreibung eines zweiten Kindes zwingt. Als danach auch noch der einzige leibliche Sohn des Paares beim Badeunfall stirbt, bei dem der Sohn der Funktionärin eine Mitschuld trägt, herrscht nicht etwa Verbitterung oder gar Rachsucht. Am Ende kommt es zur Versöhnung. Es ist auch eine Versöhnung mit der wenig ruhmvollen Geschichte des eigenen Landes. Das macht diesen Heimatfilm zutiefst menschlich. H. Tews



Picknick am Grab des Sohnes: Die Eltern Yaojun und Liyun

mende Regisseur plant eine Heimat-Trilogie, deren erster Teil mit der Empfehlung zweier Silberner Bären für die beiden Hauptdarsteller bei der diesjährigen Berlinale am 14. November in die Kinos kommt.

Unter dem deutschen Titel „Bis dann, mein Sohn“ ist ein drei-

ertrunkenen einzigen Sohn, ihr Schicksal als entlassene Fabrikarbeiter im marktwirtschaftlichen China und ihr Neuanfang mit einem rebellischen Adoptivsohn in einer Hafenstadt im Süden.

Das Raffinierte an dem Film ist die Erzählstruktur. Das Geschehen wird weitgehend in Rück-

Als die Menschen auf der Mauer tanzten

Der deutsche Frühling öffnete im November 1989 die Herzen weit

„Gestern Nacht war das deutsche Volk das glücklichste auf der Welt.“ Mit diesen Worten trat am 10. November 1989 Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper sein Amt als Bundesratspräsident an. Die Nacht davor hatte er nicht geschlafen. Er war an der Berliner Mauer, als sich am 9. November vor 30 Jahren die Grenze mitten durch Berlin und durch Deutschland öffnete, als überglückliche Menschen die Mauer stürmten.

Günter Schabowski, gerade neu im Amt des regierungsamtlichen Verlautbarungssprechers, sorgte für den Dammbbruch, der das sozialistische Regime der DDR hinwegfegte. Unter dem Druck der massiven, stetig anwachsenden Flüchtlingswelle aus der DDR hatte Ost-Berlin das Reisegesetz geändert. Dazu wurde Schabowski bei einer Pressekonferenz gefragt. Das Fernsehen übertrug die Konferenz. Weit ausschweifend beantwortete Schabowski die Frage zum Reisegesetz. Das war wenig aufregend, bis er sagte: „Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“

Ein Reporter fragte, ab wann das neue Gesetz gelten solle. Schabowski blätterte in Zetteln, die ihm zuvor der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz zusteckt hatte, dann las er vor: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizei-Kreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne dass

darin noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen.“

Frage eines Journalisten „Wann tritt das in Kraft?“ Schabowski blätterte wieder in den Zetteln und antwortete etwas zögerlich: „Nach meiner Kenntnis sofort,

DDR zur BRD beziehungsweise zu Berlin-West.“

Der Mann, der am 9. November durch einen Anfängerfehler den Fall der Mauer auslöste, war noch am Tag zuvor in westdeutschen Medien als „neue Allzweckwaffe im Machtzentrum der DDR“ gefeiert worden. Der frühere Chefredakteur des Parteiorgans „Neues Deutschland“ war gerade zum

So kam es zum folgenreichsten Versehen der Fernsehgeschichte.

Die anwesenden Journalisten zweifelten offenbar an dem, was sie soeben gehört hatten. Zwar meldete AP als erste westliche Agentur um 19.05 Uhr die Nachricht, aber die Deutsche Presse-Agentur folgte erst um 19.41 Uhr. Und auch dann begriffen die Menschen kaum, was geschehen

derden Lage. Die Menschen machten sich in Scharen auf den Weg zur Mauer, es entstand eine äußerst angespannte Situation. Zehntausende forderten die Öffnung der immer noch geschlossenen Übergänge.

Um 23.30 Uhr entschied der Kommandant an der Bornholmer Brücke ohne Absicherung, er ließ den Übergang öffnen. Die

schows 1985 weichten die Fronten zwischen Ost und West auf. Die DDR stemmte sich dagegen. Vergeblich. Im Mai 1989 baute Ungarn den Grenzzaun zu Österreich ab. Die ersten Flüchtlinge aus der DDR kamen in die Bonner Botschaft in Budapest. Im August nutzten 600 Menschen aus der DDR ein Fest an der ungarischen Grenze zur Flucht. Im September öffnete Ungarn seine Grenzen, 50.000 flohen in den Westen. Die Botschaft in Prag war überfüllt. Am 30. September durften 5000 Flüchtlinge von dort in die Bundesrepublik ausreisen. Unmittelbar vor der 40-Jahr-Feier der DDR folgten noch einmal 8000 Flüchtlinge aus Prag und 600 aus Warschau. Am 3. November stimmte die DDR der direkten Ausreise der Flüchtlinge aus der CSSR in die Bundesrepublik zu, 60.000 Menschen nutzten diese Chance. Die Passämter in der DDR schoben Sonderschichten. Das war die Situation, bevor die Mauer fiel.

Die letzte Frage bei der Pressekonferenz Schabowskis stellte ein japanischer Journalist: „Was wird nun mit dem Berliner Mauer jetzt?“ Schabowski räusperte sich: „Jaaa“ (lange Pause), „es ist jetzt 19 Uhr, es ist die letzte Frage. Die Durchlässigkeit beantwortet sich noch nicht nach dem Sinn der befestigten Staatsgrenze der DDR.“ Eine Berlinerin, auf der Straße befragt, wusste es besser: Die Mauer kommt nun ins Museum.

Dort befindet sich mittlerweile auch der legendäre Spickzettel Schabowskis. Längere Zeit verschollen, tauchte er 2015 wieder auf. Nun wird er wohl verwahrt im Haus der Geschichte in Bonn.

Der Fall der Mauer war nicht für alle ein Tag der Freude. Auch in der Bundesrepublik nicht. Einen Tag zuvor hatte die grüne Pastorin und spätere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer „die Rede von der Wiedervereinigung“ als „historisch überholter denn je“ bezeichnet. Klaus J. Groth



Vor 30 Jahren gab es kein Halten mehr, die Freude kannte keine Grenzen: Zivilisten erklimmen die Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989

Bild: Mauritius

unverzüglich.“ Frage: „Sie hatten auch BRD gesagt.“ Schabowski zitiert: „... hat der Ministerrat beschlossen, dass bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt ...“ Frage: „Gilt das auch für West-Berlin?“ Schabowski: „Ja, alle Grenzübergangsstellen der

Sprecher für „Information und Medien“ ernannt worden.

Die Informationen auf dem Spickzettel Schabowskis unterlagen einer Sperrfrist. Was Schabowski vortrug, sollte erst am nächsten Morgen ab 4 Uhr im Rundfunk verkündet werden. Bis dahin sollten die Grenzorgane der DDR in Kenntnis gesetzt werden. Davon wusste Schabowski nichts.

war. Erst als die „Tagesthemen“ um 22.40 Uhr die unklaren Sätze Schabowskis in Klartext übersetzten, wurde verstanden: „Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind, die Tore in der Mauer stehen weit offen.“ Das aber taten sie gerade nicht, die Grenzmannschaften wussten immer noch nichts von der verän-

Mauer war gefallen, Tausende tanzten und jubelten auf ihr.

28 Jahre hatte das Schandmal des Kalten Krieges gestanden. 140 Menschen starben dort. „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, log Partei- und Staatschef Walter Ulbricht im Juni 1961. Zwei Monate später teilte eine Mauer Berlin. Erst mit dem Amtsantritt Michail Gorbats-

Von der »Flutwelle der Geschichte« überrascht

Die Auslandsgeheimdienste in Ost und West standen bemerkenswert ahnungslos da, als die Mauer fiel

Der Mauerfall und die deutsche Vereinigung seien von langer Hand eingefädelt worden – und zwar im Rahmen der gemeinsamen Operation Gawrilow des sowjetischen Geheimdienstes KGB und der US-amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA). Das jedenfalls behauptete der 2014 verstorbene Journalist Ferdinand Kroh in seinem Buch „Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung“. Tatsächlich jedoch standen die Auslandsgeheimdienste in Ost und West bemerkenswert ahnungslos da, was den Fall und im Übrigen auch den Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ betraf.

Im Sommer 1961 war es nicht die CIA, sondern die National Security Agency (NSA), die durch ihre Telefonabhöraktionen von der bevorstehenden Grenzsperrung erfuhr. Sie fing ein entsprechendes Gespräch zwischen zwei DDR-Funktionären auf, versäumte es jedoch, die brisante Information weiterzuleiten. Das galt analog für die Meldung des Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) „Norman“, eine seiner Ost-Berliner Quellen habe ihm übermittelt, dass die Schließung der Sektorengrenze geplant sei. Die Führung des BND hielt dies

zunächst für wenig glaubwürdig und schrieb erst am 9. August 1961 in ihrem Wochenbericht, das Ulbricht-Regime könnte möglicherweise die Übergänge nach West-Berlin abriegeln und sämtliche Verkehrsverbindungen dorthin kappen.

Noch weniger als den Bau ahnten die US-Geheimdienste und der BND den Fall der Mauer voraus. Die CIA unterstützte naheliegenderweise die Demokratiebewegung hinter dem Eisernen Vorhang mit diversen geheimdienstlichen Mitteln, konzentrierte sich dabei 1989 aber auf Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. Denn ein Umfallen der DDR galt als ausnehmend unwahrscheinlich, wie der einzige CIA-Direktor, der in dem Geheimdienst von ganz unten bis ganz nach oben aufstieg, der spätere US-Verteidigungsminister Robert Gates, 1996 in seinen Memoiren offen zugab. Man habe nicht im Traum daran gedacht, welche „Flutwelle der Geschichte“ im November 1989 in Ost-Berlin losbrechen werde. Niemals sei vorherzusehen gewesen, dass die Sowjetunion derart die Kontrolle über ihr Protektorat DDR verlieren würde.

Dem pflichtete Edward Atkeson, ein ehemaliger Generalmajor und Deputy Chief of Staff für

Intelligence des US-Heeres in Europa bei. Sehr viel mehr als für die Situation in den bewaffneten Organen der DDR sowie die Stimmung und Lage im Staate hätten sich das nachrichtendienstliche und Sicherheits-

siert. Die Aktivitäten der Besatzungstruppen seien als ungleich wichtiger eingestuft worden als das Gebaren der scheinbaren Marionetten Moskaus in Ost-Berlin und die daraus resultierenden Proteste von deren

Hat laut seinen eigenen Memoiren nicht im Traum daran gedacht, welche „Flutwelle der Geschichte“ im November 1989 in Ost-Berlin losbrach: Robert Gates

Bild: U.S. federal government



Hauptkommando der US Army, das United States Army Intelligence and Security Command (INSCOM), sowie die 66th Military Intelligence Brigade in Wiesbaden für die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) interes-

Untertanen. Andererseits ahnte die CIA zumindest ab dem 6. Oktober 1989, dass die Tage des SED-Regimes gezählt sein könnten. Diese Erkenntnis schlopfte sie aber nicht aus ihren kläppeligen Quellen, sondern aus Tageszeitungen der DDR.

Der Bundesnachrichtendienst leistete sich im Spätsommer und Herbst 1989 ebenfalls diverse krasse Fehleinschätzungen: Am 8. September vermeldete er, ein „großer Teil der Bevölkerung“ der DDR stehe dem SED-Regime „loyal bzw. resignativ“ gegenüber, am 14. September hieß es dann plötzlich, Staats- und Parteichef Erich Honecker sei am Vortage verstorben und werde am 24. beigesetzt, und am 7. November erhielt das Bundeskanzleramt vom BND die Mitteilung, der nun doch noch nicht tote, aber inzwischen gestürzte Honecker weile zur ärztlichen Behandlung in der Schweiz. Die vom BND bisher freigegebenen Dokumente über seine Aktivitäten anlässlich der friedlichen Revolution in der DDR enthalten indes kein einziges Aktenstück vom 9. November 1989, das auf die Öffnung der Grenzübergänge Bezug nimmt.

Genauso kalt getroffen wie die westlichen Geheimdienste wurde der angeblich so omnipotente sowjetische KGB. Dessen Ost-Berliner Residentur in Karlshorst beschäftigte bis zu 1200 Mitarbeiter, von denen etwa 25 als Verbindungsoffiziere in den Hauptabteilungen des MfS saßen. Jedoch konzentrierten diese sich fast ausschließlich auf Personalfragen.

Wie der KGB-Oberst und Leiter der Informationsabteilung in Karlshorst, Iwan Kusmin, später zu Protokoll gab, war der Dienst „völlig von den Vorgängen in der parteistaatlichen DDR-Spitze gefesselt“. Deswegen verharrte er in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 auch in absoluter Schockstarre, weil niemand für möglich gehalten hatte, dass die Ost-Berliner Genossen so plötzlich und ohne die ausdrückliche Autorisierung Moskaus die Grenze nach West-Berlin öffnen.

Dazu kam eine Lähmung des KGB sowie auch der Führung der GSSD in Wünsdorf dadurch, dass die obersten Entscheidungsträger innerhalb der Kreml-Führung infolge der opulenten Feierlichkeiten zum 72. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ nicht erreichbar waren. Erst am 10. November realisierte man in Moskau den Ernst der Lage und bombardierte den KGB in Karlshorst im Halbstundentakt mit hektischen Anfragen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Würfel aber schon gefallen, sodass der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse am Ende nur die Anweisung geben konnte, „sich nicht in innere Angelegenheiten der DDR einzumischen“. Wolfgang Kaufmann

»Wir sind einfach losgefahren«

Nächtliche Freudenzenen am Grenzübergang Lübeck-Schlutup

Drei Stunden nach dem legendären Versprecher des SED-Politbüromitglieds Günter Schabowski, die Grenze sei ab sofort offen, fuhr das erste Auto um 21.53 Uhr über den Grenzübergang Lübeck-Schlutup. Das Fahrzeug kam aus Wismar. An Bord waren vier junge Leute. Beide Städte liegen 60 Kilometer voneinander entfernt. Drei Stunden Fahrzeit brauchte man auf den Straßen der DDR dafür. Lübeck, neben Berlin die einzige Großstadt am Eisernen Vorhang, war trotz langer Anreise ein nahe liegendes Ziel.

Niemand wusste die vollkommen überraschende Situation einzuschätzen. Und so drückten die Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Schlutup den vier jungen Leuten Übersiedlungsformulare in die Hände. Die aber erklärten lachend, sie wollten noch in derselben Nacht zurück, zuvor aber das Nachtleben von Lübeck testen. Die drei jungen Männer aus Wismar hatten im Grenzort Selmsdorf eine junge Frau mitgenommen, der man als Fußgängerin das Überqueren der Grenze nicht erlaubt hatte. So begann die Geschichte der Öffnung des Eisernen Vorhangs für die Grenzstadt Lübeck.

Die Grenze durch Deutschland hatte Lübeck ins Abseits gedrängt. Als einzige Großstadt an der deutsch-deutschen Grenze gelegen, litt sie unter dem Verlust des mecklenburgischen Hinterlandes. Nur vier Kilometer maß die Strecke vom Markt der Stadt bis zur Grenze in Eichholz. Mecklenburg hatte Lübeck mit Lebensmitteln beliefert, die wirtschaftlichen Verbindungen waren eng. Die familiären ebenfalls. Gleich nach dem

Krieg gab es an der „grünen Grenze“ Schlupflöcher für den unerlaubten kleinen Grenzverkehr. Die heimlichen Grenzgänger nahmen die Gefahr auf sich, gefasst zu werden. Im Keller eines Gasthauses in Herrsburg wurden sie eingesperrt. Meist war der Keller überfüllt. Das änderte sich, nachdem der Ministerrat der DDR im Mai 1952 die vollkommene Abriegelung der innerdeutschen Gren-

den Grenztruppen freies Schussfeld zu bieten. Insgesamt wurden 32 Bahnlinien, drei Autobahnen, 31 Bundesstraßen, 140 Landstraßen und Tausende von Feldwegen gesperrt. Im Bereich von Lübeck befanden sich darunter auch die Grenzübergänge bei Schlutup und Eichholz, die Bahnverbindung nach Berlin und Stettin. Erst acht Jahre später, am 1. März 1968, wurde die Grenzübergangs-

waren. Bis zur Öffnung der Grenze waren diese mörderischen Anlagen intakt.

In Lübeck-Schlutup hatte man gelernt, mit der Grenze zu leben. Eine der Straßen des Stadtteils führte hart an der Grenze entlang. Wer dort wohnte, war es gewohnt, von Grenzaufklärern der DDR fotografiert zu werden. Gelegentlich begegnete man ihnen sogar auf dem Bürgersteig der östlichen

sie wurden die Formulare doch noch los. Bis 23 Uhr registrierte der BGS elf DDR-Bürger, die in den Westen übersiedeln wollten.

Was dann in den nächsten Stunden und Tagen folgte, war ein Volksfest am Grenzübergang, voller Fassungslosigkeit über die unerwartete, glückliche „Wende“ und überschäumende Freude. In einem Zeitungsbericht wurde das so beschrieben:

greift durchs Autofenster, streicht einen Mann aus Deutschland-Ost, den er nicht kennt: ‚Schön, dass Du da bist.‘ Schlutup, 1.15 Uhr: Drei Mädchen aus Wismar können es nicht fassen, als der Beifall hochbrandet: ‚Ihr habt so viele Probleme mit uns, und empfangt uns doch so herzlich.‘ Zurück wollen sie fast alle. Sie sind ‚einfach losgefahren‘. Es sind nächtliche Spritztouren, ‚Proben aufs Exempel‘, wie ein junges Ehepaar trotzig betont, das wenig später heimfährt: ‚Unsere Kinder schlafen. Beim Frühstück werden wir ihnen beiden sagen: Hör mal, wir waren vorhin in Lübeck. Die Gesichter möchte ich sehen.‘“

Am folgenden Tag feierten die Lübecker mit 25 000 Gästen aus der DDR ein riesiges Volksfest. Die Abgase der Zweitakter verpesteten die Luft – und alle fanden es schön. Die Schlange der Trabis und Wartburgs an der Grenze war über 25 Kilometer lang, in der Innenstadt gab es keinen freien Parkplatz. Gegen Mittag ging der Stadt das Begrüßungsgeld aus. Mitarbeiter der DDR-Staatsbank holten in Lübeck 700 000 D-Mark in kleinen Scheinen ab, sie hatten die 15 Mark, die jeder für eine Reise nach Westdeutschland erhielt, nicht mehr auszahlen können.

Eine private Initiative schuf in Schlutup in einer ehemaligen Baracke des BGS eine Grenzdokumentationsstätte. Sie hatte dabei massiven politischen Widerstand zu überwinden. Die Stadt, die in der Vergangenheit stets und ständig auf ihre Lage am Zonenrand verwiesen hatte, wollte keine Erinnerung. Nichts blieb, nur die private Dokumentationsstätte.

Klaus J. Groth

Eine ehemalige Baracke des Bundesgrenzschutzes blieb: Die private Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup

Bild: qwesey qwesey



ze beschlossen hatte. Unter dem perfiden Decknamen „Aktion Ungeziefer“ wurden 8175 Menschen aus dem gesamten grenznahen Raum ins Landesinnere deportiert. Sie galten dem Regime als „politisch unzuverlässig“. Gleichzeitig siedelten die Behörden der DDR 11 000 Menschen aus diesem Gebiet um, sie wurden als „feindliche, verdächtige kriminelle Elemente“ bezeichnet. Umfangreiche Gehölze wurden abgeholzt, um

stelle Schlutup geöffnet, gleichzeitig mit der Bahnlinie über Herrsburg. Parallel dazu aber baute die DDR ihre Grenzanlagen weiter aus, auf die ersten Stacheldrahtzäune folgten Minenfelder und später Selbstschussanlagen. Einen „antifaschistischen Schutzwall“ nannte die DDR diese Anlagen, die vielen Menschen zum Verhängnis wurden. Die Staffelung der Sperranlagen machte deutlich, dass sie nach innen gerichtet

Straßenseite. Am Abend des 9. November war es am Grenzübergang auffallend still. Dann hörte man ein von Osten näherkommendes Knattern, auf der östlichen Seite des Grenzüberganges flammten Scheinwerfer auf, dann rollte der erste Trabi über die Grenze. Andere folgten, es wurden immer mehr. Die Beamten des Grenzschutzes, die den ersten Ankommenden irrtümlich die Übersiedlungsformulare gaben,

„Grenzübergang Lübeck-Schlutup. Freitag, kurz nach Mitternacht: Knatternd und qualmend kommt die Karawane. Hunderte von Menschen warten, tanzen, umarmen sich, singen Lieder, klönen, weinen. Da ist Sekt und da sind Gitarren. Jedes Auto aus dem anderen Teil Deutschlands muss durch eine schmale Menschen-gasse fahren. Fäuste und Handflächen trommeln auf Plastikdächer ... Ein Mann aus Deutschland-West

Weitgehend zur Untätigkeit verdammt

Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit beim Fall der Berliner Mauer

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war weder ein allmächtiger Staat im Staate noch das eigentliche Zentrum der Macht in der DDR, sondern lediglich ausführendes Organ zur Durchsetzung des Willens der Führung der SED. Das zeigte sich schon anlässlich des Mauerbaus und dann später noch sehr viel deutlicher beim Fall des „Antifaschistischen Schutzwalls“.

Selbst noch am 11. August 1961 wusste außer dem Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Erich Mielke, kein Mitglied der obersten Leitungsebene des MfS, was genau die SED-Spitze um Walter Ulbricht und Erich Honecker meinte, wenn sie von der Notwendigkeit der Gewährleistung einer „verlässlichen Bewachung und wirksamen Kontrolle“ der Grenze zu West-Berlin sprach. Und auch während des Mauerbaus agierte die Stasi eher im Hintergrund. Ihr oblag im Rahmen der „Operation Rose“ lediglich die Absicherung des Ganzen sowie die Erkundung der Stimmung im In- und Ausland. Dabei konnte sich der Mielke-Apparat allerdings ausnehmend vorteilhaft präsentieren.

Zum einen kompensierte er die eklatanten Versäumnisse der Transportpolizei und der Betriebskampfgruppen, zum anderen sorgten seine präzisen Berichte über die Reaktionen des Westens für unendliche Erleichterung in Ost-Berlin und Moskau. So vermeldete die Auslandsaufklärung des MfS unter anderem, der Kommandant des US-amerikanischen Sektors von Berlin, Ge-

neralmajor Albert Watson, habe geäußert, bei der Grenzschließung seitens der DDR handele es sich „nur um eine Verkehrsbehinderung innerhalb Berlins“, was implizierte, dass die Westalliierten höchstwahrscheinlich nicht einschreiten würden.

Hierdurch festigte die Stasi ihre Position als „Schild und Schwert der Partei“. In dieser Rolle verzichtete sie auf sämtliche Denkspiele hinsichtlich notwendiger Reformen im „Arbeiter- und Bauernstaat“ und verharrte geradezu devot auf der jeweils von der SED vorgegebenen Linie. Das galt auch für das Jahr 1989. So bedauerte Mielke am 21. Oktober während einer Dienstbesprechung des erweiterten Führungskreises des MfS zwar heftig, dass die Stasi auf die „antisozialistischen Sammlungsbewegungen“ in der DDR nicht so reagieren könne, wie es „diese Kräfte eigentlich verdienen“, nämlich mit Gewalt, dem folgte aber sofort die glasklare Anweisung: „Bei allem, was wir tun, ist bis zur letzten Konsequenz davon auszugehen: Alle Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit, jeder Diensteinheit, haben sich in die Generallinie, in die Beschlüsse des Zentralkomitees und seines Politbüros einzuordnen, müssen auf ihre strikte Durchsetzung gerichtet sein.“ Und die zutiefst verunsicherte SED-Führung hatte eben nun einmal Zurückhaltung verordnet. Daraus resultierte dann auch am 3. November der Befehl des neuen Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, Egon Krenz, jegliche Anwendung der Schuss-

waffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen grundsätzlich zu unterlassen. Deshalb konnte das MfS den Mauerfall nicht verhindern. Vielmehr schuf es ungewollt zwei wichtige Voraussetzungen dafür.

Weil der auf massiven Druck der Bevölkerung ausgearbeitete Entwurf eines neuen Reisegesetzes der DDR nur Hohn und Spott ausgelöst hatte, da das Ganze

nach dem Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen ... beantragt werden“ könnten. Das Papier wurde sogleich an das Zentralkomitee der SED weitergegeben und von diesem abgesegnet, da es genau den Intentionen der versammelten Genossen entsprach, die angesichts der explosiven Stimmung im Lande das Reisen nun wirklich erleichtern mussten. Wenige Stunden später

an Sturm von Ost-Berliner Bürgern auf die Grenzübergänge nach West-Berlin. In dieser Situation mussten die als Grenzer getarnten und von ihrer Führung allein gelassenen Stasi-Leute vor Ort entscheiden, was zu tun sei – und handelten erneut entsprechend der vorgegebenen Parteilinie: Da Gewalt keine Option mehr war, öffneten sie die Übergänge schließlich für alle.

eine Operative Führungsgruppe des Nationalen Verteidigungsrates, der neben den Spitzen von Nationaler Volksarmee, Polizei und Grenztruppen auch der MfS-Generalleutnant Gerhard Neiber angehörte. Das Gremium hatte zu klären, ob man die Grenzübergänge wieder schließen und dazu notfalls auch die „bewaffneten Organe“ einsetzen sollte. Der Chef der Grenztruppen, Generaloberst Klaus-Dieter Baumgarten, votierte indes sofort dagegen: Das würde in einem Blutbad enden. Also vereinbarte die Führungsgruppe nur „zivile Maßnahmen“ zur Rückerlangung der Kontrolle an der Berliner Mauer, wie das Versprechen der Einrichtung neuer Übergangsstellen sowie Appelle an die Geduld und Vernunft der nach West-Berlin drängenden „lieben Bürgerinnen und Bürger der DDR“. Währenddessen versetzten Krenz und sein Verteidigungsminister, Armeegeneral Heinz Keffler, doch heimlich einige Truppenteile der NVA in erhöhte Gefechtsbereitschaft, die allerdings schon am 11. November wieder aufgehoben wurde. Gleichzeitig beendete der stellvertretende MfS-Chef Generaloberst Rudi Mittig die ständige Anwesenheitspflicht der Stasi-Mitarbeiter.

In den Tagen danach gab die Staatssicherheit dann vor, „den Kurs der Wende aktiv zu unterstützen“. Diese Farce endete jedoch bereits Anfang Dezember 1989 mit der Erstürmung der Stasi-Bezirksverwaltungen durch aufgebrachte Bürgerrechtler.

Wolfgang Kaufmann



Bei den als Grenzer getarnten Stasi-Leute vor Ort lag die Entscheidung: Sie öffneten die Übergänge schließlich für alle

Bild: SZ Photo

eher auf ein Reiseverhinderungsgesetz hinauslief, sollten die beiden Stasi-Obristen Hans-Joachim Krüger und Udo Lemme gemeinsam mit Oberst Gerhard Lauter und Generalmajor Gotthard Hubrich vom Ministerium des Innern Umformulierungen vornehmen. Die daraufhin entstandene Neufassung vom Vormittag des 9. November 1989 enthielt nun auch den Passus, dass „Privatrei-

hatte der Sekretär des ZK der SED, Günter Schabowski, dann seinen historischen Auftritt, als er den zweiseitigen Entwurf der vier Offiziere vor in- und ausländischen Journalisten verlas und schließlich 18.57 Uhr auf deren drängende Rückfragen stammelte, das Gesetz trete „sofort, unverzüglich“ in Kraft.

Infolgedessen kam es noch am selben Abend zu einem Massen-

Am Tage danach strebte die Staatssicherheit, die nach dem Rücktritt Mielkes am 7. November von dessen vier Stellvertretern geführt wurde, jedoch sofort nach der Wiederherstellung der „normalen Ordnung“. In diesem Zusammenhang mussten sämtliche Mitarbeiter des MfS „bis auf Widerruf“ in ihren Dienststellen verbleiben. Gleichzeitig konstituierte sich auf Befehl von Krenz

Moment der Woche

Bild: Mauritius



Ohne dass es die Zeitgenossen ahnen konnten, war der welthistorische Tag des Mauerfalls, der 9. November 1989, auch die Geburtsstunde des wohl größten Naturschutzprojekts der deutschen Geschichte. Da, wo die Kommunisten ihren blutgetränkten Todesstreifen errichtet hatten, entstand das „Grüne Band“, ein 1400 Kilometer langer

Biotopverbund entlang der einstigen mörderischen Grenze.

Schon Ende 1989 brachten Umweltverbände die Idee für dieses Projekt auf. Mit Erfolg: Das Band, das von Travemünde bis zum Dreiländereck Bayern-Sachsen-Böhmen reicht, umfasst 150 Naturschutzgebiete, in denen 600 bedrohte Arten ihr Refugium besitzen. *H.H.*

Grünes Band statt rotem Todesstreifen

Islam als Klimaretter

Lamya Kaddor und Gleichgesinnte warten mit abenteuerlicher These auf

Wenn es noch eines letzten Beweises für die teuflische Macht des „Klimakillers“ Kohlendioxid bedürft hätte, dann hat diesen jetzt die muslimische Religionspädagogin Lamya Kaddor erbracht. In ihrer Kolumne „Die Energiewende steht schon im Koran“, welche seit dem 20. September vom Internetportal von „t-online“ verbreitet wird, behauptet die Tochter.

Schon Mohammed war ein echter Umweltschützer?

ter syrischer Einwanderer und Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes, dass sich „zahlreiche Koranverse heute in Richtung Umwelt- und Naturschutz auslegen“ ließen.

Damit meint sie beispielsweise den Abschnitt 27 in der Sure „Al Isra“ (Nachtreise), in dem es heißt: „Die Verschwenner sind die Brüder der Satane.“ Oder den Vers 31 der Sure „Al Araf“ (Die Höhen): „Allah liebt nicht jene, die im Übermaß le-

ben.“ Außerdem verweist Kaddor auch auf das persönliche Vorbild des Propheten Mohammed, der die Gläubigen unter anderem ermahnt habe, keine natürlichen Ressourcen zu verschwenden.

Ebenso lobt die Religionsexpertin die Schriften der sogenannten Ichwan as-Safa (Lauteeren Brüder von Basra) aus der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts: Selbige könnten den heutigen Umweltaktivisten der Fridays-for-Future-Bewegung wertvolle Einsichten liefern.

Allerdings macht das CO₂ trotz dieser nun schon fast 1400 Jahre währenden Bemühungen der Muslime, das Klima zu schützen, was es will. Deshalb steigen die Temperaturen in Saudi-Arabien mittlerweile derart, dass nun sogar die traditionelle Pilgerfahrt (Haddsch) nach Mekka in Gefahr ist. Dies vermeldete kürzlich ein Wissenschaftlerteam um Elfatih Eltahir vom Massachusetts Institute of Technology in den „Geophysical Research Letters“: Ab 2047 dürften die Sommertemperaturen in der Heiligen Stadt regelmäßig bei mehr als 50 Grad liegen, womit die fast ausnahms-

los im Freien stattfindenden Rituale während der Haddsch zu „extremen Gesundheitsrisiken“ führten.

Aus muslimischer Sicht hat dies natürlich gar nichts damit zu tun, dass Saudi-Arabien und die benachbarten Golf-Emirate unangefochten an der Spitze der CO₂-Produzenten pro Kopf stehen. Deshalb ist es sicher nur eine Frage der Zeit, bis Leute wie Kaddor darauf verfallen, die „Ungläubigen“ für die Produktion des satanischen Gases Kohlendioxid verantwortlich zu machen.

Solange müssen Lobreden auf den gegenwärtigen marokkanischen König Mohammed VI. ausreichen, der uns allen zeige, wie Islam und Klimaschutz Hand in Hand zur Weltrettung beitragen. Wobei diese Elogen keineswegs nur von Muslimen, sondern auch von angeblich seriösen Wissenschafts-Journalisten kommen. So schwärmte Susanne Götze vom Onlinemagazin „klimaretter.info“ bereits 2016 voll naiver Begeisterung davon, wie energisch Mohammed VI. in seinem Land die Energiewende vorantreibt und das Volk für die Klimaproblema-

tik sensibilisiere: In ganz Maroko erfolge eine Umrüstung der Moscheen auf „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ und die Imame der „Grünen Moscheen“ würden die Energiewende auch in ihre Predigten einbauen. Was gar kein Problem sei, da sie ja mit dem Koran über „eine echte Ökofibel“ verfügten.

Dass Mohammed VI. kein ganz lupenreiner Demokrat ist und

Golfstaaten bei CO₂-Emissionen Weltspitze

sich Jahr für Jahr trotz seines gewaltigen Privatvermögens von 2,5 Milliarden Euro noch mit mehr als 200 Millionen Euro vom marokkanischen Steuerzahler aushalten lässt, blieb dabei ebenso unerwähnt wie der Umstand, dass die königliche Familie an fast jedem größeren Unternehmen im Lande beteiligt ist und somit auch kräftig von der von oben oktroyierten „islamischen Energiewende“ profitiert. *Wolfgang Kaufmann*

Chance oder Zerstörungswerk

Tiefseebergbau: In den Ozeanen locken gewaltige Schätze – Doch der Abbau könnte die Unterwassernatur massiv schädigen

Milliardenwerte liegen auf dem Meeresboden in den Tiefen der Ozeane. Die für die moderne Technik so wichtigen seltenen Metalle wie Kobalt und Mangan finden sich zuhauf und locken die Bergbauindustrie. Doch Naturschützer fürchten kaum zu reparierende Schäden an der marinen Natur durch die Ausbeutung dieser Bodenschätze.

Immer mehr Staaten und Industriefirmen beteiligen sich an der Erkundung von Erzlagern im Pazifik und im Indischen Ozean, darunter auch Deutschland. Ihr Interesse richtet sich auf den kommerziellen Abbau von metallhaltigen Ablagerungen am Boden der Tiefsee in Meeresgebieten jenseits der nationalen Hoheitszonen (mehr als 200 Seemeilen, rund 370 Kilometer Entfernung von einer Küste).

Auslöser des wachsenden Ressourcenbedarfs sind der steigende Bedarf an seltenen Metallen für die Hochtechnologie-Industrie und ein Anstieg der Rohstoffpreise. Zur Überbrückung von Nachschubproblemen ist die Förderung von Vorkommen aus diversen Metallen vom Boden der Weltmeere seit den 1970er Jahren im Visier der Industrienationen.

Tiefseeforschung ist seit ihren Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts mit wirtschaftlichen Interessen verknüpft. Diese Interessen sind heute mehr denn je der wichtigste Motor für die wissenschaftliche Erforschung der Meeresumwelt. Durch die Tauchfahrten, ferngesteuert oder bemannt, ist bisher jedoch nur eine Fläche von etwa einem Prozent des Ozeanbodens erkundet.

Insgesamt sind 71 Prozent der Erdoberfläche von Meeren bedeckt. Die Tiefsee beginnt am Kontinentalschelf in etwa 500 Metern Wassertiefe. 62,3 Prozent der Erdoberfläche liegen unterhalb von 1000 Metern. In Tiefen von 3000 bis 6000 Metern liegen schätzungsweise eine Billion Tonnen Manganknollen auf den Ablagerungen am Meeresgrund. Sie entstanden innerhalb von langen Zeiträumen durch Anlagerung ausgefällter Metalloide.

Außer Mangan enthalten die Knollen Nickel, Titan, Kobalt, Lithium, Kupfer, selten auch Gold und Silber. Vor allem vom Abbau der kartoffel- bis salatkopfgroßen Manganknollen versprechen sich Länder und Unternehmen milliardenschwere Gewinne. Zusammen mit den Eisen-Mangankrusten und Massivsulfiden (metallhaltigen Schwefelverbindungen, die sich an heißen Quellen ablagern), sollen die Manganknollen allein an Kobalt die 21- bis 23-fache Menge im Vergleich mit den kontinentalen Vorkommen enthalten. Bislang sind rund 1700 Erzlagerstätten in der Tiefsee bekannt. Die Förderung könnte in absehbarer Zeit beginnen.

Zwar ist erwiesen, dass der Tiefseebergbau einen schwerwiegenden Eingriff für die empfindlichen Ökosysteme der Ozeane bedeutet. Je nach Umfang der abgeräumten Areale wird dabei die hohe Artenvielfalt einmaliger Lebensräume zerstört. Das internationale Seerecht gewährt Staaten dennoch die Möglichkeit, minera-

lische Rohstoffe in der Tiefsee zu schürfen.

Wegen der in großer Tiefe vorherrschenden extremen Bedingungen mit hohem Druck, völliger Dunkelheit und sehr niedrigen Temperaturen stellt dies eine große technische Herausforderung dar. Wenn er nicht so aufwendig wäre und daher bislang als unrentabel gälte, hätte der Tiefseebergbau in großem Stil vermutlich längst begonnen. Japan und Südkorea haben in Pilotprojekten bereits Kollektor-Prototypen zur Ernte von Manganknollen innerhalb der eigenen Wirtschaftszonen getestet.

Es zeigte sich, dass mindestens 5000 Tonnen Manganknollen pro Tag gefördert werden müssen, um den Meeresbergbau wirtschaftlich zu betreiben. Dafür wird etwa ein Quadratkilometer Sediment durch den Einsatz von schwerem Gerät abgetragen. Die Abbaugeräte gleichen riesigen Pflügen mit Staubsaugern. Sie durchpflügen den Meeresboden 15 Zentimeter tief, reißen dabei die Mangan-

knollen heraus und spülen diese aus der Tiefe mit einem Teil des Sediments an Bord einer Förderplattform.

Dort werden sie vom Sediment getrennt, das anschließend wieder ins Meer abgepumpt wird. Die möglichen Auswirkungen der Trübungswolken auf die Meeresorganismen durch die Rückleitung der Sedimente zusammen mit dem kaltem Tiefenwasser in die oberflächennahe Wasserzone sind bislang kaum untersucht.

2001 vergab die Internationale Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA) die erste Erschließungslizenz. Die ISA verwaltet die Schätze der Meere in den internationalen Gewässern als Erbe der Menschheit. Die Behörde sorgt dafür, dass nicht allein hochindustrialisierte Staaten Zugriff auf die vielversprechenden Ressourcen erhalten.

Deutschland hat zurzeit die Rolle des Vizepräsidenten im Rat der Behörde inne, dem 36 Länder angehören. Bislang sind 25 Explorationslizenzen für den Tiefsee-

bergbau auf hoher See für mehr als eine Million Quadratkilometer der Weltmeere vergeben worden, unter anderem an China, Deutschland, Frankreich, Indien, Japan und einen Verbund aus osteuropäischen Staaten mit Russland und Kuba. Noch gibt es keine Abbaulizenzen für Gebiete außerhalb der staatlichen Wirtschaftszonen. Seit 2014 entwickelt die ISA das gesetzliche Regelwerk für die Gewinnung der Ressourcen in der Tiefsee.

2006 erwarb die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover im Auftrag der Bundesregierung eine Lizenz zur Erkundung von Manganknollen im Zentralpazifik für ein 75 000 Quadratkilometer großes Gebiet in der Clarion-Clipperton-Zone (CCZ), dem weltweit größten Manganknollengebiet. Die Fläche entspricht etwa der von Bayern. Seither fördert die Bundesregierung eine Reihe von Industrie- und Forschungsinitiativen, um den Tiefseebergbau vorzubereiten.

Die Investitionskosten werden mit bis zu 1,5 Milliarden Euro angegeben. Es locken jedoch hohe Gewinne. Allein in einem 2000 Quadratkilometer großen Teilstück des Lizenzgebietes entdeckten Wissenschaftler ein Vorkommen von rund 30 Millionen Tonnen Manganknollen.

Bereits 1989 erteten Wissenschaftler unter Federführung der Universität Hamburg im Südostpazifik auf einer elf Quadratkilometer großen Fläche Manganknollen durch Umpflügen des Meeresbodens. 29 Jahre später filmten Wissenschaftler den Meeresgrund mit einem Tauchroboter und nahmen Bodenproben.

Es stellte sich heraus, dass es dort noch genauso aussieht wie damals. Nicht einmal die Mikroorganismen – und damit die Basis der Nahrungskette – hatten sich vollständig erholt. Es könnte 50 bis 60 Jahre dauern, bevor sich wieder Würmer, Schnecken, Schwämme, Seegurken, Schlangensterne und kleine Oktopusse auf dem abgeräumten Meeresboden ansiedeln. Auf jeder Forschungsfahrt entdecken

die Meereswissenschaftler vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel mehrere hundert neue Arten der Tiefsee-Fauna.

Zahlreiche Projekte von GEOMAR wurden mit Fördergeldern der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Zusammen mit 31 Partnern aus zehn Ländern ist GEOMAR derzeit am europäischen Verbundprojekt JPI Oceans „Mining Impact“ beteiligt. Es sollen Grenzwerte für Schädigungen durch die zukünftigen menschlichen Eingriffe definiert werden, welche das Ökosystem noch verkraften kann. Bei der ISA haben die Wissenschaftler eine beratende Funktion zur Festlegung „bestmöglicher Umweltstandards“ für einen zukünftigen Tiefseebergbau.

Allerdings ist noch unklar, wie die Regeln für den Abbau in der

Auch Deutschland hat sich seinen Anteil gesichert

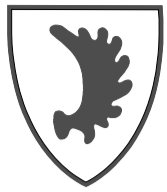
Tiefsee überwacht werden können. Seit Februar 2019 führen Wissenschaftler auf dem deutschen Forschungsschiff „Sonne“ im deutschen und im belgischen Lizenzgebiet der Firma DEME-GSR Untersuchungen zum natürlichen Zustand der marinen Umwelt durch. DEME-GSR plant, in beiden Gebieten einen Kollektor zur Ernte von Manganknollen in industriellem Umfang zu testen. Nach dem Eingriff werden die Forscher den Zustand des Meeresbodens erneut untersuchen.

Einen generellen Stopp aller Tiefseebergbauaktivitäten fordern dagegen seit Jahren unter anderem der BUND und die Weltnaturschutzunion IUCN. Sie warnen davor, dass die Ausbeutung der Tiefsee große Lebensräume unwiederbringlich zerstören könnte. Am 9. Juni, dem zehnten Tag der Ozeane, beklagte ein Vertreter des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“, dass kaum Informationen über das ungemessene Risiko Vorhaben in die Öffentlichkeit dringen. *Dagmar Jestrzemska*



Schätze auf dem empfindlichen Meeresboden: Manganknollen im Pazifik

Bild: pa



Wunderbare und beklemmende Eindrücke

Bernd Fabritius und Stephan Grigat besuchten deutsche Vereine in Südostpreußen – Auch Gedenkstätten auf dem Programm

Im Anschluss an den 12. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen (siehe PAZ Nr. 44) bereiste der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, gemeinsam mit dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, das südliche Ostpreußen.

Diesen Aufenthalt nutzte Fabritius dazu, Kontakte zu Entscheidungsträgern der polnischen Politik und der Deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Ermland und Masuren zu knüpfen und einen Eindruck von dieser über Jahrhunderte deutschen Kulturlandschaft zu gewinnen.

Im Mittelpunkt standen ein intensives Gespräch mit dem Marschall der Wojewodschaft, Gustaw Marek Brzezina, ein ausführlicher Gedankenaustausch mit dem Minderheitenausschuss des Landtages (Sejmik) und das Zusammentreffen mit vier größeren Deutschen Vereinen in Ostpreußen. Der Vorsitzende des Minderheitenausschusses, der frühere Vizemarschall Jaroslav Sloma, betonte, dass es einen solchen Ausschuss nur in dieser Wojewodschaft gibt.

Fabritius nutzte die Gelegenheit, um die Situation der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren sowie deren Bewertung durch die Betroffenen und die polnischen Behörden kennenzulernen.

Einigkeit bestand darin, dass dieser Teil Ostpreußens eine einzigartige Region ist, in der das Schicksal vieler Völker und ethnischer Gruppen verflochten und eine einzigartige kulturelle Verbindung gewachsen ist, die der gemeinsamen Pflege bedarf.

Besonderer Augenmerk galt Schloss Steinort, dem ehemali-



Absolvierten ein umfangreiches Programm: Stephan Grigat mit Bernd Fabritius und Heinrich Hoch (o., v.l.), Grigat und Fabritius am Gedenkstein in Goldap (o.r.) und vor dem Verbindungsbüro der LO in Allenstein (r.)

gen Sitz der Familie Lehndorff. Das Gebäude wird seit 2017 von der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz betreut. Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen Jahr 500 000 Euro für die bauliche Sicherung des Hauptgebäudes bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wurden die Ableitungen von Regen- und Grundwasser wieder in Funktion gesetzt sowie die hölzernen Balken und Dielen der Geschosdecken gesichert. Fabritius sagte zu, sich auch weiterhin für den dauerhaften Erhalt des Schlosses einzusetzen; dazu muss ein belastbares Nutzungs- und Finanzierungskonzept entwickelt werden.

Der Beauftragte besuchte den Dachverband der Deutschen Ge-

sellschaften in Ermland und Masuren und die Deutschen Vereine in Allenstein, Osterode, Heilsberg und Lyck. Gemeinsam mit seiner Delegation wurde er überall herzlich empfangen, beim Deutschen Verein in Lyck sogar mit selbstgemachten Königsberger Klopfen und deutschem Gesang mit Akkordeonbegleitung.

Die deutschen Vereine haben seit ihrer Gründung eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen aufgebaut und gepflegt und sich in die Entwicklung ihrer Gemeinden eingebracht. Sie



Bilder: privat

waren die Initiatoren vieler Städtepartnerschaften zwischen ostpreußischen Städten, Gemeinden und Kreisen mit Partnerkommunen in Deutschland.

Die Vorsitzenden der Vereine und des Dachverbandes informierten den Beauftragten über das Mitglieder- und Veranstaltungsprofil ihrer Vereine. Sie berichteten auch über die Anliegen der deutschen Vereine im süd-

lichen Ostpreußen und über die Probleme im Bildungswesen. Zu beklagen sind Kürzungen des Deutschunterrichts im polnischen Schulwesen und der Förderung des Deutschunterrichtes bei den deutschen Vereinen. Zur Sprache kamen auch Probleme bei der allgemeinen Finanzierung der Deutschen Minderheit. Auch hier sagte der Beauftragte Unterstützung zu.

Während der Besichtigung Allensteins fehlte auch ein Besuch des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen, das von Edyta Gladkowska geleitet wird, nicht.

Zum Programm gehörte zudem die Erkundung des Kulturortes der Region, namentlich des Schlosses der Familie Dönhoff in Quittainen und des Oberländischen Kanals, der von 1844

bis 1860 unter der Leitung des königlich-preussischen Baurats Georg Steenke aus Königsberg erbaut wurde.

Auf dem Weg nach Schloss Steinort hatte Fabritius eine kurze Pause in der Wolfsschanze eingelegt und die Ruinen der Bunker sowie der Lagebaracke besichtigt. Eine Gedenktafel erinnert dort seit 2004 an das Attentat vom 20. Juli 1944. Oberst Graf Schenk v. Stauffenberg hatte versucht, Adolf Hitler in der Baracke mittels einer Bombe zu töten.

In Goldap besuchte Fabritius das Haus der Heimat und das in dieser Form in Ostpreußen einmalige Regionalmuseum in Trägerschaft der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen, außerdem das Mahnmahl für die Deutsche Bevölkerung auf dem deutschen Alten Friedhof.

Den Abschluss der Reise des Beauftragten durch das südliche Ostpreußen bildete eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der ostpreußischen Zivilbevölkerung. Hierbei handelte es sich überwiegend um Frauen, Kinder und alte Männer, die bei dem Versuch, den Nachstellungen und Angriffen der Roten Armee durch die Flucht zu Fuß oder mit Pferd und Wagen über das Eis des zugefrorenen Haffs zu entgehen, infolge russischen Beschusses den Tod fanden.

Die Inschrift auf dem Gedenkstein lautet: „450 000 ostpreußische Flüchtlinge flohen über Haff und die Nehrung, gejagt vom unerbittlichen Krieg. Viele ertranken, andere starben in Schnee und Eis. Ihr Opfer mahnt zu Verständigung und Frieden.“

Fabritius bedankte sich bei Grigat für die Mitorganisation und Begleitung auf einer wunderbaren und gleichzeitig nachdenklich stimmenden Reise.

PAZ

Großer Spaß beim »Wrack-Festival«

Immer mehr Teilnehmer bei Wettrennen mit alten Dreckschleudern – Umweltschutz spielt so gut wie keine Rolle

Ende September fand auf der Allensteiner Motocrossbahn in der Karl-Roensch-Straße eine ungewöhnliche Veranstaltung für Motorsportbegeisterte statt. Es war ein sogenanntes Wrackautorenrennen, bei dem man zuschauen konnte, wie Fahrzeuge nach verschiedenen Reparaturen, Umbauten oder Veränderungen ihr zweites Leben erhielten.

Die Teilnahmebedingungen für die Fahrer, die mit ihren Wracks um die Wette fahren wollten, waren ganz einfach: Sie mussten einen Führerschein und einen Schutzhelm mitbringen und das 18. Lebensjahr vollendet haben. An die Autos, die dem Schicksal der Verschrottung entkommen waren, stellte man keine hohen Ansprüche: Dach, Windschutzscheibe, Sicherheitsgurte und Feuerlöscher mussten vorhanden sein, Teile wie Scheinwerfer, Motorhaube oder Scheibenwischer wa-

ren beim Rennen nicht nötig. Die ästhetischen Aspekte spielten auch keine besondere Rolle. Deswegen waren die Karosserien aller Autos zerkratzt, zerbeult und allgemein in einem schlechten Zustand.

Wie einer der Wagenbesitzer sagte, zählt bei dem Wettbewerb vor allem die Motorleistung. Zusätzliche Elemente wie Metallbalken, die die Karosserie stärken und dadurch den Fahrer schützen, waren erlaubt. Der Wettbewerb wurde in Form eines Turniers durchgeführt. In jedem Rennen traten acht Wracks an und die Hälfte der Teilnehmer ging in die nächste Runde. Die begeistertsten Zuschauer sahen, wie die Wrackfahrer ihr Können unter extremen Bedingungen präsentierten, indem sie eine Reihe scharfer Kurven zu bewältigen hatten. Nicht selten kam es dabei zu Kollisionen, die die Schau noch sensatio-



Besondere Attraktion: Feuerwehr löscht ein zuvor in Brand gestecktes Autowrack

Bild: D.K.

ner machen. Einige Wagen fuhren mit herabfallenden Stoßstangen und rauchenden Kühlern weiter, andere blieben liegen und mussten von Traktoren geborgen werden.

Der Organisator bot noch eine Sonderschau: Ein Fahrzeug wurde angezündet und stand nach einer Weile in Flammen. Schwarze Qualmwolken stiegen auf. Sogleich erschien ein Feuerwehrwagen, der die Schau noch sensatio-

ner machen. Einige Wagen fuhren mit herabfallenden Stoßstangen und rauchenden Kühlern weiter, andere blieben liegen und mussten von Traktoren geborgen werden.

Der Organisator bot noch eine Sonderschau: Ein Fahrzeug wurde angezündet und stand nach einer Weile in Flammen. Schwarze Qualmwolken stiegen auf. Sogleich erschien ein Feuerwehrwagen, der die Schau noch sensatio-

ner machen. Einige Wagen fuhren mit herabfallenden Stoßstangen und rauchenden Kühlern weiter, andere blieben liegen und mussten von Traktoren geborgen werden.

nen bei Rennen nicht nötig. Die ästhetischen Aspekte spielten auch keine besondere Rolle. Deswegen waren die Karosserien aller Autos zerkratzt, zerbeult und allgemein in einem schlechten Zustand.

Wie einer der Wagenbesitzer sagte, zählt bei dem Wettbewerb vor allem die Motorleistung. Zusätzliche Elemente wie Metallbalken, die die Karosserie stärken und dadurch den Fahrer schützen, waren erlaubt. Der Wettbewerb wurde in Form eines Turniers durchgeführt. In jedem Rennen traten acht Wracks an und die Hälfte der Teilnehmer ging in die nächste Runde. Die begeistertsten Zuschauer sahen, wie die Wrackfahrer ihr Können unter extremen Bedingungen präsentierten, indem sie eine Reihe scharfer Kurven zu bewältigen hatten. Nicht selten kam es dabei zu Kollisionen, die die Schau noch sensatio-

ner machen. Einige Wagen fuhren mit herabfallenden Stoßstangen und rauchenden Kühlern weiter, andere blieben liegen und mussten von Traktoren geborgen werden.

Allenstein gab es 2018 lediglich 20 E-Autos. Bei den Einkaufszentren „Erländische Galerie“ und „Aura“ wurden im vergangenen Jahr gebührenfreie Ladestationen für Elektrofahrzeuge eingerichtet, aber von einer Verkehrswende kann man noch nicht sprechen. Das Durchschnittsalter der in der Republik Polen zugelassenen Pkw beträgt über 13 Jahre. Schätzungen von Experten zufolge bezogen Polen im Jahr 2018 eine Million Gebrauchtwagen aus dem Ausland. Obwohl man auf internationalen Klimagipfeln für Umweltschutzmaßnahmen wie Elektromobilität plädiert, bleibt es meist bei der Theorie. In der Praxis haben sie kaum Auswirkungen. Der Grund ist sehr einfach: Ostpreußen gehört nach wie vor zu den ärmsten Regionen der Republik Polen und nur wenige können sich ein Elektroauto leisten und .
Dawid Kazanski

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. **Loesch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Spürk, Gertrud, geb. **Eich**, aus Schmoditten, Kreis Preußisch Eylau, am 5. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bahl, Hildegard, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November
Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dorra, Walter, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Kairis, Hildegard, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November
Krause, Lieselotte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. November
Nowotka, Alice, aus Neidenburg, am 11. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Ehrlicher, Waltraud, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November
Gonschorek, Edith, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. November
Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraud, geb. **Konopka**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Martin, Lieselotte, aus Lyck, am 8. November
Rexin, Christa, aus Neidenburg, am 8. November
Schacht, Elli, geb. **Faackenstedt**,

Anzeige

Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Ein Ostpreuße, in Masuren geboren, sucht Haushaltshilfe in Schwerin

für alle anfallenden Arbeiten im Haushalt, Pflege eines Familienmitgliedes, bei voller Integration in die Familie, nach Möglichkeit langfristig. Unterstützung bei der Wohnungssuche wird zugesagt bzw. nach Bedarf gestellt. Bezahlung und Arbeitszeit nach Vereinbarung.

Chiffre 204943

aus Willkischken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Bröhan, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November
Herfer, Manfred, aus Lyck, am 8. November
Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Laux, Käthe, geb. **Rosinski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November
Martineau, Martha, geb. **Kullik**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 13. November
Piotrowski, Irene, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brandt, Ruth, geb. **Schmerberg**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Brutscher, Edith, geb. **Christochowitz**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 10. November
Ermel, Helgard, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Kerstan, Waltraud, geb. **Nowotka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Makenthun, Edith, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 9. November
Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Griga, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Heise, Paul, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 7. November
Kirchhoff, Edith, geb. **Rettkowski**, aus Browina, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Mordas, Gertrud, geb. **Bobel**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. November
Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November
Przygodda, Gerhard, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Steinert, Eva, geb. **Kropeit**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November
Stoll, Friedrich, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 10. November
Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November
Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ascher, Hans, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November
Barthel, Anneliese, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, am 14. November
Blankenheim, Irene, geb. **Wosylus**, aus Heydekrug, Kreis Wehlau, am 10. November
Buddruss, Georg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. November
Gillert, Margarete, aus Neidenburg, am 9. November
Gleißner, Waltraud, geb. **Friese**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 8. November

Heydemann, Meta, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 14. November
Löffelholz, Ella, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. November
Otto, Erwin, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 13. November
Salis, Marie, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November
Sauerland, Edith, geb. **Bloch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November
Seiler, Lothar, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 14. November
Simon, Gerda, geb. **Bolz**, aus Schenkendorf, Kreis Elchniederung, am 12. November
Taruttis, Kurt, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 12. November
Wiegand, Ruthild, geb. **Gimbott**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 11. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartholomei, Gisela, geb. **Scholz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. November
Becker, Andreas, aus Aweyden, Kreis Sensburg, am 12. November
Bergatt, Helga, geb. **Schadewinkel**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. November
Conrad, Erwin, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 8. November
Grigat, Hubertus, aus Wehlau, am 9. November
Kapteina, Willy, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Kopka, Manfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kröhnke, Manfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Luszk, Irmgard, geb. **Dombrowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 8. November
Merkt, Ruth, geb. **Fink**, aus Wehlau, am 8. November
Murach, Gottlieb, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. November
Posdziech, Johanna, geb. **Artswager**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 8. November
Schäfer, Werner, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 12. November
Schusters, Irmgard, geb. **Forderung**, aus Kraam, Kreis Fischhausen, am 9. November
Siebenhandl, Susanne, geb. **Nohle**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 11. November
Thiel, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November
Wolf, Edith, geb. **Sobaka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bankonin, Gerhard, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 12. November
Dittmann, Renate, geb. **Bradtka**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Eisel, Ingrid, geb. **Burbulla**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Feihl, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. November
Friese, Bruno, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 12. November
Ganzwindt, Franz, aus Kreis Allenstein, am 13. November
Hannemann, Ilse, geb. **Czichowski**, aus Großpeppingen, Kreis Neidenburg, am 8. November
Hillbrunner, Bernd, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. November

Hoppe, Hildegard, geb. **Mosies**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 8. November
Jacobs, Erika, geb. **Kröhnert**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 9. November
Jobski, Herfried, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kempa, Dieter, aus Ottenberge, Kreis Johannisburg und Ukta, Kreis Sensburg, am 4. November
Messutat, Jochen, aus Lyck, am 14. November
Nikolow, Rosemarie, geb. **Büchler**, aus Wehlau, am 14. November
Petruck, Irmtrud, geb. **Merhoff**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. November
Smoydzin, Gerhard, aus Lyck, am 12. November
Sollmann, Günter, aus Lyck, am 11. November
Trilken, Roni, geb. **Mikutat**, aus Tilsit, am 12. November
Wischollek, Marie, geb. **Buttler**,

Kulturzentrum Ostpreußen

„Alltag in Königsberg“

Gesucht werden Zeitzeugen, die im Rahmen eines Projekts des Kulturzentrums Ostpreußen für Interviews zum Thema „Alltag in Königsberg“ zur Verfügung stehen. Können Sie Auskunft geben über alles rund um die Stadt vor 1945, beispielsweise über den Dom, über Kino und Theater oder Konditoreien, melden Sie sich bitte bei:

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, z. Hd. Frau Gabriela Czarkowska-Kusajda, Telefon (09141) 8644-0, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

aus Deutscheide, Kreis Ortelsburg, am 9. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Burg, Winfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Wulff, Gisela, geb. **Prange**, aus Bür-

gersdorf, Kreis Wehlau, am 14. November

»Glückwünsche« und alle Seiten
 »Heimatarbeit«
 auch im Internet

Anzeigen

Jesus Christus nimmt mich jetzt bei sich auf!



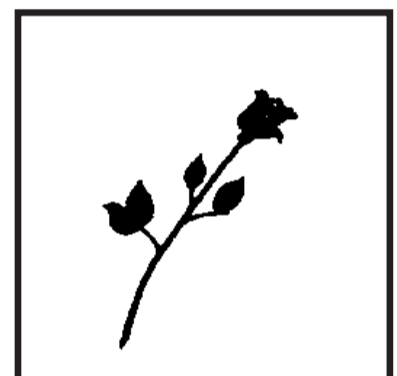
Hans-Georg Balzer

* 14. 9. 1931 † 17. 10. 2019
 Königsberg (Pr) Groß Köris

Ein treues Königsberger Preußen Herz hinterlässt uns seinen letzten Ruf: Ostpreußen! Vergesst meine geliebte Heimat am Ostsee- und Pregelstrand nicht! Und bekennet euch zu unserem Christlichen Glauben, wie einst Daheim.

Auf Wiedersehen: Deine Königsberger treuen Freunde
 Klaus Neumann
 Gerhard Thal

Die Beerdigung war am 30. Oktober 2019 in Groß Köris.



*Alles prüfe der Mensch, sagen die Himmlischen,
 dass er, kräftig genährt, danken für alles lern
 und verstehe die Freiheit,
 aufzubrechen, wohin er will.
 (Friedrich Hölderlin)*

Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling

* 9. November 1929 † 24. Oktober 2019
 Osterode / Ostpreußen Kiel

Wir nehmen Abschied in tiefer Dankbarkeit für die Liebe und Geborgenheit, die er uns schenkte. Nun folgt er unserer Tochter Karolin.

Maria Müller-Groeling geb. Freiwald
 Dr. Axel Müller-Groeling
 Carmen Müller-Groeling
 Henrik Müller-Groeling
 Kristof Müller-Groeling
 Familien von Groeling-Müller, Jonsson, Freiwald

Maria Müller-Groeling, c/o Dall Bestattungen, Augustental 28, 24232 Schönkirchen
 Eine Spende für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wäre im Sinne des Verstorbenen. IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00, Kennwort: Prof. Müller-Groeling.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Gertrud Braumann

geb. Dadrat

* 7. April 1922 † 21. Oktober 2019
 in Thewelkehmen in Norderstedt
 Kreis Goldap

In Würdigung ihrer besonderen Verdienste als Zeitzeugin verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Gertrud Braumann im Jahre 2014 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Ludwigsburg – Dienstag, 22. November, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 22. November, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: Heimatisches Essen „Kartoffelsuppe“, anschließend gibt es eine Feuerzangenbowle und einer Vorführung des gleichnamigen Films mit Heinz Rühmann.

Hof – Sonnabend, 9. November, Alteutsche Bierstube, 15 Uhr: Monatstreffen Die Veranstaltung wird sich anlässlich des geschichtsträchtigen Datums mit einem „Blick über die Mauer“ beschäftigen. Sonnabend, 16. November, 16 Uhr: Die Kreisgruppe Hof feiert ihr 70-jähriges Bestehen im Museum Bayerisches Vogtland Hof. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Bericht – Stanislaus Cauer war ein deutscher Bildhauer, Medailleur und Hochschullehrer. Sein bekanntestes erhaltenes Werk ist das Schillerdenkmal in Königsberg. Er wurde 1867 in Bad Kreuznach als Kind einer Künstlerfamilie geboren und starb 1943 in Königsberg. Der Sohn des Bildhauers Robert Cauer, dem Älteren, und seiner Frau Auguste hatte acht Geschwister. Seine beiden Brüder Ludwig und Fritz wurden ebenfalls Bildhauer.

Cauer erlernte das Bildhauerhandwerk von seinem 15. Lebensjahr an bei seinem Vater in dessen Atelier in Rom. Anschließend unternahm er Studienreisen, u. a. nach Frankreich und in die Niederlande. 1897 heiratete er in Rom. 1905 kehrte er nach Berlin zurück und wurde 1907 als Nachfolger von Friedrich Reusch zum Professor und Leiter der Bildhauerklasse an die Kunstakademie Königsberg berufen. Zu seinen Schülern gehörten Gertrud Classen und Otto Drengwitz. Unter anderem organisierte Cauer 1925 eine Ausstellung von Kleinplastiken an der Akademie. Unter den Exponaten befanden sich auch Werke von Käthe Kollwitz. Ab Herbst 1931 hielt er sich zu einem längeren Arbeitsaufenthalt in der Villa Romana in Florenz auf und schuf dort mehrere Porträtbüsten. Bis 1941 war er an der Akademie in Königsberg tätig.

Stanislaus Cauer schuf Figuren aus Stein und Bronze, auch Brunnen gehörten zu seinen Werken. Im heutigen Kaliningrad sind neben dem Schillerdenkmal im öffentlichen Raum die Marmor-skulptur „Nach dem Bade“ neben dem „Haus des Künstlers“, zwei geflügelte weibliche Relief-Figuren, Genien mit Kranz und Füllhorn und das Herkulesrelief an der Hammerteichschleuse erhalten. Zerstört wurden der Apfel-dieb auf dem Altstadtmarkt sowie Denkmale für Immanuel Kant, Nicolaus Copernicus, Jo-

hann Gottfried Herder und Lovis Corinth, die sich über dem Eingang der Burgschule in Königsberg befanden. Der 1908 von Cauer geschaffene Puttenbrunnen wurde 1912 auf der Internationalen Springbrunnenmesse in Posen mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Die Stadt Posen wollte das preisgekrönte Werk erwerben. Cauer schenkte den Brunnen aber der Stadt Königsberg und er wurde in der Nähe des Schlosses aufgestellt. 1936 wurde er auf den Hof des Universitätskrankenhauses gebracht, wo er im Laufe der Jahre verfiel. Erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Brunnen restauriert und 2011 auf dem Gelände des Ozeanmuseums neu aufgestellt.

Stanislaus Cauer starb 1943; er wurde auf dem Friedhof der Juditer Kirche in Königsberg beige-setzt. Sein Grab ist nicht erhalten.

Landshut – Dienstag, 19. November, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Zusammenkunft.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 15. November, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.



**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advent-Heimatsnachmittag. Freuen Sie sich auf eine besinnliche Vorweihnachtsfeier, in deren Mittelpunkt die kurze Andacht von Pfarrer i.R. Falk steht, und natürlich Kaffee und Kuchen, bei dem es sich gut schabbern lässt. Die musikalische Gestaltung des Nachmittags erfolgt durch den Posaunenchor aus Schloß-Neuhaus.

Für diverse Unkosten erbitten wir von unseren Mitgliedern einen Unkostenbeitrag von 5 Euro, Gäste entrichten 8 Euro pro Person. Bitte kommen Sie zahlreich, wir freuen uns auf Ihre Teilnahme, Anmeldung spätestens bis 20. November unter Telefon (05202) 5584.

Düren – Sonntag, 17. November, 9.30 Uhr, Düsseldorf: Volkstrauertag: Totengedenken der Weltkriege, auf dem Friedhof Düren-Ost. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com.

Witten – Montag, 18. November, 15 Uhr, Evangelische Lutherische

Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen zum Thema „Streifzug durch die alte Hansestadt Danzig“. Der Landesvorsitzende und Kulturreferent der LO Edmund Ferner hält einen Lichtbildervortrag über die Hansestadt Danzig und Umgebung mit Zopot und Oliva.

Danzig wurde 979 gegründet und war zunächst Sitz von slawischen Fürsten. Daneben entstand eine deutsche Marktsiedlung und erhielt um 1240 Lübsches Stadtrecht. 1308 kam Danzig in den Besitz des Deutschen Ordens und seit 1361 gehörte Danzig der Hanse an. 1793 wird Danzig preußisch, 1878–1919 Hauptstadt der Provinz Ostpreußen und 1920 zur freien Stadt erklärt.

Die Sehenswürdigkeiten Danzigs liegen alle im Zentrum und wurden im letzten Weltkrieg fast vollständig zerstört, aber erfreulicherweise nach historischen Vorlagen wieder aufgebaut. Es ist nicht leicht, aus der Summe der Bilder die bei dem Namen Danzig aufsteigen, die wirklich bestimmenden herauszugreifen wie zum Beispiel die Marienkirche größte Backsteinkirche Europas, das Krantor, den Artushof, den Neptunbrunnen, das Rathaus, um nur einige zu nennen.

Zu diesem Nachmittag sind Gäste herzlich willkommen.

Brigitte Christensen

Flensburg – Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Kapelle Friedenhügel Flensburg: Totensonntag, anschließend Kranzniederlegung auf dem Ehrenhain mit Vertretern der Stadt. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher an Frau Fischer, Telefon (0461) 62726, oder Frau Kunde, Telefon (0461) 91170.

Neumünster – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Treffen der Gruppe. „Oh, wie ist es kalt geworden, dem Büblein auf dem Eis. Ostpreußen im Winter – Winterfreuden in Wort und Lied“ Gäste sind willkommen.

Dittchenbühne

Die Dittchenbühne bringt „Rumpelstilzchen“ als Weihnachtsmärchen. Es findet einen solchen Anklang, dass manche Vorstellungen bereits ausverkauft sind. Noch freie Termine: 1. Dezember, 14 Uhr und 16.30 Uhr, 9./10./12. Dezember, jeweils 16.30 Uhr, 14./15. Dezember, jeweils 14 Uhr und 16.30 Uhr, 16./18./20. Dezember, jeweils 16.30 Uhr.

Karten beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (4121)89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de. Preis: 15 Euro pro Karte.



Ein schöner Brauch.
Weihnachtsgrüße mit
einer Anzeige.

25.11.
Annahmeschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@preussische-allgemeine.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Gertrud Braumann, geb. Dadrat, verstorben

Die Ehrenbürgerin der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V., Gertrud Braumann, geb. Dadrat, ist am 21. Oktober 2019 von dieser Welt abberufen worden. Ein langes, erfülltes Leben, das von der Liebe zu ihrer Familie und ihrer unvergessenen Heimat Ostpreußen geprägt war, ist vollendet.

Unsere beliebte und überaus geschätzte Ehrenbürgerin Gertrud Braumann, geb. Dadrat, ist am 21. Oktober 2019 im 98. Lebensjahr verstorben. Für alle, die sie kannten, ihr nahestand und freundschaftlich verbunden waren, hinterlässt ihr Tod eine Lücke, die sich nicht schließen wird. Die Kreisgemeinschaft Goldap und Stade, das ihr zur zweiten Heimat geworden war, und hier besonders ihre Hausgemeinschaft, sind durch ihren Tod ärmer geworden.

Gertrud Braumann wurde als Gertrud Dadrat am 7. April 1922 als sechstes von insgesamt zehn Kindern der Eheleute Emma und Karl Dadrat im ostpreußischen Thewelkehmen, im Kreis Goldap, geboren. Geborgen in der großen

Familie durfte sie trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeit der 1920er Jahre eine unbeschwernte Kindheit und Jugend erleben. Alles änderte sich dann mit Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Gertrud war erwachsen geworden und heiratete 1943, einundzwanzigjährig, in der Dubeninger Kirche, in der sie schon getauft und konfirmiert worden war, ihren Mann Erwin Braumann. Als junge Ehefrau lebte sie 1944 bei ihrer Schwägerin in Tilsit. Sie arbeitete dort auf der Standortlohnstelle. Hier erlebte sie im Juli 1944 mit der Bombardierung von Tilsit auch zum ersten Mal, was Krieg bedeutet, noch nicht ahnend, was die Zukunft an Sorge, Leid und Angst bringen würde.

Als Gertrud Braumann im Oktober 1944 nach Thewelkehmen zurückkehrte, stand die Räumung des Kreises Goldap unmittelbar bevor. Mit dem Treck hat sie am 19. Oktober 1944 zusammen mit ihren Eltern und dem jüngsten Bruder Bruno den elterlichen Hof in Tulkeim (früher Thewelkehmen) verlassen müssen. Alle anderen Geschwister waren als Soldaten an der Front, zwei Brüder bereits gefallen, die Schwester zum Kriegsdienst verpflichtet. Von nun an galt ihr ganzes Bestreben, Eltern und Bruder gesund aus diesem Chaos herauszubringen. Als Ostpreußen im Januar 1945 in wenigen Tagen von der Roten Armee eingeschlossen war, gelang es ihr mit unglaublicher Kraft und Stärke, in den aussichtslosesten Situationen einen Weg zu finden, und dann mit dem Mut der Verzweiflung in Danzig die rettenden Schiffskarten für alle vier zu bekommen. Das war der Abschied von Ostpreußen.

Längst hatte sie ihr Schicksal in Gottes Hand gelegt, und die Tatsache, dass ihr Mann Erwin dreimal in höchster Not an ihrer Seite sein durfte, war mit ausschlaggebend



Wurde 97 Jahre alt: Gertrud Braumann

Bild: privat

für ihre lebenslange, tiefe Gläubigkeit.

Nach der Flucht fand sie, inzwischen mit Kind, über Umwege eine Bleibe in Stade. Stade sollte ihr zur zweiten Heimat werden. Hier, nach ein paar entbehrungsreichen Jahren wieder im eigenen Heim, gelangte ihr Leben in geordnete Bahnen, hier gingen die Kinder zur Schule und später kamen hier die Enkelkinder zu Besuch.

Selbst nachdem Gertrud Braumann bereits 1991 Witwe geworden war und Jahre später ihr geliebtes Heim aufgegeben hat, um in einer Seniorenresidenz einen neuen Wohnsitz zu beziehen, half ihr ihr freundliches und lebensbejahendes Wesen schnell, auch dort wieder heimisch zu werden.

Früh nahm die Liebe zu ihrer Heimat Ostpreußen einen hohen Stellenwert in ihrem Leben ein. Diese Liebe teilte sie mit ihrem Mann Erwin, der Königsberger war.

Gertrud Braumann war Zeitzeugin einer deutschen Vergangenheit, die seit Jahren von Vergessen bedroht wird und Kind eines Landes von atemberaubender Schönheit, das man auf den heutigen Landkarten nicht mehr findet. Und sie war eine der Letzten, die

„Ostpreußisch Platt“ als Muttersprache bezeichnen durften und unverfälscht gesprochen haben.

Angefangen hat ihre aktive Tätigkeit in den 1970er Jahren mit der Begleitung der ersten Busreisen nach Goldap. Es folgte die Unterstützung der Hilfslieferungen in den 1980er Jahren in das von politischen Ereignissen gebeutelte polnische Goldap und an die Landsleute in der damaligen DDR. Gertrud Braumann wurde Anlaufstelle in Stade für alle Goldaper. Allen Kreisvertretern war sie eine nicht wegzudenkende Helferin im Hintergrund.

Es folgte die Zeit im Kreisausschuss von 1992 bis 1995, in der ersten Wahlperiode mit Stephan Grigat als Kreisvertreter.

Ihre ganz besondere Liebe gehörte dem Turnverein Linnawen Dubeningken und den jährlichen Treffen in Bad Pymont. Hier, wie bei der Vereinigung „Ostpreußisch Platt“, war sie eifrige Mitstreiterin. Viele Beiträge in Schriften des Vereins zeugen von ihrer Tätigkeit.

Gertrud Braumann war für die Schulprojekte des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen in Stade Zeitzeugin der ersten Stunde. Ihr gelang es wie kaum jemand anderem, den Schülern die

Bedeutung des Verlustes der Heimat und die Schrecken der damaligen Flucht zu verdeutlichen. Die jugendlichen Schüler verehrten die mittlerweile 90-jährige Ostpreußin ebenso wie die Lehrer.

2013 entstand dann ein Film über das Schicksal ihrer Familie, im gleichen Jahr durfte sie in bewundernswürdiger Frische noch einmal ihre Heimat besuchen. Die Herausgabe ihres Fluchttaggebüchens „Flucht aus Goldap, das Schicksal einer ostpreußischen Familie“ im Jahre 2015 krönte die Lebensleistung unserer Ehrenbürgerin.

Für ihre großen Verdienste um Ostpreußen und Vaterland wurde Gertrud Braumann 1990 mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen, 1998 mit der Ehrenbürgerschaft der Kreisgemeinschaft Goldap und 2014 (nach Fertigstellung des Films) mit dem Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Stimme, die fast drei Jahrzehnte das Gedicht „Es war ein Land“ von Agnes Miegel am Mahnmahl vorgetragen hat und damit die Feierstunde prägte, für immer schweigt.

Die Goldaper trauern um ihre Ehrenbürgerin Gertrud Braumann und verneigen sich in Dankbarkeit. Der Kreisausschuss



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter (komm.): Klaus Döwan, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: gawoy@htp-tel.de

Heimatreise

Helfen, wo Hilfe notwendig, war auch das Motto der diesjährigen Betreuungsfahrt in Stadt und Land Johannsburg/Ostpreußen. Wie schon seit Jahrzehnten startete auch in diesem Jahr ein Team

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

54. Heimattreffen

Spornitz – Sonnabend, 23. November, 10 bis 15 Uhr, Landhotel: vorweihnachtliches 54. gesamtdeutsches Heimattreffen. Wir laden alle Landsleute und auch daran interessierte Teilnehmer herzlich ein. Es wird Wissenswertes

Schüttelrätsel

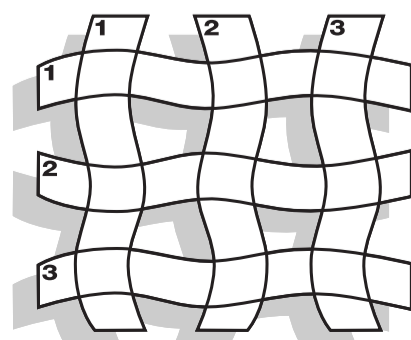
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEFI LPRST	DIRU	ENNOX	AABS	ERSTU	AFIR	EEHR	AEKL
AGNRU				AAH			
ADIL NU		BEIK RZ				EER	

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Erscheinung am nächtlichen Himmel.

1	SCHROT					LAUF
2	STEIN					SITZ
3	GRAU					ROT
4	GAENSE					TAPETE
5	FILZ					HELD
6	TON					LEITER
7	OPERN					FOLGE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 schlecht auf der Geige spielen
- 2 Schmetterling, Edelfalter
- 3 Zauberesen; Zaubermurzel

Schiff Noahs	Teil eines Zeitmessers	veranlassen, den Anstoß geben	Lammfell vom Karakulschaf	Pflanze mit ölhaltigen Samen	Höhe eines großen Marders	griechische Insel	Verbandstoff aus Baumwolle	Verchluss, Briefverschluss	wertvolles Mineral	von drinnen nach draußen (ugs.)	Gedichtzeile	Aristokratie	Eier legen und ausbrüten
existenzgefährdend			begütert, vermögend		britischer Sagenkönig		in gerader Richtung		Hauptstadt von Sachsen			Verpackungsgewicht	Viper, Giftschlange
Wollgewinnung bei Schafen		großes Stück Treibeis							ohne inneren Antrieb				
Bettwäschestück	großer Beutel, Behältnis aus Stoff	Stadt in Nordholland	französischer Maler (Edgar)	französisches Kugelspiel	Reisecke (engl.)		Zukunftstraum	kurzer, heftiger Regenschauer	deutscher Fußballtrainer (Joachim)	ein Europäer		Unterkunft, Asyl	ein Bild ländlichen Friedens
poetisch nachdenken			chem. Zeichen für Plutonium	Arzneimittelform zum Lutschen	japanische Kampfsportart	Leistungsfähigkeit	Fahrt mit einem Segelboot	Fluss zur Seine		befrachten, bepacken		sich wohl fühlen (strecken sich ...)	Lehrerpult
Hotelboy	knie-langer Anorak				sibirischer Strom	Körper		Vergeltung übender Mensch	Geschenk, Almosen	sehr leichter Holzarzt			Firmen-, Marken-, Zeichen-, Logo
kurzlockig; wirr, ungeordnet			Knoblauchsoße						Eskorte				
3. Altranne													
Magisch: 1. fidele, 2. Admiral, 7. Melodien – Neumond													
5. Pantoffel, 6. Aufnahme, der 3. Burgunder, 4. Blumenchen, Mittelwörterrätsel: 1. Finten, 2. Schlen-													
LINDAU RE	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K	ON K
PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL	PREIS TAFEL
Schüttelrätsel:													
So ist's richtig:													
engstirnig, eingebildet	das Ich (lateinisch)	linker Nebenfluss des Neckars	Schwertwal	Lichtspieltheater	hochbeigab und schöpferisch	vergangen, passé	altblasinstrument	Senke vulkanischen Ursprungs	italienisch: Liebe	schmelzen (Schnee)	Körnerfrucht		
Anzeigenaufgeber													
Schichtnutzbarer Mineralien													

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

der Kreisgemeinschaft Johannesburg e.V. in die Heimatdörfer und Städte um die Hilfsbeiträge der „Bruderhilfe“ auszusuchen. Die Hilfe wurde von der Kreisgemeinschaft erheblich aufgestockt, um bei den Empfängern wirklich etwas zu bewirken.

Wieder hat der Kassenverwalter Günter Woyzechowski alles geplant und vorbereitet, man kann wohl sagen „generalstabsmäßig“, vielen Dank. Unter der Führung von erfahrenen Kräften wie Detlef Liedtke und Gerhard Boesler, ergänzt durch Klaus Downar wurden fast 100 Bedürftige aus der Deutschen Minderheit mit Hilfe bedacht.

Sehr dankbar und voller Hoffen auf Besserung der Lebensverhältnisse gaben sich die Menschen offen und zugetan. Nicht nur, dass die Lebensbasis auf niedriger Stufe steht, nein, auch notwendige Medikamente sind kaum zu bekommen und wenn, zu sehr hohen Preisen, die nicht aufzubringen sind. Auch hier wird weitere Hilfe notwendig werden. Die Thematik, die Anblicke und Schicksale dieser Menschen lassen einen auf lange Zeit nicht los.

Die „Mannschaft“ des Deutschen Freundeskreises ROSCH war wie immer unterstützend zur Stelle: Unter Leitung von Vorstand Ditmar Leymanczyk konnte manches angesprochene Problem

gelöst werden. Der Verein ROSCH in Johannesburg ist für die Deutsche Minderheit ein verlässlicher Partner, der inzwischen im respektablen Rahmen Hilfsgüter bewegt.

Das Betreuungsteam der Kreisgemeinschaft Johannesburg konnte ein verstorbenes Mitglied auf dem letzten Weg begleiten. Immer wieder erkennt man bei solchen Gelegenheiten, was Völkerverständigung wirklich bedeuten kann.

Mit großem Respekt und Anerkennung konnte das Team die Behinderteneinrichtung von Pastor Pisz in Johannesburg kennenlernen, die als Tagesstätte geführt wird. Ein großes Vorhaben ist gelungen und sucht wohl landesweit seinesgleichen. In der Einrichtung sieht man, wo Hilfe auch im höchsten Maße umgesetzt wurde. Die behinderten Mitmenschen machten einen glücklichen Eindruck und es herrschte eine wohlthuende Freundlichkeit.

Außer persönlichen Besuchen bei Landrat und Bürgermeister mit ernsthaft diskutierten Themen konnte auch Frau Mira Kreska zum 93. Geburtstag Glückwünsche überbracht werden. Leider geht es Mira Kreska nicht gut.

Wichtig war die Besichtigung des Gedenkfriedhofes mit Friedenskapelle, hier konnten einige Dinge dokumentiert werden, die in einem persönlichen Gespräch mit dem Bürgermeister von Johannesburg diskutiert werden mussten. Es kam zu einer Einigung, sodass bis Ende März 2020

die erforderlichen Maßnahmen zur Behebung der Schäden beginnen werden.

Eine „Inspektionsfahrt“ in die heimatlichen Dörfer um die Gedenksteine zu dokumentieren und Pflegearbeiten zu ergänzen, brachte viele neue Eindrücke und Ideen für künftige Erhaltungsmöglichkeiten.

Beeindruckt von dem Erlebten bei den bedürftigen Menschen, deren Sorgen und Nöte, voller Gedanken über Wege Hilfe zu organisieren und Schicksale erträglicher zu gestalten, ging es auf die Heimreise mit dem festen Vorsatz, weiter zu helfen.

Klaus Downar



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313.
Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Frühjahrestreffen der
Mittleren Generation

Freitag, 27. bis Sonntag, 29. März 2020 in Göttingen (Hotel Rennschuh)

Tagungsinhalte sind unter anderem: Bildpräsentation, Zukunftsgestaltung der Gruppe,

Vortrag Christopher Spatz, sowie Familiengeschichtsforschung. Anmeldungen schriftlich oder per E-Mail bis zum 1. Februar 2020 an Dieter-J. Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, (dczudno@kabelmail.de). Detaillierte Informationen unter Internet: www.kreis-lyck.de (Mittlere Generation).

SCHLOSSBERG
(PILKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Fahrt mit
Hindernissen

Da die Gruppe, die eigentlich Spenden in das Königsberger Gebiet bringen wollte, an zwei Grenzübergängen nicht einreisen durfte, gab es stattdessen eine Fahrt durch Masuren und das Memelland (siehe PAZ 44/2019):

Zunächst ging es nach Nikolaiken und wir erlebten eine tolle Schiffsreise auf dem Spirdingsee. Das Wetter zeigte sich von seiner besten Seite. Unser nächstes Tagesziel war Krutinnen. Hier konnten wir beim Staaken die Ruhe auf der Krutinna genießen.

Weiter fuhren wir Richtung Litauen. Das nächste Zwischenziel hieß Neustadt. Dieses war bis 1945 auf litauischer Seite die gegenüberliegende Stadt der östlichsten Stadt Deutschlands, Schirwindt. Leider ist diese Stadt nun auf russischer Seite ganz verschwunden. Auf litauischer Seite gibt es hier ein Museum, welches an die Stadt Schirwindt erinnert, die „Schirwindter Stube“. Dieses Museum wollten wir uns eigentlich ansehen. Leider war die Museumsleiterin nicht zu Hause. Unsere beiden DRK-Fahrzeuge fielen einer Litauerin in der Nähe des Museums auf. Sie sprach uns an und lud uns alle spontan zu einem kleinen Imbiss ein. Die alleinlebende Frau erzählte uns von ihrem schweren Schicksal, denn sie erfuhr einen Tag zuvor nach einer Untersuchung, dass sie an Krebs erkrankt sei.

Einige von unserer Gruppe suchten noch den früheren Grenzübergang an der Brücke über die Scheschuppe und den Schirwindter Weg. Es war schon ein bedrückendes Gefühl, wenn man bedenkt, dass bis vor etwa fünfundsiebzig Jahren hier reger Grenzverkehr zwischen Schirwindt und Neustadt, meint: Deutschland und Litauen herrschte. Nun ist alles mit Stacheldraht verbarrikadiert.

Die Reise führte über den kleinen Fischerort Ruß nach Memel. Leider wurden wir dort mit Regen empfangen. Einen Altstadtbummel haben wir am Abend aber dann doch noch gemacht und ein

Foto vor dem Ännchen-von-Thaurau-Denkmal vor dem Stadttheater durfte natürlich nicht fehlen. Am letzten Tag in Litauen fuhren wir auf die Kurische Nehrung Richtung Nidden. Dieser Ort beeindruckt natürlich durch die renovierten Fischerhäuser und auch die Kurenwimpel. Eine Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses war auch sehr interessant. Der Rückweg in die größte Hafenstadt des Memellandes führte uns über Schwarzort, wo wir noch einmal das Rauschen des Haffes genießen konnten. Abends ging es dann mit der Fähre nach Kiel.

Norbert Schattauer

Zentrum gegen Vertreibungen

„Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ im Heimathaus Traunreut e.V., Johann-Hinrich-Wichern-Straße 5, 83301 Traunreut, bis 12. November

„Angekommen, Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, Volkshochschule (VHS) Lippstadt, Barthstraße 2, 59557 Lippstadt, bis 3. Dezember

„In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941–1955“, Berufliche Schulen des Kreises Herzogtum Lauenburg, Kerscheneisterstraße 2, 23879 Mölln, bis 22. November

Plädoyer für eine deutsch-russische Partnerschaft

Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum lud ins Landesmuseum zu einem Vortrag Wladimir Gilmanows von der Kant-Universität

Der Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. hatte einmal wieder nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum geladen, und wieder waren viele dem Ruf gefolgt. Das mit rund 90 Besucherplätzen bestuhnte Foyer war gefüllt, darunter auch viele Mitglieder des gastgebenden Fördererkreises, dessen turnusmäßige Mitgliederversammlung mit dem Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Jahr 2018/2019 unmittelbar zuvor ebenfalls in den Räumlichkeiten des Museums stattgefunden hatte.

Gewohnt groß wie der Zuspruch war auch wieder das Rahmenprogramm. Entsprechend dem Vereinsnamen „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum“ sorgten die Böhmscholer Jagdhornbläser in gewohnter Manier für einen eindrucksvollen und stimmungsvollen musikalischen Rahmen. Mit 15 Personen waren sie angerückt, was zu einem vollen Sound führte. Die Stücke und Signale „Fürstengruß“, „Auf, auf zum fröhlichen Jagen“, „Ein Jäger aus Kurpfalz“, „Hubertusmarsch“, „St. Hubertussignal“, „Aufbruch zur Jagd“, „Elch tot“, „Jagd vorbei, Halali“, „Hegewaldfanfare“, „Deiner Söhne Land im Osten“, „Ännchen von Thaurau“, „Land der dunklen Wälder“ und „Auf Wiedersehen“ standen auf dem Programm. Auf Wunsch des Gastgebers trugen die Bläser zusätzlich noch das „Ostpreußische Reiterlied“ mit der Melodie des Volksliedes „Prinz Eugen, der edle Ritter“ vor.

In ihrer Begrüßung schlug Barbara Loeffke als Vorsitzende des gastgebenden Fördererkreises den Bogen vom Redner dieser Vortragsveranstaltung, dem Germanistikprofessor an der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität Wladimir Gilmanow, zum Hausherrn, dem Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums Joachim Mähner. Letzterer lobte anschließend seine Vordrängerin für die in der Tat emotionale Einführung, um dann in



Stieß mit seinem Werben auf seelenverwandte Zuhörer: Wladimir Gilmanow bei seinem Vortrag

seinen weiteren Ausführungen ein Resümee nach dem ersten Jahr seit der Neueröffnung seines Hauses zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu werfen. Nicht ohne Freude und mit Dank an sein Team berichtete der gut gelaunte wirkende Museumsdirektor von hohen Besucherzahlen und dem Besuch eines Staatschefs, des lettischen Präsidenten Raimonds Vejonis, im Februar dieses Jahres. Was die Zukunft angeht, verwies er auf etwa 700 Quadratmeter zusätzliche Ausstellungsfläche, vorrangig zur Würdigung des wohl bekanntesten Ostpreußen Immanuel Kant, deren Fertigstellung bis 2024 geplant ist.

Nachdem Loeffkes Stellvertreter Karsten Uffhausen einen Gruß des seit 2009 direkt gewählten christdemokratischen Bundestagsabgeordneten Eckhard Pöls ausgerichtet und einen an Loeffke

gerichteten Brief des Vorsitzenden der Freunde des Ostpreußischen Landesmuseums, Rolf-Dieter Carl, vorlesen hatte, trat der Vortragende dieses Abends zu seinem mit wenigen, aber stimmungsvollen, Bildern unterstützten Referat „Deutschland und Russland: Eine Schicksalsgemeinschaft und die Zukunft“ an das Mikrofon.

Es gibt eine interessante Parallele zwischen Frankreich und Deutschland. Beide empfinden sich als vergleichsweise rational und vernunftgeleitet, während der große Nachbar im Osten – im Falle Frankreichs die Deutschen, im Falle Deutschlands die Russen – als ungleich stärker von Mystik, Irrationalität und Emotionalität geprägt erscheint, wovon man sich mal angezogen und mal abgestoßen fühlt. Hieran konnten sich deutsche Zuhörer erinnert

fühlen, wenn Sie an jenem Oktoberabend im Ostpreußischen Landesmuseum Gilmanows Worten lauschten. In ihnen ging es nämlich weniger um Wissen und harte Fakten als um Glauben und Seele. Bereits im ersten Satz

sprach Gilmanow von Russland als einem „geistig-historischen Geheimnis“, bereits im zweiten Satz zitierte er das Bonmot des russischen Dichters und Diplomaten Fjodor Iwanowitsch Tjutschew aus dem Jahre 1866: Verstehen kann man Russland nicht, und auch nicht messen mit Verstand. Es hat sein eigenes Gesicht. Nur glauben kann man an das Land.

Für den Garanten des „Glaubens an die ewigen menschenverbindenden Werte“ hält Gilmanow explizit „vor allem Wladimir Putin“. Es folgte ein Plädoyer für den russischen Staatenlenker, das in seiner Klarheit angesichts des Kampfes gegen Putin (und Russland) in Politik und Leitmedien der Bundesrepublik aufhorchen lässt: „... ihm Arglist, Machtgier, politische Gemeinheit, Heuchelei und so weiter vorzuzwerfen, wäre auf keinen Fall realistisch. Er ist ein Mann und ein Politiker einer dramatischen Transformationsepoche der russischen Geschichte mit allem Pro und Contra der russischen Anthropologie. Er ist aber ein Mann des Mutes und der Verantwortung. Er sucht, sein Land lieben zu lernen, was auch in seinem großen Mitleid mit zahlreichen Leidenden zu sehen ist. Er weiß die heutigen Probleme treffend zu benennen – die noch anhaltende technische Rückständigkeit der Industrie, mehrere Beispiele der Willkür und Korruption

in der Bürokratie und so weiter. Er sucht eine solidarische, moralisch orientierte Gesellschaft entwickeln zu helfen, auch zum Vorteil des gesamten Europas, dessen Vision – das Europa von der Atlantis bis Wladiwostok – er teilt. Es sei auch betont, dass nach dem Mord des letzten russischen Zaren Nikolaus II. Wladimir Putin der erste russische Leiter in der neusten Staatsgeschichte ist, der ein rechtgläubiger Christ ist ... Es lohnt sich auf keinen Fall, den Glauben an Russland aufzugeben ...“

Noch mehr als für Putin warb Gilmanow in seinem Vortrag für eine deutsch-russische Verständigung. Er leidet erkennbar unter der Diskrepanz zwischen dem, was angesichts der von ihm konstatierten „bemerkenswerten existenziellen megahistorischen Wahlverwandtschaft zwischen Deutschen und Russen“ möglich wäre, und dem, was gegenwärtig Realität ist: „Nie in der Nachkriegszeit war das geistig-historische, anders formuliert – das metahistorisch hermeneutische Verhältnis Deutschlands zu Russland so schlecht wie heute.“

Bescheiden führte der Russe aus, dass sein Land viel mehr von deutschen Kulturideen beeinflusst gewesen sei als umgekehrt. Aber er ließ doch klar erkennen, auf welcher Seite er primär die Ursache für die Diskrepanz zwischen Möglichem und Status quo sieht: „Wer hat die EU-Idee, wenn schon nicht verraten, dann irreführend? – Russland, das nach der Rede Wladimir Putins in München 2007 gegen das amerikanische Modell der einpolaren Weltarchitektur zu wirken begann? Oder Deutschland, das allem Anschein nach dieses Modell of the end of history and the last von Francis Fukuyama anzunehmen scheint?“

Das deutsche Publikum dankte dem russischen Gast dessen Plädoyer für eine Verständigung zwischen ihren beiden Nationen an jenem Abend im Museum mit großem, lang anhaltendem Applaus. Manuel Ruoff



Mit Interesse bei der Sache: Das zahlreich erschienene Publikum

LO kann auf positive Entwicklungen blicken

Ostpreußische Landesvertretung 2019 mit Vorstandswahlen – Erfreuliche Verjüngung bei Kreisgemeinschaften und Landesgruppen

Vom 2. bis 3. November tagte die Ostpreußische Landesvertretung (OLV), die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren oberstes Beschlussorgan, das für die Bestimmung der Leitlinien, grundsätzliche Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Austragungsort der Jahreshauptversammlung der LO war wie in den vergangenen Jahren das Internationale Evangelische Tagungszentrum „Auf dem Heiligen Berg“ in Wuppertal.

Neben Routineangelegenheiten wie der Entgegennahme der Rechenschaftsberichte, der Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung des Jahresberichtes und der Jahresabrechnung für das Jahr 2018 standen die Neuwahlen des Vorstandes auf der Tagesordnung der diesjährigen OLV.

Nach der Begrüßung durch den LO-Sprecher Stephan Grigat und der Totenehrung sorgte Dawid Banach, evangelischer Pfarrer in Suwalki und Goldap, für nachdenkliches Schweigen. Er erinnerte an die Bedeutung des Glaubens für die Menschen in Ostpreußen. Der Glaube habe den Ostpreußen in Zeiten von Seuchen und Kriegen, Hunger und Not Orientierung gegeben und Trost gespendet. Die heimatverbliebenen Ostpreußen hätten zwar ihr Vaterland verloren, aber nicht ihren Glauben.

Zu den angenehmen Pflichten eines Vereinsvorsitzenden gehören Ehrungen. Der langjährige Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Bartenstein, Christian v. der Groeben, erhielt aus den Händen des Sprechers für seine hervorragenden Verdienste um Heimat und Vaterland das Goldene Ehrenzeichen (siehe Laudatio).

In seinem Tätigkeitsbericht informierte LO-Sprecher Stephan

Grigat berichtete von erfolgreichen Veranstaltungen

Grigat über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Vertretern von Institutionen sowohl hierzulande als auch in Ostpreußen und über seine Tätigkeit im Beirat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Er betonte die enge Verbindung der LO zu parlamentarischen Vertretern, kommunalen Einrichtungen und Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und im dreigeteilten Ostpreußen. Grigat führte aus, dass die LO im südlichen Ostpreußen als Gesprächspartner ein akzeptierter und geschätzter Partner ist. Beleg hierfür ist die erfolgreiche Durchführung des 12. Kommunalpolitischen Kongresses (19. bis 20. Oktober) in Allenstein unter Beteiligung des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, sowie zahlreichen polnischen Vertretern, darunter der Sejm-Abgeordnete Ryszard Galla, und die zahlreichen politischen Gespräche, die er im Anschluss an den Kongress zusammen mit Bernd Fabritius geführt habe, darunter das Zusammentreffen mit dem Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gustaw Marek Brzezina.

Deutlich trat Grigat der Annahme entgegen, es gäbe in der LO vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Abwärtstendenzen. Besonders erfreut zeigte sich der LO-Sprecher, dass bei zahlreichen kooperativen Mitgliedern eine Verjün-



Eindrücke von der diesjährigen OLV in Wuppertal: Ulf Püstow, Tobias Link, Dr. Sebastian Husen, Friedrich-Wilhelm Böld, Stephan Grigat, Brigitte Stramm und Hans-Jörg Froese (o.v.l.) gehören dem neuen Vorstand an. LO-Sprecher Stephan Grigat (l.) trägt seinen Bericht über die Aktivitäten der LO im vergangenen Jahr vor. Die teilnehmenden Kreisvertreter hören den Berichten der Mitglieder des bisherigen Vorstands aufmerksam zu (r.).

gung der Vorsitzenden festzustellen ist. Diese gilt für die KG Allenstein-Land, Angerburg, Insterburg, Königsberg-Land und Ortelsburg sowie für die Landesgruppe Bayern.

Weiter erwähnte Grigat die zahlreichen Veranstaltungen, welche die LO durchgeführt hat und die ein Beleg für die Vitalität, Lebenskraft und Gestaltungswillen des Verbandes seien. Hierzu zählen das Deutsch-Russische Forum in Insterburg, das Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg mit über 1000 Teilnehmern, die Arbeitstagung für Kreisvertreter und für Landesgruppenvorsitzende, die Arbeitstagung für deutsche Vereine in Sensburg, Werkwochen, Kultur- und Geschichtsseminare, sowie Schülerfahrten von polnischen und litauischen Schulklassen nach Bayern. Auch das LO-Verbindungsbüro in Allenstein führte eine Reihe von Veranstaltungen wie das Frühlingsseminar für die mittlere Generation der Deutschen Minderheit, eine Sommerolympiade für Jugendliche sowie ein Volkstanzseminar für Kinder durch.

Der Sprecher beendete seinen Bericht mit einem Appell an die Geschlossenheit des Verbandes, die auch im Vergleich zu anderen Landsmannschaften Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung der LO in den vergangenen 70 Jahren ist.

Der Bericht des Sprechers wurde vom Plenum ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO und des Bundes Junges Ostpreußen zustimmend zur Kenntnis genommen. Gleiches galt für den Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters. Danach waren die Entlastung des

Vorstandes und die Genehmigung der Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2020 nur noch eine reine Formsache.

Die Neuwahl des Vorstandes brachte keine Überraschungen und lieferte einen überzeugenden Vertrauensbeweis in die bisherige Führung: Alle Vorstandsmitglieder, die sich erneut zur Wahl stellten, wurden mit einer klaren Mehrheit im Amt bestätigt. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen bleibt Stephan Grigat, Stellvertretender Sprecher Hans-Jörg Froese und Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld. Als weitere Bundesvorstandsmitglieder wurden Brigitte Stramm, Tobias Link und Ulf Püstow gewählt. Grigat bedankte sich bei den Bundesvorstandsmitgliedern Wolfgang Thüne, Uta Lüttich und Dieter Chilla, die nicht wieder kandidiert haben, für ihren bisherigen Einsatz.

Die Ostpreußische Landesvertretung hat durch ihren harmonischen Verlauf, sachliche und konstruktive Diskussionen sowie Geschlossenheit bei den Abstimmungen gezeigt, dass es ihr stets um die Sache geht: Wirken für Ostpreußen. In seinem Schlusswort betonte Grigat, dass die LO auf Dauer angelegt sei. Die LO werde die Geschichte und Kultur Ostpreußens auch künftig bewahren und weitertragen.

Edyta Gladkowska

Christian v. der Groeben für vielfältigen Einsatz ausgezeichnet

Christian von der Groeben wurde am 31. Oktober 1940 in der ostpreußischen Metropole Königsberg geboren und verbrachte die frühen Kinderjahre auf dem elterlichen Gut in Paßlack im Landkreis Bartenstein. Gemeinsam mit seiner Mutter und den Schwestern floh er Ende 1944 bis nach Pommern und 1946 weiter nach Westdeutschland. Der kriegsversehrte Vater ist 1945 auf dem Transport in den Ural verstorben.

Nicht von ungefähr wurde Christian von der Groeben Berufsoffizier. Er diente von 1962 bis 1983 bei den Panzertruppen in Augustdorf und bei der Technischen Truppe in Tauberbischofsheim. Im Anschluss daran wurde er in der Kommune Großrinderfeld in Baden-Württemberg zum Bürgermeister gewählt. Dieses Amt übte er vom 22. Juli 1983 bis zum 22. Juli 1999 erfolgreich aus. Nach zwei Amtszeiten endete seine dortige Zeit als Verwaltungschef.

In seinem Ruhestand stellte sich Christian von der Groeben ganz in den Dienst der ostpreußischen Sache. Seit seiner Wahl zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Bartenstein im Jahre 2004 investiert er viel Zeit und



Goldenes Ehrenzeichen: LO-Sprecher zeichnet v.d. Groeben aus

Kraft in den Dienst für seine Heimat. Bei den Reisen nach Ostpreußen hält er Verbindungen zu den Mitgliedern der Deutschen Minderheit sowie zu den Bürgermeistern und anderen Behörden des Heimatkreises. Auch die Weihe der Gedenkstätte in Maxkeim konnte er als seinen Erfolg verbuchen.

Zudem möchte Christian von der Groeben den Menschen, unter denen er seit Jahrzehnten in Süddeutschland lebt, seine ostpreußische Heimat näherbringen. Diesem Ziel diente zum Beispiel eine Reise mit rotarischen Freunden durch das südliche Ostpreußen. Auch für die Landsmannschaft Ostpreußen

arbeitet Christian von der Groeben seit vielen Jahren erfolgreich im Ehrenamt: Im Königsberger Gebiet ist er Verbindungsmann zu staatlichen Einrichtungen wie dem Staatsarchiv in Königsberg und dem früheren Deutsch-Russischen Haus, in dessen Vorgarten er zeitweise ein Epitaph der Familie von der Groeben aufstellen konnte. Vor Ort unterstützt er bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Deutsch-Russischen Forums „Zukunft braucht Vergangenheit“, das seit 2008 eines der „Leuchtturmprojekte“ in der grenzüberschreitenden Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen ist. Seit 2013 ist Christian von der Groeben zudem Vorsitzender des Prüfungsausschusses der LO.

Bereits 2017 wurde Christian von der Groeben von der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Ehrenzeichen ausgezeichnet.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Christian von der Groeben das Goldene Ehrenzeichen. P.W.

Johannes Bugenhagen – bedeutender Reformator

Unvergessen in Pommern und Niedersachsen



Bugenhagen-Denkmal vor der St. Ulrici-Brüderkirche in Braunschweig (Kluszczewski)

am 24. Juni, dem Johannistag, das Licht der Welt im pommerschen Städtchen Wollin erblickte. Im heutigen polnischen Wolin findet man ein Holzrelief an einer Hauswand an der Stelle, wo einst sein Geburtshaus stand. Wollin wurde am Ende des 2. Weltkrieges 1945 zu 90 % zerstört.

In Stettin blieb die Bugenhagen-Kirche am Hohenzollernplatz erhalten, wird aber jetzt als katholische Garnisonskirche genutzt. Es ist eine Backsteinkirche, die 1909 im neugotischen Stil erbaut wurde. Braunschweigs Bugenhagen-Kirche stammt aus dem Jahr 1936. Doch bedachte die Löwenstadt den Reformator schon 1902 mit einem Denkmal an der St. Ulrici-Brüderkirche. Hildesheim ehrte ihn 1995 mit einem Denkmalbrunnen auf dem Kirchplatz der St. Andreas-Kirche. In dieser Stadt führte Bugenhagen am 1.9.1542 die Reformation ein. Der Brunnen würde durch seine leicht verständliche Symbolik in

jede Stadt passen, die Johannes Bugenhagen aufsuchte, um Luthers reformatorisches Gedankengut zu institutionalisieren und damit zu verankern.

Der Leuchtkopf trägt statt einer Kerze ein Kruzifix. In der Säule des Leuchters sind Plastiken mit biblischen Szenen vom Künstler Ulrich Henn eingebaut worden. Im Leuchterfuß wird auf Medallions der Dienst der christlichen Gemeinde und Kirche mit Predigt, Taufe und Abendmahl dargestellt.

Wer den Lebenslauf von Johannes Bugenhagen verfolgt weiß, warum gerade diese niedersächsischen Städte seiner gedenken.

Johannes Bugenhagen wurde am 24. Juni 1485 im pommerschen Städtchen Wollin an der Dievenow geboren. Nach einem Studium in Greifswald wurde er 1504 Rektor an der Stadtschule in Treptow in Pommern und 1517 durch den Abt von Belbuck Lektor für Bibel und Kirchenväter. Erst 1520 hörte er von Lu-

ther über dessen Werk „Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche“. Daraufhin begab er sich zum weiteren Studium nach Wittenberg, wo er bald als Universitätslehrer tätig war. Ab 1523 amtierte er als Stadtpfarrer in Wittenberg. Luther vertraute ihm rückhaltlos. Erst 1533 promovierte Bugenhagen zum Doktor der Theologie. Und wurde zum Professor berufen.

Während seines Bemühens um die Reformation in Hamburg, Lübeck, Braunschweig, Hildesheim, Pommern und Dänemark übersetzte er die Bibel ins Plattdeutsche. Sie wurde 1534 in Lübeck herausgegeben. Seine Hauptleistung während der Reformationszeit wird aber immer die Ausarbeitung und Einführung der neuen, evangelischen Kirchenordnungen einschließlich der Regeln für das Schulwesen bleiben, ausgehend von Braunschweig 1528, weiter in Hamburg 1529, in Lübeck 1530, im damals dänischen Schleswig-

Holstein 1532, in Pommern 1534 und in Dänemark 1537.

Seit 1539 bekleidete Bugenhagen das Amt eines Generalsuperintendenten des sächsischen Kurkreises Wittenberg. Er starb am 20. April 1558 in Wittenberg. Sein Grabstein befindet sich in der dortigen Stadtkirche.

In Braunschweig hielt sich Johannes Bugenhagen 1528 von Mai bis Oktober auf. Er predigte dreimal wöchentlich in der Brüdern-Kirche und brachte den Kirchenbesuchern das lutherische Bekenntnis nahe, was aussagt, dass das Wort Gottes zu verkündigen sei, und die Sakramente so verwaltet werden müssten, wie Jesus selbst sie eingesetzt hat. „In der Liebe Christi bezeugen wir Gottes Wirken“.

Kirchenbauten und Denkmäler bezeugen bis heute, dass Johannes Bugenhagen unvergessen blieb.

Brigitte Kluszczewski



Foto: Arnold Plesse

Der Bugenhagenbrunnen auf dem Andreasplatz in Hildesheim, geschaffen von Ulrich Henn, eingeweiht am Pfingstsonntag 1995.

Frohe Stunden in der Heimat

Besuch bei der Deutschen Volksgruppe in Lauenburg

Es braucht schon einen besonderen Anlass, sich für einen Termin von nur zwei Stunden auf die weite Reise von Greifswald in Vorpommern nach Lauenburg in Hinterpommern (heute Lębork) zu begeben. Zu dieser Fahrt entschloss sich der Vorsitzende des Pommernkonvents (siehe auch PAZ Nr. 37) Dr. Christoph Ehrlich. Seit seiner Wahl als Nachfolger von Dr. Rita Scheller und Ingrid Saenger, die leider viel zu früh starb, bemüht er sich intensiv vor allem um die Kontakte zu den örtlichen Gruppen der Sozial-Kulturellen Gesellschaft deutscher Minderheit im polnischen Hinterpommern.

Inzwischen bestehen feste Verbindungen mit den entsprechenden Gruppen in Stargard, Köslin, Stolp und Rummelsburg. Nur zu Lauenburg/Pommern fehlte bisher eine Verbindung. Also bat er Landsmann Horst Zander, jahrzehntelanger Freund des Pommernkonvents und seit 1995 Mitglied in der Minderheiten-Ortsgruppe Lauenburg/Pommern, um eine Zusammenkunft mit Vorstand und Mitgliedern. Diesen Wunsch nahm die langjährige Vorsitzende der Lauenburger Gruppe, Lucyna Wozniak, erfreut und gern auf.

So gelang es ihr und ihrer Stellvertreterin Jolanta Kostuch innerhalb weniger Tage fast 20 Mitglieder für eine Zusammenkunft an einem Sonnabendnachmittag zu aktivieren. Dr. Christoph Ehrlich, begleitet von seiner Ehefrau Ingelore, ebenso Pastorin wie er, wurde mit besonderer Freude im Versamm-

lungsraum der Ortsgruppe Lauenburg/Pommern begrüßt.

Nach vielen zwanglosen Gesprächen schlug Christoph Ehrlich vor, es mögen sich alle Anwesenden mit einigen Worten aus dem jeweiligen

Lebenslauf vorstellen. Einverstanden waren damit alle, und so begann er als Erster.

Bemerkenswert ist, dass es unter den 24 Teilnehmern dieser Zusammenkunft nur zwei jüngere Perso-

nen gab, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschten und nachbarliche Hilfe in Anspruch nahmen.

Der Vorsitzende des Pommernkonvents dankte auch dafür, dass er in dieser Runde ein weiteres Vor-

standsmitglied kennenlernte, nämlich die Schatzmeisterin Małgorzata Konkel. Die Vorsitzende Lucyna bedauerte bei dieser besonderen Gelegenheit, dass aus der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren

kein öffentlicher Kontakt mehr zu ihrer Gruppe besteht. Der sei mit dem Aufhören von Rita Schellers Tätigkeit leider erloschen.

Aufgelockert wurde das Zusammensein der Deutschstämmigen und ihrer polnischen Partner durch den Vorschlag von Christoph Ehrlich: „Lasst uns gemeinsam singen.“ Schnell lagen die hektographierten Liedersammlungen auf dem Tisch, und alle sangen gemeinsam deutsche Volkslieder: Am Brunnen vor dem Tore, Ein Jäger aus Kurpfalz, Lasst doch der Jugend ihren Lauf, Wo die Ostseewellen trecken an den Strand, Kein schöner Land – und viele andere mehr. Den Abschluss bildete auch bei dieser außergewöhnlichen Zusammenkunft das Pommernlied „Wenn in stiller Stunde“.

Konventsvorsitzender Dr. Christoph Ehrlich dankte für diesen frohen Nachmittag und die Aufgeschlossenheit der Mitglieder. Er versprach, nach Möglichkeit die deutsch-polnische Gruppe Lauenburg in Hinterpommern öfter zu besuchen.

Da dies sein und seiner Frau erster Besuch in dieser einst östlichsten pommerschen Kreisstadt des Deutschen Reichs war, nahmen beide die Gelegenheit wahr, und ließen sich von dem hier heimischen Ehepaar Zander durch die historische Altstadt von Lauenburg/Pommern führen. Der sonnige Herbsttag lud dazu regelrecht ein.

Horst Zander, Schimmerwitz Wald



Erinnerung an einen besonderen Nachmittag: Mitglieder der deutsch-polnischen Gruppe zu Lauenburg/Pommern mit Dr. Christoph Ehrlich (ganz links, stehend)

Foto: Lydia Zander

Aktuelle Veranstaltung im Pommerschen Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald • www.pommersches-landesmuseum.de

DIENSTAG, 12.11. – 18:00 Uhr
BAUSTEINE ZUR
LANDESGESCHICHTE

Bauhaus aus Backstein?! –
Die „andere Moderne“ in
Nordostdeutschland 1918-1939

Prof. Dr. Rafał Makafa (Stettin/
Berlin)
Eintritt 3,50 €

2019 feiert man in der ganzen Welt das Jahrhundert-Jubiläum des BAUHAUS. Tatsächlich war die Dessauer Schule von großer Bedeutung für die Kunst im 20. Jahrhundert. Dennoch war es nicht die einzige Keimzelle der Moderne. Der Vortrag widmet sich einem der Bereiche, in denen recht interessante, doch heute viel weniger bekannte Ideen realisiert wurden – nicht selten in Bezug auf das Bauhaus, doch oft auch als eine alternative oder sogar konkurrierende Vision der neuen Kunst. Das betrifft auch Norddeutschland, die Küstenregion von Friesland bis Ostpreußen, in der versucht wurde, das Neue Bauen mit der regionalen Spezifik zu verbinden. Das resultierte u. a. in der Entstehung einer sehr interessanten, anspruchsvollen und nicht selten innovativen Architektur, die v. a. einen Bezug auf den Backsteinbau nahm. Durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges verschwand jene Architektur weitgehend aus dem allgemeinen Blickfeld – nicht selten auch materiell. Dennoch lässt sich heute dank der Arbeit mehrerer Forscher das Bild jener Architektur in seiner Vielfältigkeit weitgehend zeigen.

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst und der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg



(Foto: Pommersches Landesmuseum)

Beispiel: Die Kreuzkirche in Stettin

Ende der Euphorie

Zu: 1989: Nach dem 9. Oktober gab es kein Zurück mehr (Nr. 41)

Vor 30 Jahren wurde die Mauer auf friedliche Weise überwunden. Die Teilung Deutschlands war unmenschlich und verursachte tiefe Wunden auch im ganz persönlichen Bereich, Familien wurden auseinandergerissen, besonders in Berlin.

Welche Erleichterung und echte Freude kam auf, als die ersten Ostberliner an der Bornholmer Straße die Grenze noch nachts passieren konnten? Das vorherrschende Schlagwort war „Wahnsinn“. Das alles war möglich, weil kein einziger Schuss fiel, die Grenzsoldaten und sowjetischen Truppen nicht eingriffen. Eine Sternstunde in der deutschen Geschichte, dank des klugen Staatsmannes Gorbatschow!

Wo ist diese Euphorie von damals geblieben? Der „Kalte Krieg“ war vorbei, und wir waren unglaublich erleichtert. Was ist nun heute? Hat man die Chance einer weitestentspannung genutzt? Erich Kästner, der scharfsinnige Kritiker seiner Zeit, spricht vom „Welttheater“. Seine Gedichte sind treffend und zeitlos.

Wie ist der heutige Stand? Es wird wieder aufgerüstet. China ist die neue Supermacht und demonstrierte kürzlich seine Stärke.

Sind wir inzwischen ein „einig Vaterland“ geworden? Das muss jeder für sich beantworten. Für mich hat es damals Kanzler Willy Brandt treffend ausgedrückt: „Nun wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Es geht dabei nicht nur um Ökonomie, vielmehr um die Bewahrung der Natur als unserer Lebensgrundlage.

Fragen wie der Klimawandel sind jetzt zu globalen Aufgaben geworden. **Wolfgang Hornuff, Berlin**



Das Gedenken wird schamlos missbraucht: Der Eingang zur Synagoge in Halle Bild: imago images/epd

Nach Halle werden Sündenböcke gesucht

Zu: Berlin und Halle (Nr. 42)

In Deutschland ist man sehr schnell dabei, das Wort Hass zu verwenden. Genauso schnell ist man dabei zu verkünden: Das ist ein Feind. Dieses ist eine ganz gefährliche Entwicklung. Wenn zehn Menschen diskutieren, neun zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen und einer eine andere Meinung hat, dann ist ein neuer Feind geboren. Die Morde von Halle sind durch nichts zu entschuldigen. „Der wahre Feind ist der Hass. Egal gegen wen ...“, so die jüdische Gemeinde Halle.

Hass ist immer eine schlechte Begründung, wenn man gegen etwas ist. Diese Aussage ist mir zu pauschal. Es ist leider so, dass es, soweit es die Juden betrifft, schon immer Menschen gab und gibt, die sie hassen. Aber Vorsicht mit pauschalen Aussagen. Viele Men-

schen in Deutschland machen keinen Unterschied mehr zwischen Hass/Feindlichkeit und Vorbehalte/Bedenken.

Wenn Politiker, im Zusammenhang mit dem Anschlag in Halle, von geistiger Schuld der AfD sprechen oder Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet dazu auffordert, die AfD „bis aufs Messer“ zu bekämpfen, dann ist das schon keine andere Meinung mehr, sondern Hass/Feindlichkeit.

Natürlich gibt es in der AfD Kräfte, die sich von solchen Anschlägen nicht eindeutig distanzieren. Das macht diese Partei aber nicht pauschal zum Sündenbock. Dass diese Partei heute da ist, wo sie ist, haben die sogenannten etablierten Parteien zu verantworten.

Wenn der Autor Chaim Noll von muslimischem (nicht alle) Ju-

denhass auf deutschen Schulhöfen spricht, dann ist das sicher richtig. Aber der findet doch nicht nur auf Schulhöfen statt.

Es gibt aber auch muslimischen Christenhass (nicht pauschal) in Deutschland. Noch hält sich dieser Hass in „Grenzen“. Aber Angriffe auf Kirchen oder Entwendungen von christlichen Symbolen sind der Anfang.

Deutschland lässt also nicht nur zu, dass Juden verächtliche Wesen sind, sondern das gilt für Christen genauso. Warum Herr Noll nur junge Muslime anspricht, die ungestraft Juden angreifen, ist mir unverständlich. Dass es deutsche Nachahmer gibt, ist doch nicht wirklich verwunderlich. Nur diese werden anders behandelt. Artikel 3 des Grundgesetzes „Gleichheit vor dem Gesetz“? Da habe ich Zweifel. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Merkels Mitschuld

Zu: Berlin und Halle (Nr. 42)

Die AfD als geistigen Brandstifter für Terror- und antisemitische Anschläge verantwortlich zu machen, ist eine ungeheuerliche Entgleisung unserer politischen Elite und ihrer medialen Sprachrohre. Ohne faktische Argumente zu liefern, werden Andersdenkende von Altparteien, Grünen und Linken auf das Übelste diffamiert.

Man stelle sich dieses Szenario umgekehrt vor. Linke Vordenker und ihre Bildungsbeauftragten haben es geschafft, den letzten drei Generationen das eigenständige Denken und Analysieren abzuziehen. Stattdessen wurden (und werden) sie derart einseitig ideologisch verbogen, dass die meisten nicht in der Lage sind, Geschehnisse und Herausforderungen unvoreingenommen beurteilen und kritisch bewerten zu können. Sie bilden heute mehrheitlich die Zivilgesellschaft, die nach ihrem Credo handelt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Dass in den meisten Universitäten inzwischen die kriminelle Antifa ihren Einfluss geltend machen kann, spricht Bände. Der im Koran kodifizierte Hass auf Juden und Christen wird Tag für Tag mit der ununterbrochenen Zuwanderung von überwiegend illegalen muslimischen „Schutzsuchenden“ weiter importiert und verschärft. Trotzdem will Merkel unsere Grenzen für jedermann (auch ohne Ausweispapiere) offenhalten. Selbst Schwerverbrecher werden nicht abgeschoben.

Sie ist die Entscheidungsträgerin, der man eine wirkliche Mitschuld an den bisherigen und zukünftigen Terror- und antisemitischen Anschlägen vorwerfen kann. **Gisela Recki, Eitorf**

Mislungene Rede

Zu: „Deshalb haben wir das gemacht“ (Nr. 36)

Wenn ich von dem geschichtlichen Ereignis der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat in Osteuropa, dem zweiten Menschheitsverbrechen der Weltgeschichte, und von der Antwort der deutschen Vertriebenen in der „Charta der Vertriebenen“ auf diesen unsäglichen Zivilisationsbruch ausgehe, dann ist die Rede des Herrn Laschet nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt worden ist. Die entscheidende Forderung der „Charta“, das Recht der Vertriebenen auf ihre Heimat – völkerrechtlich und von der UNO verbürgt –, wird unterschlagen. Warum wohl?

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet tut so, als ob der deutsche Staat sich um die deutschen Vertriebenen kümmern und sorgt. Die politische Wirklichkeit ist anders und enttäuschend: siehe das Projekt „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin, das deutsch-polnische Geschichtsbuch „Europa – unsere Geschichte“, in dem die deutsch-polnische Geschichte gemäß dem deutschen historischen Narrativ verfälscht wird, und das sogenannte Polnische Denkmal in Berlin.

Es wird viel von „Heimat“ geredet und wie schwer alles nach dem Krieg war. Auch heute noch kommen „Vertriebene“ (woher?) nach Deutschland. Eine solche Rede kann man wohl vor den „Berufsvertriebenen“ von heute halten, aber nicht vor denen, denen man alles, Heimat, Geschichte und Zukunft, in ihrer Heimat genommen hat.

Ich war über den Text von Herrn Laschet sehr enttäuscht! **Klaus Fleischmann, Kaarst**

Gegenüber China, Russland und Indien wirkt Deutschlands Wirtschaft wie ein Zwerg

Zu: China statt Europa (Nr. 40)

Durch die unseligen Sanktionen gegen Russland verlieren wir längerfristig einen noch sehr ausbaufähigen 140-Millionen-Menschen-Markt. Gerade die deutsche Wirtschaft ist traditionell in Russland immer sehr gut gefahren und hätte hier eine besonders vorteilhafte Ausgangslage – allein schon geografisch.

Dabei wissen wir, dass Deutschland im internationalen Wettbewerbsranking immer weiter zu-

rückfällt, eine Wirtschaftsrezession droht und wir daher dringend neue Märkte brauchen. Und wir wissen auch: Wenn Russland neue Lieferanten gefunden hat, sind deutsche Firmen dort zukünftig chancenlos. Und wenn Russland immer autarker wird, sind auch diese Märkte verloren. Im Gegenteil könnte daraus sogar eine Bedrohung der deutschen Wirtschaft erwachsen, wenn Russland über die Autarkie hinaus in diesen Bereichen irgendwann sogar exportieren kann.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft in ihren einstigen Hochburgen, die jetzt meist chinesische Exportschlager geworden sind, sollte uns doch Warnung genug sein. Und wenn China, Indien und Russland durch die irre Sanktions- und Zollpolitik des Westens immer mehr zusammengeschweißt werden, entsteht dort gewissermaßen ein trilateraler Binnenmarkt von rund drei Milliarden Menschen/Konsumenten und damit schon jetzt ein Exportgigant, gegen den sogar

die bisher großartige deutsche Exportwirtschaft immer mehr zwerghaft erscheinen wird. Russland geht ja bereits konsequent den Weg vom Dollar weg hin zu einer irgendwann kommenden goldgedeckten Währung.

Chinas weltweite Vernetzungspolitik (inklusive Seidenstraßen-Projekt) könnte der Garant für zukünftige Import- und Exportmärkte sein. Und wenn Indien – der noch schlafende Riese – endlich erwacht, dann brauchen diese Staaten den Westen über-

haupt nicht mehr – nicht mal als potenziellen Feind. Oft habe ich den Eindruck, dass die Russen – gezwungen durch den westlichen Sanktions- und Bestrafungsdruck – immer mehr strategisch denken und handeln, wäh-

rend wir nicht einmal mehr bis zum Ende des Tellerrandes blicken können. Hochmut kommt – genauso wie Dummheit – vor dem Fall. Vielleicht fallen wir bereits. **Henry Stephan, Himbergen**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Das zerstörerische Werk der NGOs:

Sie versprechen Frieden, Menschenrechte und Demokratie – was sie bringen, ist Krieg, Gewalt und Terror!

■ Diese umfassende und in mehreren Jahren aufwendiger Recherchearbeit entstandene Dokumentation zeichnet die Entstehungsgeschichte der NGOs nach. Sie liefert damit die Chronik der destruktivsten und effektivsten Organisationen, die je von Geheimdiensten geschaffen wurden. Und sie bietet Ihnen eine Reise durch die Geschichte der politischen Manipulation.

Die Motive der NGOs klingen philanthropisch und edel. Viele motivierte Davids engagieren sich gegen übermächtige und böse Goliaths, um die Welt zu verbessern. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Die Schatten-CIA: Wie NGOs die Arbeit des amerikanischen Geheimdienstes erledigen

NGOs – Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten! zeigt, wer wirklich hinter den NGOs steckt, wer sie finanziert und steuert. Die Dokumentation

enthüllt, welche Rolle diese Organisationen in der Geostrategie der USA spielen und mit welcher Methoden sie arbeiten. Sie macht vor allem aber auch deutlich, in welchem Maße sie die neuere Geschichte beeinflusst haben. Denn ob Ukraine-Konflikt und Arabischer Frühling oder Flüchtlingskrise und Greta Thunberg mit ihrer CO2-Hysterie: Die NGOs waren – und sind – an allen wichtigen geopolitischen Entwicklungen maßgeblich beteiligt!

»Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA erledigt.«

Allen Weinstein, Mitverfasser der Gründungsakte der NGO National Endowment for Democracy



NGOs – Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten! • 2 DVDs • Laufzeit gesamt ca. 216 Minuten Best.-Nr. 978 100 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Eine glatte 1 in »Glück«

Wer kann schon Deutsch oder liebt Mathe? – Neue Schulfächer braucht das Land, damit heutzutage jeder in der Klasse mitkommt

Die Ausbildung an Deutschlands Schulen wird regelmäßig kritisiert. Von Klassengröße, Unterrichtsmaterialien, Ausstattung, Methoden sowie Lerninhalten haben Lehrer, Kultusministerien, Schüler und Eltern oft unterschiedliche Vorstellungen. Dabei sind Lerninhalte und mögliche neue Schulfächer wie „Glück“ zuverlässig ein brisantes Thema.

dass Wirtschafts- oder Gesundheitswissen unbedingt schon in der Schule vermittelt werden sollten. Schüler dagegen klagen in den sozialen Medien, dass sie vieles in der Schule lernen, was sie nicht anwenden können, dagegen aber keine Ahnung davon haben, wie sie Versicherungen, Kauf- oder Mietverträge abschließen oder ihre Steuererklärungen ein-

Frage im Raum, ob es überhaupt ausgebildete Fachkräfte für diesen Bereich gibt. „Im Vorfeld müssen Fragen abgeklärt werden: Gibt es dafür schon entsprechend ausgebildete Lehrkräfte oder muss man erst ein neues Lehramtsstudium in diesem Fach konzipieren und einführen“, so Meidinger. Es sollten Lehrpläne, darauf bezogene Unterrichtsmaterialien und Lehr-

Informatik abgedeckt. Doch muss wirklich jeder Schüler lernen, wie man ein Computerprogramm oder eine Handy-App erstellt?

Auch Wirtschaftswissen wird als notwendig angesehen. Als Pflichtfach ist es jedoch noch nicht flächendeckend eingeführt worden. Bayern und Baden-Württemberg pflegen das Fach Ökonomie, in Brandenburg gibt es das

Training – das Fach bietet Inhalte, die im Unterricht Grundlagen für ein ausgeglichenes Leben vermitteln sollen, in dem Zufriedenheit, Selbstsicherheit und Selbstverantwortung gelebt werden.

Spaß an der Leistung gehört als Unterrichtsziel auch dazu. Und da scheint sich die Katze in den Schwanz zu beißen. Die Konsumgesellschaft und der Kapitalismus erwarten Leistung, Glück sieht aber für immer mehr Menschen anders aus. Vielleicht würde es doch Sinn machen, die alten Fächer wie Geschichte, Politik, Mathematik und Deutsch in den Vordergrund zu stellen und statt neuer Fächer mit motivationsstärkenden Bezeichnungen das eigenständige Denken zu fördern.

Die gerne zitierten Vorbilder aus Skandinavien sind in der Entwicklung bereits einen Schritt weiter. In Schweden wird darauf abgezielt, praxisorientiert zu lernen. Finnland, dessen Schulsystem als weltweit führend gilt, hatte 2016 für einen Aufschrei gesorgt, als bekannt wurde, dass dort die Schreibschrift abgeschafft wird.

Im nächsten Jahr können Schulen in Finnland entscheiden, die altbekannten Schulfächer abzuschaffen. Das Lernen im Rahmen von Phänomenen soll die starren Fächer ersetzen. Ein Beispiel: Ein geschichtliches Ereignis wie die Zeit Napoleons kann sowohl aus geografischer als auch aus mathematischer Sicht erarbeitet werden. Beim Thema „Arbeiten in einem Hotel“ können neben mathematischen Aspekten Sprachkenntnisse vermittelt werden.

Ein Ansatz, zu dem Meidinger eine klare Meinung vertritt: „Im Grundschulbereich kann ich mir so etwas eher vorstellen. Bei weiterführenden Schulen hat sich der Fachansatz mit Orientierung

an der universitären Fachwissenschaft bewährt.“ Verbundfächer könnten zwar zum Teil phänomenorientierter arbeiten, sie liteten aber darunter, dass es keine saubere Wissenssicherung und auch keine Lehrkräfte mehr gibt, die in jedem der Bestandteile solcher Fächerverbände universitär ausgebildet sind. Die Erfahrungen mit losen Fachverbänden wie Natur und Technik seien diesbezüglich wenig zukunftsweisend. „Das Gymnasium, das als Hauptziel die Studierfähigkeit seiner Absolventen anstrebt, sollte sich nicht zu weit von den klassischen Fachdisziplinen entfernen“, meint Meidinger.

Und wie sieht es dann mit neuen Schulfächern aus? Brauchen Deutschlands Schüler andere Unterrichtsfächer? Laut Meidinger hat es in den letzten Jahren von verschiedenen Lobby- und Interessensgruppen insgesamt über 40 Vorschläge für die Einführung neuer Fächer gegeben, darunter auch Hauswirtschaft, Gesundheit, Aids, Umweltschutz, Medienerziehung, Digitalkunde oder Klimaschutz.

Die Notwendigkeit, neue Lerninhalte zu vermitteln, bedarf nicht unbedingt der Schaffung neuer Fächer. Beispielsweise sind auch viele bestehende Fächer jetzt schon für Medienerziehung zuständig und wichtig. Auch kann man wirtschaftliche Sachverhalte in anderen Fächern unterbringen wie Wirtschaft und Recht, Wirtschaftsgeografie oder Gesellschaft-Politik-Wirtschaft. Wichtig sei, so Meidinger, dass wirtschaftliche Zusammenhänge durch Lehrkräfte unterrichtet würden, die dieses Fach auch studiert und darin einen Abschluss gemacht hätten: „Das ist mir wichtiger als die Frage, wie das Fach heißt.“ *Stephanie Sieckmann*



Immer mehr Schüler lernen „Glück“: So auch diese Jugendlichen in einer Schule in Fulda Bild: pa

reichen. Daraufhin formulierte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka den Wunsch nach dem Fach Alltagswissen.

Neue Fächer einzuführen bedeutet auch, die Anzahl der Schulstunden zu erhöhen oder die Stunden für ein anderes Fach zu kürzen. Mehr Stunden im Lehrplan ziehen höhere Kosten nach sich, gibt Meidinger zu bedenken. Außerdem steht die

bücher entwickelt werden. Kurzum: Es braucht eigentlich einen Vorlauf von deutlich mehr als fünf, eher Richtung zehn Jahren.

Die grundlegende Frage heißt daher erst einmal: Was ist heutzutage wichtig für die Schüler? Software-Programmierung beispielsweise ist in Dänemark und Großbritannien ein Pflichtfach. In manchen Bundesländern wird dieser Bereich teilweise im Fach

Mischfach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“, Hessen setzt auf „Politik und Gesellschaft“.

Anders sieht es aus mit dem Schulfach Glück. Dieses Fach wird bereits an mehr als 30 deutschen Schulen unterrichtet. Angesichts der steigenden Zahl von Schülern, die unter Depressionen leiden, ist das Fach mit diesem Titel sicher eine gute Idee. Freude am Leben, Ziele verfolgen, Marathon-

Statt Blumen

Bananen zur Begrüßung – Eine »krummes« Symbol von 1989

Das Land, in dem die Bananen wachsen, ist Deutschland nicht gerade. Beim Mauerfall vor 30 Jahren kam es aber manchem DDR-Bürger so vor, als sei die Banane im kapitalistischen Westen beheimatet. Bei ihrer Ankunft im Westteil der Republik wurden sie statt mit Blumen mit der Tropenfrucht begrüßt.

Bananen aber werden aus Ländern in Zentralamerika, wie Costa Rica und Panama, oder aus Ländern in Südamerika, wie Ecuador, Kolumbien und Nicaragua, eingeführt. Die Pflanze liebt ein gleichmäßig feuchtwarmes Tropenklima. Ursprünglich war sie in Südostasien beheimatet. Von dort gelangte sie über Indien in den arabischen Raum. Durch arabische Händler kam sie nach Afrika und Europa. In der Zeit der großen Eroberungen und Entdeckungen, im 15. und 16. Jahrhundert, brachten spanische und portugiesische Seefahrer die Nutzpflanze nach Amerika. Dort gedeiht sie seitdem prächtig in riesigen Plantagen. Ihren Namen bekam sie übrigens von den Arabern. Diese nannten die Frucht „banan“, was so viel wie „Finger“ bedeutet.

Bananen wachsen an Stauden. Der Stamm besteht nicht aus Holz, sondern aus aufgerollten, verhärteten Blättern, dem sogenannten Scheinstamm. Die Stauden werden zwischen drei und neun Metern groß. Dicht an dicht stehen diese in den Plantagen. Nach sechs Monaten etwa bildet sich eine riesige violette Knospe. Diese besteht aus 200 einzelnen gelb-

lichen Blüten. Mit etwas Glück hat man die Chance, diesen beeindruckenden Fruchtstand in einem Botanischen Garten wie jenem im Berliner Stadtteil Lichterfelde anzuschauen.

Die Knospe wächst zuerst nach oben. Da sie aber immer schwerer wird, neigt sie sich langsam und wächst nach unten. Die kleinen Bananen sind noch ganz gerade und wachsen seitlich aus dem



Eine Bananenstaude im Botanischen Garten von Berlin Bild: T. Haas/Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin

Stängel heraus. Wenn das große Blatt der Knospe über ihnen vertrocknet und abfällt, verändern die Bananen ihre Form. Sie krümmen sich nach oben zum Licht hin, ändern also ihre Wuchsrichtung. So wachsen sie sogar um die über ihnen hängenden Bananen herum. Das wäre eine lapidare Erklärung dafür, warum die Bananen krumm sind.

Eine Knospe besteht aus etwa 14 Bananenbüscheln. Diese werden „Hände“ genannt, wobei eine „Hand“ etwa 20 Bananen trägt. Diese nennt man „Finger“. Drei bis sechs Monate nach Ausbildung der Blüten werden die Bananen geerntet. Bananenpflanzen tragen nur einmal im Leben Früchte. So schlagen die Erntearbeiter die ganze Mutterpflanze ab. An den Wurzeln bilden sich bereits neue Sprösslinge. Diese wachsen zur neuen Bananenstaude heran. Da Bananen viele Nährstoffe zum Wachsen benötigen, sind die Böden sehr bald ausgelaugt. Nach 20 Jahren müssen also immer wieder neue Plantagen angelegt werden.

Bei der Ernte sind die Bananen noch ganz grün und somit ungenießbar. Wären sie reif, würden sie bei uns nach der langen Schiffsreise als matschige Frucht ankommen. Deshalb verpackt man sie noch im grünen, unreifen Zustand in Kisten, die dann auf Schiffe verladen werden. Dort lagern die Früchte in Kühlkammern, wo sie auf der Reise frisch bleiben. Die Reifung beginnt dann erst in den Häfen, also dort, wo sie ankommen. Danach geht es in die Supermärkte und schließlich in den heimischen Obstkorb.

Oder, wie im November 1989, eingeklemmt zwischen Scheibenwischer und Frontscheibe der Trabant-Autos von DDR-Bürgern. Vom Begrüßungsgeld, so heißt es, haben sich viele von ihnen als Erstes unter anderem Bananen gekauft. *Silvia Friedrich/tws*

Rotes Männlein

Im Herbst sorgen Hagebutten für Farbtupfer im Wald

Der Dichter des Deutschlandliedes, Hoffmann von Fallersleben, schrieb 1843 das Kinderlied „Ein Männlein steht im Walde“. Bei dem Rätselreim um ein Männlein mit „purpurroten Mäntelein“ und „schwarzen Käppelein“, fragte man sich lange, was oder wen er damit meinte. 1860 löste er es mit einer zusätzliche Strophe auf: Es „kann nur die Hagebutte sein“.

Leuchtend rot erstrahlt sie jetzt wieder im Herbst fast überall in der Natur. Der Name weist auf den Ort hin, wo man sie findet. „Hagen“ bedeutet Hecke und „Butte“ ist ein Fass, womit also die Form beschrieben wird.

Der lateinische Name der Pflanze ist „Rosa canina“, was „Hundsrose“ bedeutet. Der stachelige Strauch wird etwa drei Meter hoch und stammte ursprünglich aus Europa und Asien. Im Juni entwickeln die Sträucher zartrosa Blüten. Das Fruchtfleisch entsteht aus dem Blütenboden. Es ist süßsauer und besonders gesund.

Hagebutten sind Sammelfrüchte, die viele kleine Nüsse enthalten. Dabei handelt es sich nicht um Nüsse, wie wir sie kennen, sondern um viele kleine harte Kerne, die man Nüsschen nennt. Diese sind mit vielen Widerhaken umgeben, die bei Kontakt mit der Haut Juckreiz hervorrufen.

So werden die haarigen Pflanzenteile von Kindern oft als Juckpulver verwendet. Manchmal lösen sie sogar eine Allergie aus. Die haarigen Kerne müssen aus den roten Fässchen entfernt wer-

den, wenn man die Hagebutte zu Tee oder Marmelade verarbeitet, was recht mühsam ist.

Neben Sanddorn sind die Hagebutten die heimischen Früchte mit dem höchsten Vitamin-C-Gehalt. Außerdem sind sie reich an Vitamin-B-Komplexen und vielen Mineralstoffen, die unser Körper dringend benötigt, um gesund zu bleiben. Unsere Vorfahren nutzten bereits im Mittelalter



Purpurroter Mantel: Hagebutten Bild: Friedrich

die Früchte für gesundheitliche Zwecke. Man stellte Mus, Tee oder Marmelade daraus her und stärkte so die Abwehrkräfte für den harten Winter.

Hagebutten haben unter anderem eine entzündungshemmende Wirkung. Der so beliebte Hagebuttentee erhält seine tiefrote Farbe übrigens nicht von den roten Hagebutten. Diese würden den Tee nur leicht gelbrot bis

bräunlich färben. Die sattrote Farbe stammt von Hibiskusblüten, die dem Tee beigemischt werden.

Der Strauch bietet Schutz für einige Tierarten, und die „roten Männlein“, wie der Dichter sie nannte, sind eine vitaminreiche Nahrung für viele Vögel. Erntezeit der Hagebutten ist von Ende September bis Ende Oktober. Doch die Früchte fallen nicht wie andere einfach vom Strauch, sondern

bleiben den ganzen Winter zur Freude der Vögel auch im reifen Zustand an den Ästen hängen.

In vielen Regionen Deutschlands nennt man die Hagebutte ganz anders. So sagt man im Bergischen Land „Hahmedorn“, „Jöbke“ oder „Jeepkes“ in Ostfriesland, in Nordthüringen „Haneputtchen“, in Österreich „Hetschetsch“ oder „Hetscherl“ und viele Bezeichnungen mehr. *S.F.*

Berliner Mauerfall minutiös wiedergegeben

Die Chronik des Autors Hans-Hermann Hertle, des zweifellos besten Kenner sjeher schicksalsträchtigen Tage, basiert mit ihren überaus vielen Einzelheiten auf Unterlagen des SED-Politbüros sowie auf Gesprächen mit der Führung der DDR und speziell der NVA sowie auf vielen Zeitzeugenaussagen, wie denen von Mitarbeitern des ZK der KPD/SED, Sowjetdiplomaten und sogar mit Michail Gorbatschow und dem US-Präsidenten George Bush. Anfang 1989 hatte Erich Honecker erklärt, die Mauer werde noch 100 Jahre bestehen. Tatsächlich konnte er bereits ein Jahr zuvor die wahre Lage. Im Sommer 1989 kam die KGB-Führung zu der Ansicht, die deutsche Teilung sei „nicht länger aufrecht zu erhalten“. Am 8. Oktober befahl Honecker das sofortige Unterbinden von „Krawallen“, während sein Nachfolger Egon Krenz offene Gewalt der Stasi ablehnte und für „politischen Dialog“ mit der Bevölkerung eintrat. Ende Oktober fanden bereits 145 Demonstrationen mit 540 000 Teilnehmern statt.

Damals gab es einen Beschluss über Auslandsreisen, die von Voraussetzungen abhängig waren – was ausreichend Spielraum für Auslegungen im SED-Sinne bot. Das Plenum hatte die ganze Tragweite seiner Entscheidung nicht erkannt. Jeder Reisende sollte 15 D-Mark erhalten, für die es aber keine Deckung gab.

Allein ein Stoppen der Verschuldung von 20 Milliarden US-Dollar hätte 1990 zu einer Senkung des DDR-Lebensstandards bis zu

30 Prozent geführt, das Land wäre unregierbar geworden. Auf den Antrag Ost-Berlins hin, Bonn solle die Kosten mittragen, forderte Kanzler Helmut Kohl primär Reisefreiheit, Zulassung oppositioneller Gruppen und freie Wahlen.

Geradezu minutiös erlebt der Leser die Pressekonferenz am 9. November. SED-Politbüromitglied Günter Schabowski hatte die Unterlagen überhaupt nicht gelesen, war „in völliger Unkenntnis“ und über den Inhalt der Zeitbombe in Form des neuen Reisegesetzes mit Pässen und Genehmigungen nicht informiert. An eine Grenzöffnung dachte niemand, nur an eine Übergangsregelung. Auf Frage nach dessen Inkrafttreten folgten seine berühmt gewordenen Worte „Sofort, unverzüglich“. Dass sie zur Auflösung der DDR führten, lag „außerhalb seiner Vorstellungskraft“. Die ARD brachte um 20 Uhr die Top-Meldung: „DDR öffnet Grenzen“ und in den „Tagesthemen“: „Die Tore an der Mauer stehen weit offen“. Die Folgen dieser falschen Situationsdefinition waren dem Sprecher selbst nicht bewusst.

Die DDR-Grenzeinheiten waren in ihren Dienstvorschriften auf diese Situation nicht vorbereitet. Ein Befehl zur höheren Sicherungsstufe hätte der Bestätigung der höheren Kommandoebene bedurft, die ebenfalls nicht informiert war. Um 23.30 Uhr hieß es dann: „Wir machen alles auf!“

Kurz zuvor will Krenz Befehl gegeben haben, die Übergangsstelle in Berlin zu öffnen, was von

der MfS-Führung dementiert wird. Am Brandenburger Tor betrachteten SED-Genossen des Grenzkommandos West, ebenfalls ohne Kenntnisse und Befehle, die Ereignisse „als Verrat und Hohn“ und richteten an den SED-Generalsekretär eine Protestnote, man habe zur Partei „kein Vertrauen mehr“.

Nach den Worten des Autors zeigte sich das ZK am Tage nach dem Mauerfall „unwillig und unfähig, das Problem überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und sich mit dem Zusammenbruch des bisherigen Grenzregimes zu befassen. Krenz eröffnete die Sitzung, ohne auch nur ein einziges Wort zum Fall der Mauer oder zur aktuellen Lage an der Grenze zu verlieren.“ Entsetzt habe sich das Plenum über die katastrophale DDR-Wirtschaftslage gezeigt: „Panik, Chaos und die allgemeine Auflösungsstimmung“ breiteten sich aus. Ohne das ZK zu informieren, befahl Krenz zur Bewältigung der Lage die Einrichtung einer „Operativen Führungsgruppe des Nationalen Verteidigungsrates“, wobei militärische Aktionen nicht ausgeschlossen wurden. Sie wären möglich gewesen, hätten aber auch Bürgerkrieg

bedeuten können – und eine Unterstützung Moskaus benötigt.

Bereits am Vormittag des 9. November wollte Krenz die SU-Botschaft in Ost-Berlin erreichen und deren Reaktion auf die Lage erkunden und drängte auf Antwort – die nie erfolgte. Im Juni 1989 hatte Gorbatschow Honecker mitgeteilt, seine Armee werde sich nicht in DDR-Angelegenheiten einmischen. Eine Reiseregulierung ohne seine Rückversicherung war für Moskau unvorstellbar, vom Mauerfall war man „völlig überrascht“. Bei der geforderten Erklärung fehlte Krenz der Mut zur Wahrheit, als er Normalität vorspiegelte durch die Falschinformation, seit dem 10. November, 6 Uhr sei „die Ordnung wieder hergestellt“.

Tatsache war, dass am selben Abend bis zu 3000 Menschen auf der Mauer deren Beseitigung forderten. Stunden später war die erste Bresche in den „antifaschistischen Schutzwall“ geschlagen.

Friedrich-Wilhelm Schломann



Hans-Hermann Hertle, „Sofort, unverzüglich“, Ch. Links-Verlag, Berlin, 2019, gebunden, 368 Seiten, 20 Euro

Thesen zum Schicksalsdatum

Der 9. November ist zweifellos das Schicksalsdatum unserer Nation im 20. Jahrhundert schlechthin: Novemberrevolution 1918, Hitler-Putsch 1923, Reichspogromnacht 1938 und Fall der Mauer 1989. Aber gibt es auch eine tiefere Verbindung beziehungsweise Gemeinsamkeiten zwischen all diesen verschiedenartigen Ereignissen? Der selbigen Frage geht der Journalist und Autor Wolfgang Brenner in seinem Buch „Das deutsche Datum“ nach.

Dabei vertritt er die These, dass der 9. November stets ganz kausal zum nächsten geführt habe, und darüber hinaus übergreifende Muster zu erkennen seien: Jedes Mal hätten die Akteure sich selbst unter Zugzwang gesetzt, „was eine ausgeprägte politische Untugend in Deutschland“ zu sein scheine. Darüber hinaus wäre am 9. November offenbar immer wieder „die ideologische Leidenschaft in einen Wettbewerb mit der kühl organisierenden und vorausblickenden Vernunft getreten“ – mit dem fatalen Ergebnis des Sieges der Affekte.

Was den nunmehr 30 Jahre zurück-

klingenden Fall der Mauer betrifft, sah die Realität freilich aber doch um einiges anders aus: Dieser 9. November passt in keiner Weise in das von Brenner skizzierte Schema. Zum einen, weil die politischen Akteure wie Krenz, Schabowski und Co. sich damals eben nicht selbst unter Druck gesetzt hatten, sondern wegen der Proteste der DDR-Bevölkerung gar keine anderen Handlungsoptionen mehr hatten, zum anderen, weil 1989 in Berlin auch nirgendwo die Affekte die Oberhand behielten. Dann nämlich hätten die Grenzer und Stasi-Leute an der Mauer aus Angst oder Wut geschossen und wären anschließend von den aufgebracht Massen gelyncht worden. Das ergibt sich übrigens implizit auch aus Brenners eigenen Ausführungen im Kapitel über den Mauerfall. W.K.

Fragwürdiges Schema des 9.11.



Wolfgang Brenner: „Das deutsche Datum. Der neunte November“, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2019, gebunden, 319 Seiten, 26 Euro

Zeitzeugen berichten über ihre Erinnerungen an den Mauerfall

Der Berliner Mauerfall vor 30 Jahren war ein historischer Moment, der den Menschen in Mitteldeutschland die lang ersehnte Freiheit brachte, für die sie zuletzt mit den groß angelegten Demonstrationen gekämpft hatten. Für alle, die das einschneidende Ereignis bewusst miterlebt haben, sind die Fernsehbilder des 9. und 10. November 1989 nach wie vor präsent, sofern man nicht selbst vor Ort war. Was sich infolge der friedlichen Revolution am Brandenburger Tor abspielte, verbindet sich auch für die Bürger der alten Bundesrepublik mit freudigen Erinnerungen und ist im kollektiven Gedächtnis eingebettet als Endpunkt einer sich dramatisch zuspitzenden Vorgeschichte und Beginn der nun schon 30-jährigen

Geschichte des vereinigten Deutschlands.

Die mehrfach ausgezeichnete Schauspielerin und Regisseurin Freya Klier hat 23 Zeitzeugen aus der DDR und der alten Bundesrepublik nach ihren Erinnerungen an den Mauerfall befragt. Welche Hoffnungen und Ängste hatten die Menschen in dem zerfallenden mitteldeutschen Staat? Welche Änderungen ergaben sich durch den Umbruch für die Berichterstatter und welche Sicht haben sie auf die Entwicklungen im vereinigten Deutschland? Die in ihrer Vielfalt schillernden Erlebnisberichte hat Klier zusammengeführt und als Buch mit dem Titel „Und wo warst du? 30 Jahre Mauerfall“ herausgegeben. Die gebürtige Dresdenerin war als Bürgerrechtlerin selbst Schikanen ausgesetzt, wurde 1988

inhaftiert und schließlich zusammen mit ihrem Ehemann aus der DDR ausgewiesen.

Vielfach kommt in den Beiträgen die Entfremdung der Menschen in West- und Mitteldeutschland zum Ausdruck. Die meisten Berichterstatter lebten zur Zeit der friedlichen Revolution in der DDR. Einige hatten Fluchtgedanken, andere engagierten sich als Oppositionelle in der Umweltbewegung und im Neuen Forum, wurden schikaniert und inhaftiert. Fast schon unwirklich, gleichsam fiktional, erscheint aus dem zeitlichen Abstand die Kältschnäuzigkeit, mit der die DDR ihre Bewohner wie eine Verfügungsmasse manipulierte. Unter den Autoren sind nur wenige öffentlich bekannte Personen, darunter der ehemalige thüringische Ministerpräsident Bernhard

Vogel. Zu Wort kommen unter anderem Journalisten, Filmschaffende und Schriftsteller, ein Fluchthelfer, ein Aussteiger aus der Neonazi-Szene und eine ehemalige RAF-Terroristin. Die damals in Lübeck wohnende Professorin für Musikpädagogik Gudrun Schmidt-Kärner, Jahrgang 1941, organisierte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Hilfstransporte nach Königsberg [Kaliningrad]. Damit begann eine bis heute währende Zusammenarbeit.

Uwe Spindeldreier, geboren 1957 in Soest, leitete bis 2018 die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundespresseamt. Er erinnert sich daran, dass es bei den meisten seiner Altersgenossen verpönt war, die Verstöße der SED-Diktatur gegen die Menschenrechte beim Namen zu nennen. Wer ande-

rer Auffassung war, galt als „kalter Krieger“.

Der 1970 in Burgstädt/Sachsen geborene Schriftsteller und Weltreisende Marko Martin bringt sich mit kritischen Bewertungen des Verhaltens einiger prominenter DDR-Schriftsteller ein und fragt: „Wo waren die Älteren, die in Ostdeutschland den Jüngeren ebenso beigegeben hätten wie in Polen?“ „Ethisch verhunzt“ nennt er jenes rückblickend verklärte bei und der vermeintlichen mitteldeut-

schon Solidargesellschaft. So bildet das Buch in Teilen durchaus auch ein Meinungsspektrum ab, wenn gleich in einem sehr überschaubaren Rahmen. Dagmar Jestrzemski



Freya Klier (Hg.): „Und wo warst du? 30 Jahre Mauerfall“, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2019, gebunden, 270 Seiten, 20 Euro

Unbekannte Einzelheiten zur Geschichte der Berliner Mauer

Am 9. November begeht Deutschland den 30. Jahrestag des Falls der Mauer in Berlin. Bereits übers Jahr gab es eine Fülle an Veranstaltungen zu diesem Thema in den Bereichen der Politik, der Medien, der Kirchen sowie der Zivilgesellschaft – mit einer Konzentration in Berlin und in Brandenburg. Die Bürger haben also genügend Möglichkeiten, sich über dieses Ereignis und dessen Folgen zu informieren. Umfragen ergaben, dass auf diesem Feld Nachholbedarf besteht, besonders bei jungen Menschen, die nach der friedlichen Revolution geboren wurden.

Der Berliner Historiker Thomas Flemming setzt in seinem Buch nicht zentral den Fokus auf das Geschehen um den 9. November 1989 – wie zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen – sondern er behandelt fast kleinschrittig die Geschichte des Mauerbaus seit

dem 13. August 1961 einschließlich der Argumente, die die DDR-Führung unter Walter Ulbricht und deren Verbündete zu dieser Entscheidung führten.

Es ist eine sehr dichte Darstellung, angereichert durch viele Schwarz-Weiß-Fotos und kopierte Originaldokumente, überwiegend aus der Ost-Berliner Seite. Das umfangreiche Literaturverzeichnis beweist die gründliche Bearbeitung des Stoffes. Selbst auf den sich für kompetent haltenden Leser warten zahlreiche bisher nicht bekannte Einzelheiten, etwa ein Festnahmeprotokoll aus dem Jahre 1971 oder Fotos von Beobachtungsposten

im unterirdischen Geisterbahnhof Potsdamer Platz oder Grabkarten zum Besuch von Friedhöfen im Grenzbereich; auch die Skizzen vom Ausbau der Staatsgrenze zu West-Berlin überraschen mit der Vielfalt einzelner Anlagen, die schon im Ansatz Fluchtversuche



Thomas Flemming: „Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks“, bebra Verlag, Berlin-Brandenburg 2019, gebunden, 240 Seiten, 22 Euro

verhindern sollten. Auch die Übernahme der S-Bahn, die in den Westsektoren Ost-Berlin unterstand, die West-Berliner BVG im Januar 1984, liegt vielfach im Dunkel der Geschichte. Ein Gleiches gilt für die West-Berliner Exklaven, bekanntestes Beispiel war Steinstücken.

Zahlreiches statistisches Material über Todesopfer an der Berliner Mauer, über Fluchtversuche, Grenzdurchbrüche und Tunnelbauten, über Zahlen desertierter Grenzpolizisten aller Dienstgrade. Ost-Berliner, die im Grenzgebiet wohnten, mussten Passierscheine beantragen – insgesamt 88 579. Makaber ist das Foto auf Seite 156, das einen Reisebus auf der brachen Fläche des Potsdamer Platzes zeigt, die nur durch die Betonmauer geteilt wird.

Einen klaren Schwerpunkt setzt Flemming auf die Stimmungslagen und Befindlichkeiten der Menschen in beiden Teilen der

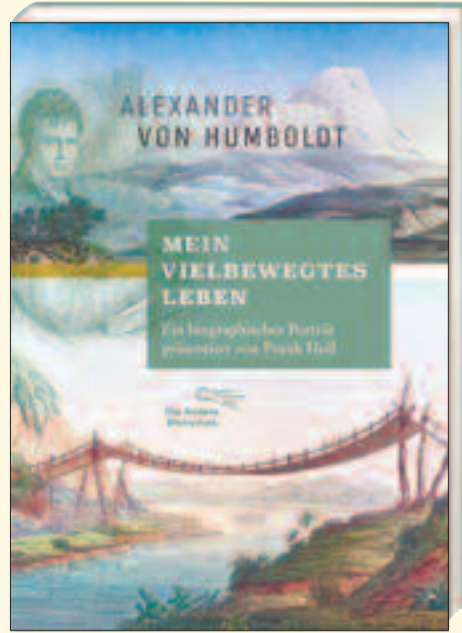
Stadt, und zwar in allen Phasen der Existenz der Abriegelung. Er beschreibt die ersten Jugendproteste auch durch Verbote „westlicher“ Musikeinflüsse, die Rolle der Kirche als Rückzugsräume mit zunehmender Bedeutung. Die Zeiten der Passierscheinabkommen ließen in Ost und West erste Hoffnungen entstehen. Ganz wichtig ist seine Betrachtung der Rolle der Grenzsoldaten: Offiziell hatten sie den antifaschistischen Schutzwall vor Angriffen der Kapitalisten und Imperialisten aus West-Berlin zu schützen, so die Sprachregelung in der DDR, wie ein einschlägiges Flugblatt an die Einwohner des Grenzgebietes zeigt. In Wirklichkeit standen sie aber Wache an der Mauer, um Fluchtversuche der eigenen Bevölkerung zu unterbinden. Dies muss ein grundsätzlicher Widerspruch und ein ernstes psychologisches Problem für manchen Grenzer gewesen sein.

Die bis zum Inkrafttreten des Zwei plus Vier-Vertrages im März 1991 bestehende Verantwortung der Siegermächte für Deutschland und Berlin als Ganzes hätte stärker thematisiert werden müssen, sichtbares Zeichen waren die in allen damaligen Besatzungszonen stationierten alliierten Militärmissionen mit dem Recht, sich in ihrer Zone bewegen zu können, also nicht nur westliche Missionen in der DDR – was Flemming erwähnt –, sondern auch sowjetische Patrouillenfahrten in West-Berlin und in der Bundesrepublik. Dieses zeigt den Stellenwert der Berlin-Frage im Kalten Krieg sowie die Einflussmöglichkeiten der ehemaligen Siegermächte in der deutschen Frage.

Das Buch ist flüssig geschrieben und gut lesbar. Interessenten an der Geschichte der Mauer als einem Kapitel der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert finden fundierte Informationen. Karlheinz Lau



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki, die im Walde aufwächst, führt ein glückliches Leben. Sie spricht mit den Tieren und Blumen, erfindet Fabeln und Märchen und begeht mit ihrem guten Kinderherzen viele Streiche, an denen auch mancher Erwachsene seine Freude haben wird. Ein Kinderbuchklassiker in Neuausgabe. 160 Seiten
Nr. P A1046 Gebunden 8,95 €



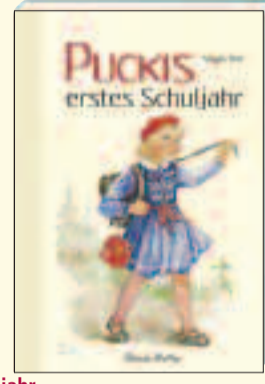
Alexander von Humboldt
Mein vielbewegtes Leben
Ein biographisches Porträt präsentiert von Frank Holl
Er ist die herausragende Person des Geisteslebens des 18. und 19. Jahrhunderts, von seinen Erkenntnissen zehren wir bis heute: Alexander von Humboldts Errungenschaften auf dem Gebiet der Naturwissenschaften sind das Ergebnis seiner unzähligen Entdeckungsexpeditionen. Frank Holl führt uns durch ein rastloses, „vielbewegtes Leben“. Ob Physik, Zoologie, Botanik, Ethnologie, Geologie, Mineralogie oder Astronomie – Alexander von Humboldts Werk umfasste alle bekannten Bereiche der Naturwissenschaft und bildete die Grundlage neuer Disziplinen. Universal gelehrt wurde er vor allem durch seine Reisen, die ihn gleichermaßen nach Lateinamerika sowie quer durch Russland und Sibirien führten; die dort gewonnenen Einsichten über klimatische Zusammenhänge und die geologische Gestalt der Erde gingen ein in sein Lebenswerk: Kosmos – Entwurf einer physischen Weltbeschreibung. Sein Forscherwissen ist das Ergebnis eines Lebens in Bewegung, das Frank Holl in seinem biographischen Porträt nachzeichnet. 384 Seiten im Großformat
Nr. A1409 Gebunden 58,00 €



Alexander von Humboldt
Das Buch der Begegnungen
Menschen – Kulturen – Geschichten
Aus den Amerikanischen Reisetagebüchern
Wagemut und Wissbegier, ein feines Beobachtungs- und Differenzierungsvermögen und vor allem die unbändige Lust an immer neuen Begegnungen machten Alexander von Humboldt vor 200 Jahren zu einem epochalen Weltentdecker. „Das Buch der Begegnungen“, das die emphatischsten Zeugnisse aus den „Amerikanischen Reisetagebüchern“ versammelt, zeigt einen warmherzigen Menschen ohne Berührungängste. Auf seiner Reise in die amerikanischen Tropen von 1799 bis 1804 hielt der preußische Kosmopolit eine Vielzahl exotischer Physiognomien fest und sah die Welt, wie sie vor ihm noch keiner gesehen hatte. Als einer der ersten Europäer überhaup kritisierte er Kolonialismus, Sklavenhandel und christlichen Bekehrungsseifer. Dagegen betonte er die Würde und den kulturellen Reichtum vermeintlich primitiver Völker. Überzeugt davon, dass es keine unterlegenen oder gar minderwertigen Ethnien gebe, war er seinen Zeitgenossen weit voraus. Und selbst im 21. Jahrhundert kommt Alexander von Humboldt als Anwalt einer universellen Humanität wie gerufen. Ein bibliophil gestalteter Prachtband. 416 Seiten
Nr. A1410 Gebunden 45,00 €



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki ist durch ihre Hilfsbereitschaft und ihren fröhlichen Sinn der Liebling der Klasse. Sie hat viele Freundinnen, aber auch Harras, der Försterhund und die Tiere des Waldes gehören zu ihren Freunden. Ihr überschießender Lebensmut verführt sie zu manch waghalsigem Abenteuer, aber zum Schluss geht doch alles gut. 160 Seiten
Nr. P A1137 Gebunden 8,95 €



Magda Trott
Puckis erstes Schuljahr
Hedi Sandler, das sechsjährige Försterstöchlein, das in Freiheit in Wald und Feld aufgewachsen ist, muss nun in die nahe Kleinstadt zur Schule. Wie Pucki sich mit dem ersten Schuljahr auseinandersetzt und wie sie aus ihrem mitfühlendem Herzen alle Armut aus der Welt schaffen will ist hübsch und spannend geschildert. 160 Seiten
Nr. P A1047 Gebunden 8,95 €



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki muss ihr geliebtes Zuhause verlassen um das Gymnasium zu besuchen. Dort entwickelt sie sich nach anfänglichen Widerständen und Wirrungen vom unaufmerksamen Kind zu einer fleißigen Schülerin. Ein Kinderbuchklassiker in Neuausgabe. 160 Seiten
Nr. P A1138 Gebunden 8,95 €



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,90 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945
111 Seiten
Nr. P A1163 Kartoniert 7,95 €



Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
292 Seiten/Gebunden
Nr. P 533154 14,95 €

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten“ das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis“ das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd“ die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme“ den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit“, die bereits zweimal verfilmt wurde.



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Roman einer Zeit
332 Seiten/Gebunden
Nr. P A0096 Geb. 19,80 €

Hermann Sudermann, der am 30. September 1857 in Matzicken bei Heydekrug in Ostpreußen geboren wurde, schildert in seinem farbenfrohen Erinnerungsbuch die glücklichen, aber entbehrungsreichen Jahre seiner Kindheit und Jugendzeit. 1922 erstmals erschienen, erzählt Sudermann, der um 1900 der meistgespielte Dramatiker Deutschlands war, von seinen frühen Jahren im ostpreußisch-litauischen Grenzgebiet. Der Leser gerät in den Bann der einzigartigen Erzählkunst Sudermanns, der Menschen und ihre Schicksale so lebendig beschreiben und den Zauber der Landschaft seiner memelländischen Heimat so eindrucksvoll wiedergeben konnte.



Kalender Elche in Farbe 2020
Mit 12 farbigen Motiven des beliebten ostpreußischen Wappentiers. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536150 Kalender 9,95 €



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €



Tischfahne mit Elchschaufel
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0746 19,95 €



Thomas Medicus
Melitta von Stauffenberg
Ein deutsches Leben
416 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0631 9,99 €

Schwägerin des späteren Hitlerattentäters, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Fluggpionierin. Als Stukatepilotin mit zweitausend Sturzflügen hat sie den Bombenkrieg der Luftwaffe perfektioniert – eine tragische Himmelsstürmerin: Melitta von Stauffenberg lebte gefährlich und stets am Limit. Ihre Liebe zum feingestimmten Althistoriker Alexander von Stauffenberg war ebenso bedingungslos wie ihre Hingabe an die Fliegerei, die ihr am 8. April 1945 zum Verhängnis wurde. Thomas Medicus beschreibt mit Hilfe bisher unbekannter Quellen dieses ebenso faszinierende wie radikale Leben. Ein einzigartiges Frauenschicksal – und ein dramatisches Kapitel deutscher Geschichte.



Zinnteller mit Elchrelief
Der Wandteller hat einen Durchmesser von 19,5 cm, hat einen Eichenholzrahmen und eine Aufhängevorrichtung.
Nr. P 5618 Zinnteller mit Elchrelief 42,00 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2020
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Jagdmaler in Ostpreußen“. Format 50 x 35 cm
Spiralbindung
Nr. P A1415 23,50 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/Westpreußen 2020
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Tilsit, Schwarzort auf der Kurischen Nehrung, Deutsch-Eylau, der große Moosbruch bei Lauken, die Lastadie in Königsberg, die Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Braunsberg, der Ixtsee bei Schniedau auf der Masurischen Seenplatte, Marienburg, Tolkemit, Heilsberg, Die Hohe Düne und der Grabscher Haken auf der Kurischen Nehrung u.v.m. Spiralbindung
Nr. P 536035 27,95 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Harald Saul
Ostpreußen kulinarisch – Miniaturausgabe (6,2 x 9,5 cm)
Dieser kulinarische Ausflug nach Ostpreußen ist eine Reise in ein Land, das es nicht mehr gibt, dessen Küche aber unvergessen ist. Harald Saul erinnert mit berühmten Gerichten wie Beetenbartsch, Schuppnis, Königsberger Klopsen und vielen mehr an die große ostpreußische Back- und Kochtradition, die Heimatverbundene, Touristen oder Liebhaber regionaler Köstlichkeiten gleichermaßen begeistert. 128 Seiten.
Nr. P A1217 Gebunden 5,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNG

Drogen-Dealer als Helden

Berlin – Eine Gruppe um den Konzeptkünstler Scott Holmquist hat in Berlins Görlitzer Park für 24 Stunden eine drei Meter hohe Bronzeskulptur mit dem Namen „Letzter Held“ aufgestellt. Die Installation der Statue während eines „Solidarity Sit Ins“ stand unter dem Motto, „Solidarität und Menschenrechte für alle – auch für Dealer“. Bei der Kunstaktion im Görlitzer Park soll es sich um eine Antwort auf eine Demonstration von Pegida München gehandelt haben, die sich gegen Drogenhändler gerichtet hatte. Gegenüber der „Bild“ sagte der amerikanisch-französische Künstler Scott Holmquist: „Es geht darum, wie die Reaktionen auf Park-Drogendealer Ängste, Versuchungen und Wünsche kristallisieren und gleichzeitig die Grenzen von Kontrolle und Solidarität verschieben.“ Weitere „Last Hero“-Aktionen sollen in Bremen, Hamburg und Paris stattfinden. Scott Holmquist hatte bereits im Jahr 2017 eine Ausstellung konzipiert, in der es um Migrationsgeschichten der Drogenhändler und um „postkoloniale Reaktionsmuster“ ging. Ein Großteil der Dealer im Görlitzer Park stammt aus Afrika. *N.H.*



Deutschland morgen?

Nun werden sie halt kommen

Wie sich Dresden vor der Welt zur »Nazistadt« machte, warum Sie nicht zitieren sollten, und wen Merkel zu uns einlädt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

ZUR PERSON

Mit Steckenpferd zur Parteispitze

Olaf Scholz und Klara Geywitz sahen fast schon wie die Sieger aus. Gegenüber den anderen farblosen Konkurrenten beim Rennen um den gemeinsamen SPD-Vorsitz galten sie lange als klare Favoriten. Aber dann lagen sie nach der ersten Mitgliederentscheidung um den Vorsitz nur 1,6 Prozentpunkte vor den Zweitplatzierten. Inzwischen wurden sie in Umfragen von diesen sogar überholt.

Wenn die SPD-Mitglieder ab Mitte November ihre Stimmen bei der Stichwahl abgeben, stehen die Chancen gut, dass der Nordrhein-Westfale **Norbert Walter-Borjans** und seine schwäbische Parteikollegin Saskia Esken am Ende die Nase vorn werden. Am 30. November will die SPD das Mitglieder-votum bekannt geben.

Der 67-jährige Walter-Borjans hatte eigentlich schon mit der Politik abgeschlossen, als er von Esken eine SMS erhielt, in der sie ihn fragte, ob er sich mit ihr eine gemeinsame Kandidatur für den vakanten Chefposten der SPD vorstellen könnte. Beide bewarben sich auf den letzten Drücker und galten als klare Außenseiter.

Hinter Walter-Borjans steht aber die mächtige NRW-SPD, die ein Viertel aller Bundesparteimitglieder zählt. Das Duo wird auch von den Jusos unterstützt, die auf eine Beendigung der Großen Koalition setzen. Schlechte Karten also für Vizekanzler Scholz, der für den Erhalt der Groko steht.

Bis zur Abwahl von Hannelore Kraft als NRW-Ministerpräsidentin im Jahr 2017 war Walter-Borjans sieben Jahre lang Finanzminister des Landes. In der Zeit sorgte er für den Kauf der Steuersünder-CDs aus der Schweiz und trieb so über sieben Milliarden Euro in die Staatskasse ein. Steuern sind das Steckenpferd des Volkswirts und früheren Kämmerers von Köln. 2018 schrieb er das Buch „Steuern – Der große Bluff“. Vorratlich erweist er sich als SPD-Vorsitzender nicht selbst als ein Bluff. *H. Tews*

Das hat richtig wehgetan. Aber wer konnte das auch ahnen? Mit großer Dramatik hat der Dresdner Stadtrat einen Beschluss gefasst, der für die sächsische Landeshauptstadt allen Ernstes den „Nazinotstand“ ausruft. Oder eigentlich nicht: Denn hinter dem donnernden Wort haben die Beschlussfasser, Unbill ahnend, ein Fragezeichen gesetzt.

Wegen Pegida und so wollte die Mehrheit von 39 Ratsmitgliedern ein „Zeichen“ setzen. Selbst aus der FDP kam Zustimmung. Die 29 Stadtparlamentarier von CDU, AfD und Freien Wählern votierten dagegen.

Nun fällt der Ratsmehrheit der Beschluss tonnenschwer auf die Füße, denn Weltmedien von CNN bis BBC interessieren sich erwartungsgemäß einen Dreck für das Fragezeichen und malen Elbflorenz in den braunsten Farben. Das Schlagwort der Schlagwörter, „Nazi“ nämlich, reichte aus, um alles andere zu überstrahlen.

Nun beginnt das große Wehklagen. Wie konnte es nur geschehen, dass das Wort „Nazi“ in der internationalen Medienwelt auf ein bloßes Schlagwort geschrumpft ist, statt dass alle ganz genau das besagte Fragezeichen thematisieren?, fragen die Initiatoren des Beschlusses tief verwirrt. Eine gute Frage: Ja, seit wann ist „Nazi“ zum reinen Schlagwort verkommen? Und wer ist dafür verantwortlich? Kann sich jemand erinnern?

Die Idee zum „Nazinotstand“ stammt übrigens von der Gruppe „Die Partei“, die ihr Treiben als „Satire“ bezeichnet. Die Dresdner Posse hat damit ein schönes Gemälde unseres Zeitgeistes geschaffen, von dieser bunten Mischung aus Hysterie und Infantilität, wie man sie auch auf den „Fridays for Future“-Demos wunderbar beobachten kann.

Blöderweise aber gibt es im Ausland noch viel zu viele Erwachsene, die nicht mit uns in den keifenden Kindergarten gezogen sind und daher an einer seriösen Vorstellung von „Notstand“ kleben geblieben sind. Unter Erwachsenen bedeutet das Wort, dass man sich in einer absoluten Ausnahmesituation befindet mit

der akuten Gefahr, ums nächste Eck ins Chaos zu stürzen. Für „Nazinotstand“ kann das nur heißen, dass die NSDAP kurz davor steht, die Macht in Dresden oder mindestens großen Teilen davon zu ergreifen und nun unter Zuhilfenahme aller polizeilichen und (nach bundesdeutschem Notstandsrecht) auch militärischen Mittel zur Raison gebracht werden müssten.

Das macht Eindruck in der Weltöffentlichkeit. Der Tourismusverband Dresden sieht bereits seine Felle davonschwimmen. Wer möchte schon Urlaub machen in einer Stadt, in der jeden Moment die Panzer rollen könnten und wilde Schießereien drohen?

Gut, Notstand ist denn wohl übertrieben. Wir wollen die rechte Gefahr aber auch nicht herunterspielen. Der Landesverfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen weist darauf hin, wie gefährlich die Ideologie der Rechten ist. Deren Kennzeichen sei unter anderem die Verbreitung von „Verschwörungstheorien“. Etwa jener, dass die ethnische Zusammensetzung der Bundesbevölkerung von politischer Seite bewusst stark verändert wird, was die Rechtspopulisten als „großen Austausch“ dramatisierten.

Die Vorsitzende der „Amadeu Antonio-Stiftung“, Anetta Kahane, stellte laut „Tagesspiegel“ vom 15. Juli 2015 fest, dass es „die größte Bankrotterklärung der deutschen Politik nach der Wende“ gewesen sei, dass sie zugelassen habe, „dass ein Drittel des Staatsgebiets weiß blieb“. Mit dem Drittel meinte Kahane die neuen Bundesländer, deren ethnische Zusammensetzung ihr offenbar als dringend veränderungsbedürftig erschien.

Sie, liebe Leser, sollten Kahane auf keinen Fall zitieren. Denn sobald Sie wiedergeben, was die Linksaußen-Aktivistin und immerhin Chefin der staatlich geförderten „Amadeu Antonio-Stiftung“ geäußert hat, machen Sie

sich der Verbreitung „rechtsextremistischer Verschwörungstheorien“ verdächtig. Aber sie hat es doch gesagt!, höre ich Sie protestieren. Ja, aber das ist ganz egal. Sie dürfen es trotzdem nicht zitieren oder gar interpretieren, sonst sind Sie verdächtig. Linke Aktivisten finden es ja auch schick, mit Parolen wie „I like Volkstod“ heranzustolzieren. Daraus haben, glaubt man dem NRW-Verfassungsschutz, einige Leute den unerhörten Schluss gezogen, dass gewisse Kräfte in diesem Land einen „Volkstod“ der Deutschen begrüßen.

Auch das, so stand jetzt in der „Welt“ zu lesen, betrachtet der NRW-Inlandsgeheimdienst als Kennzeichen einer „rechtsextremistischen Verschwörungstheorie“. Ach je, was machen wir denn dann demnächst, wenn uns Dinge wie Kahanes Rassentheorie oder die Selbstvernichtungsphantasien linker Landsleute begegnen?

Am besten nur noch schweigen und nicken. Ganz allgemein sollten wir uns von jener gefährlichen Verschwörungstheorie lösen, die behauptet, dass hinter politischen Äußerungen auch politische Absichten stecken könnten. Denn damit fängt es an.

Nur Verschwörungstheoretiker, die das glauben, fühlten sich durch Angela Merkels Selfies mit jungen Männern in Indien schwupps an jene herzerreißenden Aufnahmen erinnert, welche die Kanzlerin vor gut vier Jahren mit jungen Asylsuchern aus dem Orient um die Welt schickte.

Die hatten einen durchschlagenden Erfolg jenseits von Mittelmeer und Balkanroute. „Merkel hat uns eingeladen“ schoss als Botschaft bis in die letzten Winkel der armen Regionen, und einer nach dem anderen schnürte sein Bündelchen.

Diese Wirkung hat Merkel natürlich weder beabsichtigt noch vorhergesehen, wussten alle verantwortungsbewussten Kommentatoren und Politiker damals so-

gleich richtigzustellen. Mit großem Elan und erheblichem Abscheu wehrten sie seinerzeit alle gegenteiligen Behauptungen vom Tisch.

Auch im Falle Indiens hat Merkel keine einzige andere Absicht als die, ein schönes Foto für die Lieben daheim schießen zu lassen. Außerdem ist sie auf dem Subkontinent nur unterwegs, um dringend benötigte „Fachkräfte“ nach Deutschland zu locken. Nein! Nicht lachen! Sonst könnte der Verfassungsschutz von NRW auf den naheliegenden Gedanken kommen, dass Sie ... Den Satz machen Sie jetzt selber zu Ende, zur Strafe!

Nun reden sogenannte Experten allerdings davon, dass die aufstrebende Wirtschaft Indiens ihre Fachkräfte eigentlich selbst gut gebrauchen könne. Von Überschüssen an gut ausgebildeten jungen Leuten, die danach dürsten, ihre sagenhafte Qualifikation dem Wohle Deutschlands zu widmen, könne eigentlich nicht die Rede sein.

Wohl aber verfüge das Milliardenvolk über ein riesiges Reservoir weniger begabter junger Männer, von denen viele nicht recht wüssten, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen. Von denen könnten sich sicher einige ein Leben in Deutschland gut vorstellen. Kennen wir diese Erzählung nicht von irgendwoher?

Gut, dass die hiesige Jugend, die mit den Hinterlassenschaften der aktuellen Politik am längsten wird leben müssen, sich um diese Dinge nicht kümmert. Die haben wir so vollgestopft mit der Klimakatastrophe und der Gefahr von rechts, dass die für solche Folgekosten-Debatten weder Zeit noch Gespür haben. Geschickt, was?

Wenn es richtig gut läuft mit den vielen jungen Männern aus Indien, werden wir vielleicht in ein paar Monaten lesen, dass die Behörden „vom Ausmaß der Welle überrascht“ seien, weil die Größenordnung ja niemand hätte vorhersehen können.

Angela Merkel wird seufzen, dass wir unsere Grenzen nicht schützen könnten und daher alle aufnehmen müssten, bis es dann heißt: „Nun sind sie halt da.“

MEINUNGEN

Der ehemalige Bundesverteidigungsminister und Berliner Justizsenator **Rupert Scholz** macht im Podcast von „Focul online“ (2. November) Fehlentscheidungen von Kanzlerin **Angela Merkel** für den Niedergang der CDU verantwortlich:

„Frau Merkel hat gesagt, 3000 Kilometer Grenze kann man nicht kontrollieren. Wer die Grenze aufgibt, gibt das Staatsgebiet auf. Wer ein Staatsgebiet aufgibt, der gibt den Staat auf.“

Chaim Noll ruft auf der „Achse des Guten“ (31. Oktober) leidenschaftlich dazu auf, die zahlreichen offiziellen **Holocaust-Gedenkveranstaltungen** am 9. November zu **boycottieren**:

„Überlassen Sie diese Feiern den deutschen Politikern, die sich dort selbst beweihräuchern werden wie jedes Jahr: ihre Toleranz und Menschenliebe, ihre gönnerische Herablassung, Juden ein Lebensrecht und dem Staat Israel ein Existenzrecht zuzugestehen. Zum Glück sind wir nicht von der Gnade dieser Politiker abhängig – es wäre glatter Selbstmord. Es ist eine Schande, ein Schmerz, wie sie die Shoah missbrauchen, um von ihrer jüden- und israel-feindlichen Politik abzulenken. ‚Nie wieder!‘. Und dabei geschieht es täglich.“

Die **DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe** äußert sich im Blog von PAZ-Autorin **Vera Lengsfeld** (31. Oktober) **entsetzt** über die **Annäherungsversuche der CDU an die Linkspartei**:

„Die freiheits- und eigentumsfeindliche Mauerpartei ist für 250 000 unschuldig inhaftierte DDR-Bürger, für 1000 Grenztote, für 33 000 an den Westen verkaufte Häftlinge und 3,5 Millionen Flüchtlinge zwischen 1945 und 1989 verantwortlich. Wer das 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989 vergisst, verrät die Freiheit.“

Der **Kolumnist Harald Martenstein** macht sich im Berliner „Tagesspiegel“ (2. November) über die **Wahlerfolge der AfD Gedanken**:

„Warum laufen die Wähler weg? Ein Beispiel. Bei jungen Männern war die AfD in Thüringen besonders erfolgreich. Ich schlage CDU und SPD ein Experiment vor. Sagt, dass an allem, was falsch läuft, Frauen schuld sind. Macht ‚weiße Frau‘ und ‚Frauennetzwerke‘ zu Schimpfwörtern, sagt, dass Männer und nur Männer besondere Förderung brauchen. Und dann beobachtet, wie sich dies auf das Wahlverhalten von Frauen auswirkt.“

Stephan-Götz Richter vergleicht **Bundeskanzlerin Angela Merkel** in einem **Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche“** (31. Oktober) mit ihrem **Amtsvorgänger Gerhard Schröder**:

„Uns allen sollte ein Kanzler lieber sein, der seine Amtszeit für wichtige Reformen nutzt und danach für Gazprom ins Dubiose abgleitet, als eine Kanzlerin, die stilistisch fromm und nüchtern ist, aber von der Substanz her wie ein Partygirl agiert, das kein Morgen kennt.“

Angesichts des peinlichen Zustands der Berliner Landespolitik appelliert **Hans-Jörg Vehlewald** in der „Bild“-Zeitung (5. November):

„Ihr Völker der Welt, schaut bitte einfach weg ...“